

Nr. 20

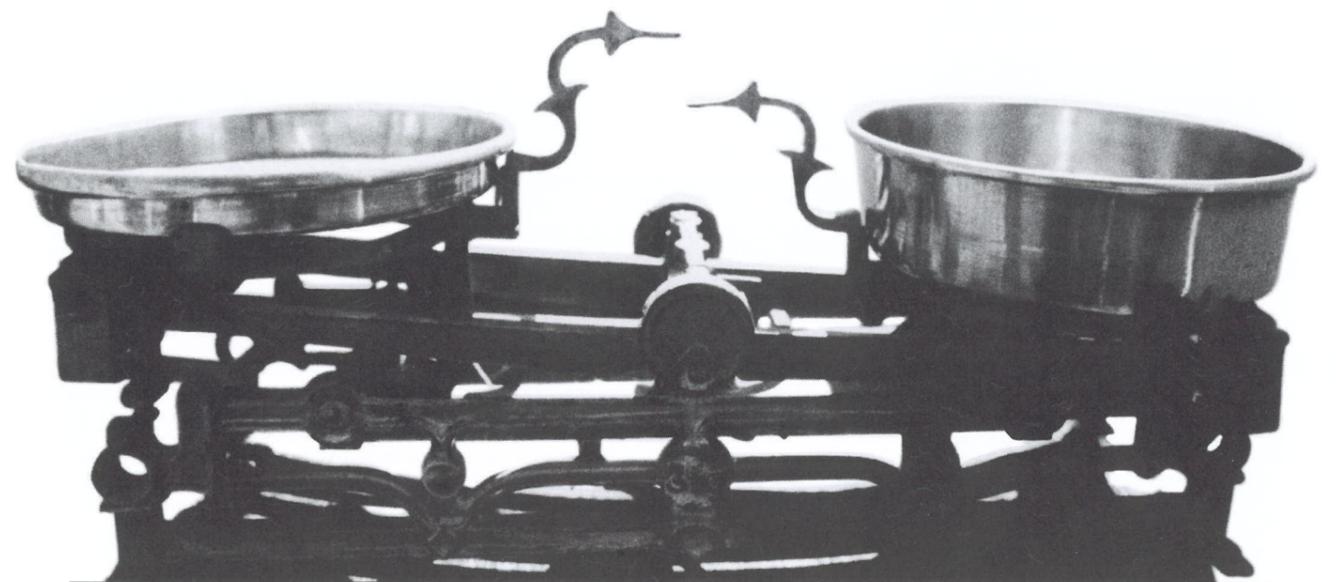
II-1996

# STIMME

**von und für Minderheiten**

## UnGleichheit

Ansätze für eine Antidiskriminierungspolitik



**Zeitschrift der Initiative Minderheiten**

## editorial

Sicherlich kennen Sie den Witz über das Witzeerzählen. In einer Gruppe kennen die Anwesenden alle möglichen Witze schon auswendig, darum nummerieren sie jeden einzelnen. Statt sie zu erzählen, sagen sie abwechselnd eine Nummer auf, und jedesmal bricht Gelächter aus. Besonders ein Mann aber erntet schallende Lacher mit seinen Zahlen, so daß sich ein Neuankömmling genötigt sieht zu fragen, warum sich denn alle gerade bei ihm so zerkugeln, wo er doch auch nur eine Nummer aufsagt. „Na ja“, hört er zur Erklärung, „man muß eben erzählen können.“

Es ist wieder soweit, die Wiener Wahlen stehen vor der Tür, und ich muß an diesen Witz denken. Er ist genauso lustig und frisch wie die bereits begonnenen Wahlkampagnen verschiedener Parteien. Die nähere Affinität liegt aber im Inhalt verborgen. Es gibt bereits einige „Nummern“ auch in der Politik, deren Nennung zwar leider keine Lacher, oft aber großen Beifall nach sich zieht. Ganz oben auf der Liste steht – erraten! – das Thema „Ausländer“. Der Erfolg dieser Nummer ist mittlerweile so todsicher, daß man sie bloß zu erwähnen braucht, um große Aufmerksamkeit zu erzielen. Die letzten Jahre „verantwortungsvoller“ Politik zeigten sogar den aktuellen Zustand, daß die Erwähnung der Thematik zwar einen Pluspunkt garantiert, ihre Unterlassung aber

mit Sicherheit ein großes Minus bedeutet. Daher darf die Zahl „Ausländer“ im Repertoire keiner Partei fehlen, die in absehbarer Zeit regieren will.

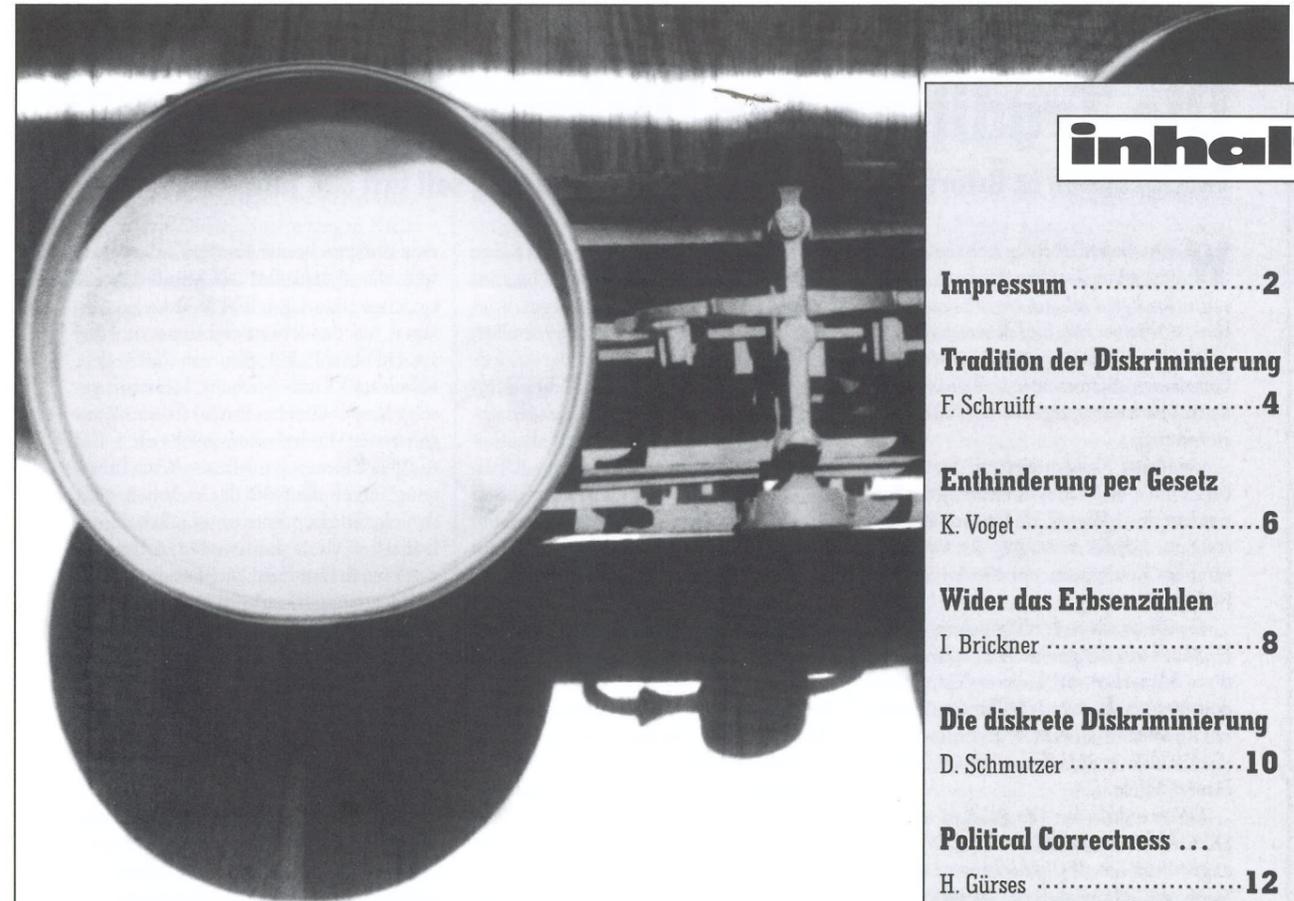
Wenn wir hinter diese symbolische Zahl sehen, verbirgt sich da nichts Lustiges. Das, womit seit einigen Wahlen auf kommunaler und nationaler Ebene politisches Kapital geschlagen wird, ist der Alltag, die Zukunft und die Würde von Menschen. Viel wird momentan wieder über diese Menschen erzählt, viel Unwürdiges. Man hetzt wieder gegen sie, macht sie wieder zum Freiwild. Wohlmeinende Mitmenschen halten der Hetze als Argument entgegen, daß „wir“ diese Menschen doch bräuchten. Kunststück, dem Witzeerzähler seine beste Nummer zu verkaufen! Auch haben wir die mithetzenden „Demokraten“: Sie wollen eben auch auf „Nummer sicher“ gehen. Daß manch andere mehr Erfolg haben mit dem Abziehen derselben – nun, man muß eben erzählen können.

Beinahe hätte ich vergessen zu sagen, daß der Witz über das Witzeerzählen in einem Gefängnis spielt. Und nummeriert werden die Witze deshalb, weil die Insassen nichts mehr voneinander hören wollen.

Hakan Gürses

## impresum

**STIMME von und für Minderheiten** ist das vierteljährliche Vereinsblatt des **Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten)**. **Medieninhaber und Verleger:** Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Tiergartenstr. 25, 6020 Innsbruck; **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 0222/ 586 12 49-12 Fax: 586 82 17; **Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512/ 586 783; Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 0222/ 586 12 49-12 Fax: 586 82 17; **Chefredakteur:** Hakan Gürses; **Redaktionelle Mitarbeit:** Hikmet Kayahan (hk), Gerald Nitsche, Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Oertl, Gabriele Müller-Klomfar (gmk), Katina Lair; **Ständige AutorInnen:** Erwin Riess, Dieter Schmutzer, Margit Rohringer, Stefan Nicolini, Stephan Maurer, Gerhard Hochreiter, Kahlauser, a.çiçek, mh; **Fotoredaktion/Fotos (Cover, Thema):** Mehmet Emir; **Zeichnungen:** Andreas Ohrenschall, Hakan Gürses; **Graphische Gestaltung:** schultz+schultz-Mediengestaltung; **Herstellung (Repro & Druck):** Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/ 50 566; **Verlags- und Erscheinungsort:** Innsbruck; **Verlagspostamt:** 6020 Innsbruck. *Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.* **Abowerwaltung:** Hikmet Kayahan (Redaktionsadresse); **Jahresabo** (4 Hefte): öS 180,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.



## Antidiskriminierung

In der Politik der Minderheiten gilt die Abschaffung der Diskriminierung naturgemäß als wichtigste Zielsetzung. Sobald jedoch die einzelnen minoritären Gruppen Diskriminierung bloß über die selbst erfahrene Ungleichheit und Ausgrenzung definieren, setzt sich die Kette der Ungleichheiten und Ausgrenzungen fort. Denn Diskriminierung ist ein relativer, folglich auch relationaler Akt, der nicht von einer stets gleich bleibenden Mehrheit ausgeht. Außerdem drückt er sich nicht nur etwa als Verbot oder Assimilierungsdruck aus. Auch im Übersiehen subtiler Benachteiligungen oder im Ignorieren spezifischer Bedürfnisse einer sozialen Gruppe gedeihen Ungleichheit und Ausgrenzung. Daher kann sich niemand gefeit wähnen vor der Ausübung der Diskriminierung – Minderheitenangehörige eingeschlossen. Was etwa einem Immigranten nicht als eigene Benachteiligung erscheint – z. B. das Fehlen einer Rampe vor einem öffentlichen Gebäude –, kann das Leben eines Rollstuhlfahrers in eine Hölle verwandeln: eine durch meist nichtsahnende „Mitmenschen“ errichtete oder geduldete Hölle.

Die Diskriminierung kann nur dann abgeschafft werden, wenn sie in all ihren Facetten erkannt wird. Dies muß mit juristischen Gegenmaßnahmen und der Sensibilisierung der Gesellschaft Hand in Hand gehen. Da dies aber zugleich das wichtigste Anliegen aller Minderheitengruppen ist, liegt es in deren In-

teresse, diesen Prozeß als Vorreiter voranzutreiben. Daher beginnt die STIMME in diesem Heft mit der Darstellung der verschiedenen Facetten von Diskriminierung, welche jeweils mit möglichen Ansätzen einer *Antidiskriminierungspolitik* verknüpft werden soll. In den nächsten Ausgaben wollen wir die Thematisierung der Diskriminierung(en) und möglicher Gegenstrategien fortsetzen.

## Reportage

Seit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Gesundheitsministers hat sich Michael Ausserwinkler als Landeshauptmannstellvertreter auf die Landespolitik in Kärnten konzentriert – in einer Funktion, die große politische Sensibilität in ethnischen Fragen erfordert. Wir sprachen mit dem sozialdemokratischen Politiker, der in der Landesregierung auch für Kultur zuständig ist, über Kultur- und Minderheitenpolitik in Kärnten.

## Tips

Das burgenländisch-kroatische Tanz- und Musikensemble Kolo Slavuj feierte im Mai sein nunmehr 25jähriges Bestehen mit einer großen Veranstaltung und der Präsentation seiner neuesten CD. Ursula Hemetek porträtierte die Gruppe, die in ihrer bisherigen Geschichte auch vielen großen Persönlichkeiten der burgenländisch-kroatischen Szene ein kulturelles und politisches Zuhause geboten hat.

## inhalt

Impressum .....	2
Tradition der Diskriminierung F. Schruiff .....	4
Enthinderung per Gesetz K. Voget .....	6
Wider das Erbsenzählen I. Brickner .....	8
Die diskrete Diskriminierung D. Schmutzer .....	10
Political Correctness ... H. Gürses .....	12
Groll und Tritt E. Riess .....	14
3 Jahrtausende Ägypten? P. Bettelheim .....	16
Pionierflug in neue Medien Ein Gespräch mit Culture Codes ..	18
Das Wiener Memorandum F. M. Wimmer .....	19
M. Ausserwinkler im Gespräch geführt von E. Jaschke .....	20
Berichte .....	22
Kulturen & Künste .....	26
Tips .....	29
Kahlausers Tagebuch .....	35

# Die Tradition der Diskriminierung von Franjo Schruiff

## Volkgruppen in Österreich: gesetzliche Diskriminierung seit fast 500 Jahren

**W**enn wir es auch für gerecht halten, die genannten Kroaten, die der Türke, der verfluchte Feind unseres christlichen Glaubens, vertrieben hat, und dem sich die Kroaten zäh widersetzt haben, als unsere treue Untertanen aufzunehmen und sie in unsere kaiserliche und herzogliche Barmherzigkeit zu nehmen,

wenn diese Kroaten auch mit ihrer Arbeit dem Lande nicht zum Schaden gereichen, sondern im Gegenteil, sie treu zur Bearbeitung des Landes beitragen, der Vergrößerung der Einnahmen, der Renten und des Reichtums,

so müssen wir trotz allem achten, daß in Hinkunft aus der großen Zahl solcher Kroaten, Menschen mit anderer Nation und anderer Sprache, kein Schaden für die wahren Einwohner entsteht. Daher müssen wir die Kroaten in ständiger und sorgfältiger Demut halten. (...)

Daher ordnen wir Dir gnädigst an, daß Du unbemerkt, als hätten wir es Dir nicht angeordnet, an den bäuerlichen Lehen – wann immer es möglich ist – einen Kroaten, der es jetzt hat, durch einen tauglichen Deutschen ersetzt. Laß nicht zu – soweit es möglich ist –, daß neue Kroaten auf derartige Stellen kommen, und besonders achte darauf, daß die genannten Kroaten, wenn sie in einem Dorfe gemeinsam mit Deutschen hausen, nicht auf die Stelle des Dorfrichters gelangen oder zu sonstiger Ehre, die mit richterlicher Macht verbunden ist.

Dazu nimm in erster Linie Deutsche, und dann, wenn es sich nicht vermeiden läßt, auch einige Kroaten zu den Geschworenen, aber immer so, daß der Richter ein Deutscher ist und die Zahl der Deutschen größer ist als die der Kroaten.

Wenn es zwischen den Deutschen und Kroaten zu Gezänk oder ähnlichem kommt, gehe gegen die Kroaten strenger vor, aber immer nach dem Gesetz, aber halte es doch mit den Deutschen.

Laß sich auch die Kroaten beschweren, aber regle unter ihnen alles derart, daß sie sich nicht gegen ihre deutschen Nachbarn richten oder sich erheben, sondern daß sie in sorgfältiger Demut verbleiben, wie wir Dir das voll Vertrauen und in Hoffnung auf Dich übertragen haben. (...)

Und verhindere, daß [diese Geheimschrift] den Kroaten in die Hände kommt, die dann ahnen könnten, daß ihnen gegenüber Mißtrauen herrscht. Denn das könnte dem Lande verschiedenes Ungemach bringen. (...)

Mit dieser Geheimverfügung von Kaiser Maximilian II. aus dem Jahr 1573 beginnt die neuzeitliche gesetzlich vorgeschriebene Diskriminierung der Kroaten im Burgenland. Nur kurze Zeit nach der Ansiedlung der Kroaten zu Beginn des 16. Jahrhunderts hatten sich die Stände des niederösterreichischen Landtages an den Kaiser gewandt, um sich gegen eine „Überfremdung“ durch kroatische Sessionalisten („Menschen mit anderer Sprache und fremder Nation“) zu wehren. Vergleicht man den Inhalt der damaligen Geheimverfügung, so ist die Ähnlichkeit mit dem heutigen Fremdenrecht in Österreich frappierend. Wieder geht es um gesetzlich vorgeschriebene Benachteiligung im Bereich des Grundverkehrs, des aktiven bzw. passiven Wahlrechts, der Benachteiligung vor Gericht, die Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt usw. – aus Gründen der ethnischen Herkunft.

Die Muster sind damals wie heute die gleichen. Im Grunde genommen geht es um Macht. Eine Gruppe bedient sich der ihr zur Verfügung stehenden Mittel, um eine andere von der Macht fernzuhalten. Unterscheidungsmerkmale zur Rechtfertigung der Benachteiligung werden gesucht und gefunden. Bei Volksgruppen bietet sich eben die ethnische Zugehörigkeit an, sonst wäre es eben die Religion, die Hautfarbe oder auch die soziale Zugehörigkeit.

Seit 1573 hat sich in der Rechtstheorie freilich einiges geändert. Die Französische Revolution brachte 200 Jahre danach die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen; das Staatsgrundgesetz in Österreich brachte 1868 eine Absicherung der Rechte der „Volksstämme“; und der Staatsvertrag von Wien brachte den Kroaten und Slovenen unter anderem die Bestimmung, wonach sie „wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen dieselben Rechte auf Grund der gleichen Bedingungen genießen“ und „an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen teilnehmen“. Die „Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen“, ist laut Staatsvertrag „zu verbieten“.

Die Praxis sieht anders aus. Um von gleichen Bedingungen zu sprechen, müßte

eine entsprechende Förderung gegeben sein, die „Nachteile“ der Minderheitensprache aufzuwiegen hilft (z. B. kleine Auflagen bei der lebenswichtigen muttersprachlichen Publikation von Zeitungen, Schul- und Kinderbüchern, Literatur; geringe Rentabilität bei Produktbeschriftungen in der Minderheitensprache etc.). Ein Ausgleich dieser „natürlichen Benachteiligung“ durch die Hilfe der Mehrheit stellt den eigentlichen Kern eines jeden demokratischen Minderheitenschutzes dar. Davon kann in Österreich nicht die Rede sein. Die derzeitige Benachteiligung der Volksgruppen bewirkt ein ständiges Zurückgehen der Volksgruppensprachen. Bei einigen ist möglicherweise bereits die kritische Grenze zur folklorisierten Traditionspflege überschritten. Die Volksgruppe ist damit also solche erloschen; was weiterlebt, ist die gemeinsame Erinnerung.

Die gleichberechtigte Teilnahme der Volksgruppen an kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen ist nicht gewährleistet, wenn man davon ausgeht, daß es für alle Staatsbürger gewährleistet sein soll, an allen Einrichtungen in der eigenen Muttersprache teilzunehmen. Das Verbot von minderheitenfeindlichen Organisationen, die darauf abzielen, der Minderheit ihre Eigenschaften und Rechte zu nehmen, wird nicht eingehalten. Die Behörden waren bisher nicht einmal bereit, entsprechenden Anzeigen nachzugehen. So konnte der *Kärntner Heimatdienst* öffentlich zur Beschneidung der Minderheitenrechte auftreten und entsprechende Aktionen setzen.

Der Diskriminierungsdruck auf die österreichischen Volksgruppen zielt auf Assimilation ab. Anpassung und Selbstaufgabe ist der Preis, um den sich die Volksgruppen von der Diskriminierung loskaufen können. Dabei haben die Volksgruppen in Österreich noch relativ Glück. Ihnen steht – oft mit Ausnahme der Roma und Sinti – wenigstens der Weg in die Anpassung offen, weil sie beim Untertauchen meist „nicht erkannt werden“.

Diskriminierung fordert jedenfalls eine Reaktion. Neben der Selbstaufgabe bleibt der Weg in die Isolation. Ethnische Identität wird als Vorwand zur Abgrenzung mißbraucht, Selbstverwaltung, Autonomie und eigene „Parlamente“ bis hin zur Sezession werden propagiert. Wer in der Volksgruppe nicht mitspielt, wird ausgestoßen und als Verräter denunziert. Der

einzelne hat seine privaten, beruflichen und sonstigen Entscheidungen in erster Linie auf seine nationale Identität abzustimmen. „Mit dem Konzept der nationalen Identität sollen Menschen vereinnahmt und in den Dienst einer einzigen Sache – nämlich des Nationalismus – gestellt werden. (...) Ein nationales Identitätsmodell ist genau genommen restriktiv und trägt Züge von Intoleranz und Repression.“<sup>1</sup>

Daß das nationalistische Identitätskonzept zur Überwindung von Diskriminierungen nicht beitragen kann, liegt auf der Hand. Trotzdem ist es ein von vielen Minderheitenangehörigen angestrebtes Ziel. Dabei kommt es zu sonderbaren Allianzen zwischen Diskriminierten und Diskriminierern. In Ablehnung des Gleichheitsgrundsatzes der Menschenrechte, nach dem jedes Individuum Träger von angeborenen, unveräußerlichen und unverletzlichen Rechten ist, wird versucht, kollektive Rechte in den Vordergrund zu stellen.

„Während von der Staatsraison vorwiegend ein vordergründiger partieller Schutz auf individualrechtlicher Grundlage angeboten wird – welcher ohnehin von den Menschenrechten insbesondere im demokratischen Rechtsstaat gewährleistet sein müßte –, fordert die Volksgruppenraison infolge des offensichtlichen Versagens des individualrechtlichen Schutzkonzeptes nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganzheitliche Lösung auf gruppenrechtlicher Grundlage, d.h. die Ergänzung des Individualrechts durch Gruppenrecht“<sup>2</sup>, verlangt die Föderalistische Union europäischer Volksgruppen (FUEV) im FPÖ-Jahrbuch 1995. Als Herausgeber fungiert der „Umvolkungs-Experte“ Andreas Mölzer. Die FUEV knüpft hier inhaltlich an Ideologien an, die das „völkische Prinzip“ über das demokratische Prinzip stellten und die Menschen aufgrund völkischer Kriterien in Kategorien einteilten, denen unterschiedliche

Rechte zukamen. Der Diskriminierung wird damit Vorschub geleistet. Dabei ist es völlig egal, ob die Minderheit von der Mehrheit passiv Diskriminierung erfährt oder ob sie selbst in ihrem Machtbereich aktiv diskriminiert. Für den Unterdrückten ist es letztlich egal, wer ihn diskriminiert.

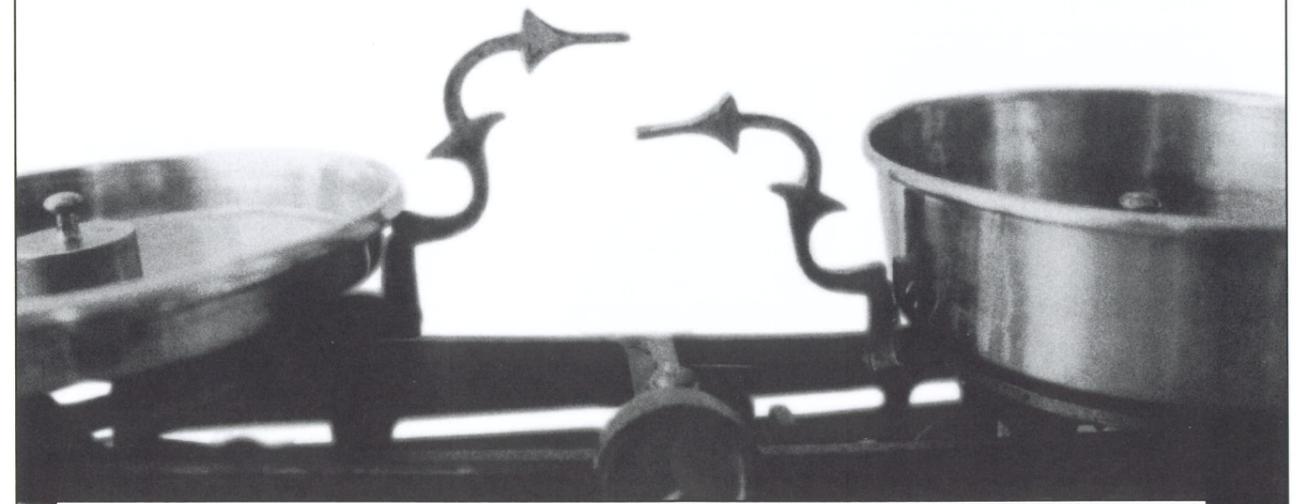
Aber auch diskriminierende Mehrheiten sind immer nur vorübergehende Allianzen von verschiedenen Minderheiten. Ethnische Trennlinien bieten sich zwar als Abgrenzungen an, manchmal laufen diese Trennlinien aber auch quer zu Sprachen und Identitäten. Dann ist von (ethnischer) Diskriminierung nichts zu spüren. Als Österreich nach dem ersten Weltkrieg das heutige Burgenland zugesprochen bekam (als Ersatz für Südtirol), mußte über die Hauptstadt Ödenburg/Sopron abgestimmt werden. Da waren plötzlich auch die kroatischen Stimmen für Österreich interessant. In einem Flugblatt rief die österreichische Seite die Kroaten auf, sich für Österreich auszusprechen. Selbstverständlich in kroatischer Sprache – man wollte ja etwas von den Leuten. Dementsprechend nett waren auch die Versprechungen:

„Hört nicht auf die Versprechungen der Schmeichler, Egoisten und gekauften Judasse ... Österreich, das jetzt unser Land zu unserem Schutze mit Waffen besetzt hat, wird uns nicht mehr verlassen und uns nicht den ungarischen Banditen übergeben. Wir werden uns in unserem Burgenland frei behaupten! Neben den Deutschen, die immer ein kulturschaffendes und freundliches Volk waren, sind wir uns sicher, daß wir in allen Angelegenheiten mitreden, unsere Rechte verteidigen und am Fortschritt teilnehmen werden. Kommt, Männer und Frauen! Bekennt Euch mit Eurer Abstammung für das Burgenland zu uns, wo auf unser Volk, unsere Sprache eine schöne und glücklichere Zukunft wartet.“

Das war eines der letzten offiziellen Flugblätter in der Sprache der kroatischen Landesbevölkerung, die das Burgenland gesehen hat. Von den Versprechungen ganz zu schweigen. Die „glückliche Zukunft“ hat den Kroaten einen zahlenmäßigen Rückgang auf ein Drittel gebracht, abgesehen von der sprachlichen und kulturellen Marginalisierung in der offiziellen Landespolitik.

Zur Volkszählung 1991 verbreitete der maßgebliche Gestalter der burgenländischen Volksgruppenpolitik, Fritz Robak (SP) ein Flugblatt mit ganz anderem Inhalt: „Neben vielen Fragen wird bei der Volkszählung auch nach der ‚Umgangssprache‘ gefragt. Wenn jemand neben ‚Deutsch‘ auch ‚Kroatisch‘ angibt, wird automatisch angenommen, daß er ‚Kroate‘ ist und daß er doppeltsprachige Ortstafeln und ‚Doppelsprachigkeit‘ bei den Ämtern und Gerichten will. Aber auch, daß er sich zur kroatischen oder jugoslawischen Nationalität bekennt. Wollen wir das? Oder fühlen wir uns als Österreicher wie die übrige Bevölkerung des Burgenlandes. Geben Sie nur Deutsch an, wenn Sie sich nicht der kroatischen Volksgruppe oder der jugoslawischen Nationalität zugehörig fühlen. Wir haben in Österreich alle Rechte, die wir uns wünschen, und sind in jeder Hinsicht chancengleich. Wir sind Österreicher und wollen es weiterhin bleiben. Ich in überzeugt, daß keiner ‚Heim ins Reich‘ nach Jugoslawien will.“

Hier schließt sich der Kreis von 1573 bis zur Gegenwart. Es geht immer wieder um Fragen der Ausgrenzung und der Macht. Wer nicht bereit ist, sich anzupassen, wird in die Nähe eines Staatsfeindes gerückt – oder gleich fortgeschickt. Diskriminierung von Volksgruppen hat in Österreich Tradition. Zumindest seit 500 Jahren ist sie für die kroatische Volksgruppe schriftlich belegt.



1 Vladimir Wakounig: Der Kampf um Identitäten. In: Stimme von und für Minderheiten 17/IV-1995, S. 4.  
2 Christoph Pan: Volksgruppenschutz in Europa ohne Antastung der Staatsgrenzen. In: Höbelt, L./A. Mölzer/B. Sob (Hg.): Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung 1995. Wien 1994, S. 582.

# „Enthinderung“ per Gesetz

von Klaus  
Voget

*Behinderung ist nicht nur, einen Rollstuhl benützen zu müssen, nichts zu sehen, nichts zu hören. Behinderung ist vor allem, an Grenzen zu stoßen, die von nichtbehinderten Menschen errichtet wurden. Grenzen, die alle Lebensbereiche durchziehen. Grenzen, die durch ein Nicht-Diskriminierungsgesetz zu Fall gebracht werden könnten.*

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Dieser Satz sollte in einer humanen Gesellschaft selbstverständlich, ein Gemeinplatz sein. Die Realität erhebt diesen Satz zu einer der fundamentalsten Forderungen aller behinderten Menschen. Dieser Satz ist auch der Artikel 1 in einem Entwurf für ein österreichisches „Antidiskriminierungsgesetz“. Dieser Satz ist in Deutschland seit kurzem bereits Teil der Verfassung – allerdings ohne rechtliche Konsequenzen, sondern als eine Art Willenserklärung. Ähnliche Forderungen nach einem solchen Gesetz gibt es nicht nur in der Schweiz, sondern auch auf Ebene der Europäischen Union als Passus des Maastricht-Nachfolgevertrages.

Es kann sich niemand mehr leisten, sich offen gegen Integration behinderter Menschen auszusprechen. Selbstverständlich bekennen sich PolitikerInnen dieses Staates und anderer Länder zu derartigen gesetzlichen Verankerungen. Von der Zustimmung zur Umsetzung ist allerdings ein langer Weg, verlängert noch durch Umwege, Verirrungen und andere Hindernisse. Die Mitteilung, man werde sich für dieses Anliegen einsetzen, ist leicht zu bekommen. Ein kurzer Brief genügt im Normalfall bereits. Aber wer mehr als diese dünne Floskel erwartet, wird enttäuscht. Denn wie dieser Einsatz konkret aussieht, bleibt offen. Bei manchen hohen Frauen und Herren dürfte Einsatz schon dann gegeben sein, wenn der Formulierungsvorschlag zum Antidiskriminierungsgesetz nicht in der Rundablage, sondern in der ewigen Evidenz landet.

Die Angst der Politik vor Antidiskriminierung behinderter Menschen als Bestandteil der Verfassung ist verständlich. Sie wäre zum Handeln gezwungen. Allein durch den gewünschten ersten Satz könnten etliche Gesetze vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben werden. Sie müßten neu formuliert werden. In manchen Bereichen – wie etwa der schulischen Integration –

würde die generelle politische Linie – wie etwa das bestehende Schulsystem – in Frage gestellt sein.

Wie die Politik reagiert auch die Wirtschaft. Wer in einem Gasthaus nicht aufs WC gehen kann, hat eben Pech gehabt. Was aber, wenn das Gesetz Gleichbehandlung vorschreibt? Der Gasthausbesitzer müßte für geeignete Toiletten sorgen. Noch schlimmer, wenn ein behinderter Mensch partout nicht davon abzuhalten ist, einem Beruf nachzugehen zu wollen. Die Ausrede, es sei leider kein Lift zur angestrebten Arbeitsstätte vorhanden, gälte dann nicht mehr. Auch die Wirtschaft wäre zum Handeln gezwungen.

## Ein Werkzeug, sich zu wehren

Viel schlimmer aber scheint eine andere Angst zu sein: Behinderte Menschen könnten sich plötzlich ernsthaft gegen Diskriminierungen wehren. Wie gut dazu eine Antidiskriminierungsgesetzgebung geeignet ist, zeigen der „Americans with Disabilities Act – ADA“, vom US-amerikanischen Kongreß im Jahr 1990 verabschiedet, und der „Disability Discrimination Act – DDA“, 1993 in Australien in Kraft getreten. Auch Frankreich und Kanada haben bereits Nicht-Diskriminierungsgesetze.

Die Folgewirkungen dieser Gesetze waren enorm. Entscheidend für ihre Schlagkräftigkeit ist die Einklagbarkeit auch durch Privatpersonen. Beispiel Australien: Im Jahr 2000 werden in Sydney die Olympischen Spiele und die Paralympics stattfinden. Die volle Zugänglichkeit der gesamten Infrastruktur ist bereits in der Vorplanung zu berücksichtigen. Straffbar machen sich nicht nur Eigentümer und Unternehmer, die Zugänge im weitesten Sinn erschweren. Gegen das Gesetz verstößt auch, wer jemanden wegen seiner Behinderung verhöhnt oder verspottet.

Beispiel USA: der Generalstaatsanwalt kann bei erstmaliger Diskriminierung bereits eine Geldstrafe bis zu

50.000 \$ beantragen, im Wiederholungsfall bis zu 100.000 \$. Öffentliche Verkehrsmittel, selbst von privaten Betreibern, müssen mit Einstiegshilfen ausgestattet sein, Telefongesellschaften müssen kostenlose Übersetzungsdienste rund um die Uhr für gehörlose Kunden anbieten, in allen öffentlich zugänglichen Einrichtungen müssen behinderten Menschen dieselben Möglichkeiten offenstehen wie allen übrigen Personen. Ein Netz von staatlichen Kommissionen geht Beschwerden nach. Öffentliche Subventionen werden bei Gesetzesverstößen entzogen.

Im Vorjahr wurde dem US-amerikanischen Kongreß und dem Präsidenten ein erster Bericht über die Wirkung des ADA vorgelegt. Auf mehr als 250 Seiten werden Fallbeispiele der Auswirkungen des ADA beschrieben. Eine der wohl wichtigsten Schlußfolgerungen daraus: Das öffentliche Bewußtsein hinsichtlich der Bedürfnisse, Leistungen und Rechte behinderter Menschen hat erheblich zugenommen. Stereotypen und Vorurteile, die sich quer durch die Geschichte der Menschheit angesammelt haben, bröckeln langsam aber sicher ab.

## Wer soll das bezahlen?

Das ist eines jener Vorurteile, die am hartnäckigsten in der Bevölkerung – sei es in Amerika, Australien oder Österreich – verankert sind. Ein Antidiskriminierungsgesetz bedeutet ja auch die barrierefreie Zugänglichkeit von Bauten, Verkehrsmitteln und mehr. Nachträgliche Umbauten kosten Geld.

Anstatt zu jammern und zu stöhnen, sollten Politik und Wirtschaft jubeln. Gerade in Zeiten, in denen die Wirtschaft stagniert, sollte ein solcher Impuls mit Freuden aufgenommen werden. Die Forschung nach den besten Möglichkeiten liefe auf Hochtouren, die Umsetzung dieser Möglichkeiten brächte Umsätze in Millionen- und Milliardenhöhe.

Stimmt schon, kommt die zögerliche Antwort, aber die Kleingewerbetreibenden! Wie soll ein Friseur mit zwei Angestellten die Beseitigung der Eingangsstufen bezahlen? Wie das Beisl am Eck den Umbau der Toiletten? Wäre tatsächlich der politische Wille zur Einführung einer Nicht-Diskriminierungsklausel vorhanden, könnten diese Probleme aus der Welt geschafft werden. Ein gesamtwirtschaftlicher Anreiz sollte genügen, um die Finanzierungsprobleme einzelner Wirtschaftstreibender in den Griff zu bekommen.

Österreichische PolitikerInnen heften wie viele ihrer Kollegen anderer europäischer Staaten die Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit auf ihre Parteifahnen. Noch hat niemand vorgerechnet, wie viele Bauarbeiter, Installateure, Fliesenleger, Elektriker usw. plötzlich wieder Arbeit hätten – müßten doch innerhalb bestimmter Fristen endgültig alle Gehsteigkanten abgesenkt, alle Einkaufszentren mit Behinderten-Toiletten ausgerüstet, alle öffentlichen Verkehrsmittel mit Einstiegshilfen nachgerüstet, öffentliche Telefonzellen ausgebaut, Gebärdendolmetschdienste eingerichtet und vieles mehr getan werden.

Apropos Arbeitslosigkeit: Behinderte Menschen sind diejenige Bevölkerungsgruppe, bei der die Arbeitslosenrate am höchsten ist. Alle Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation, alle Möglichkeiten auf eine gute berufliche Ausbildung sind völlig umsonst, wenn diese Arbeitskräfte dann nicht eingesetzt werden. Es ist immer wieder die Rede davon, wieviel behinderte Menschen den Sozialstaat an finanzieller Unterstützung kosten. Gäbe es zugängliche Arbeitsplätze, würde die Ressource der hochqualifizierten Menschen nicht auf diese Weise vergeudet, würden mehr behinderte Menschen der Volkswirtschaft und somit dem Staat auch Geld einbringen.

## Vorteile für alle Menschen

Der „Nutzen“ der Integration behinderter Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen hat neben den wirtschaftlichen Faktoren aber auch zutiefst menschliche Folgewirkungen. Eine barrierefreie Umwelt löst nicht nur das Mobilitätsproblem von RollstuhlfahrerInnen. Wer immer versucht hat, mit einem Kinderwagen oder einem Gipsfuß einen Autobus zu erklimmen, wird über eine Einstiegshilfe glücklich sein.

Ebenso deutlich sichtbar sind Rampen. Man muß nur einen Eingang, der mit Stufen und einer Rampe versehen ist, einige Zeit beobachten. Die Mehrzahl der Menschen – auch diejenigen, die ohne größere Probleme drei bis vier Stufen überspringen könnten – benutzen die Rampe. Warum? Weil es wesentlich bequemer ist.

Etliche vermeintliche Kleinigkeiten haben jetzt bereits dazu beigetragen, daß das Alltagsleben aller Menschen komfortabler wird. Sie sind auf das Engagement behinderter Menschen zurückzuführen, sind teilweise in Normen festgeschrieben, die sich mit den Problemen behinderter Menschen befassen, und sie sind dennoch fast unbemerkt geblieben. Es wird sich wohl kaum ein „Durchschnittsbürger“ den Kopf darüber zerbrochen haben, warum Lichtschalter nicht mehr in unerreichbaren Höhen

mit winzigen Knöpfen montiert werden. Flächenschalter in vernünftigen, bequemen Höhen sind längst zur Selbstverständlichkeit geworden.

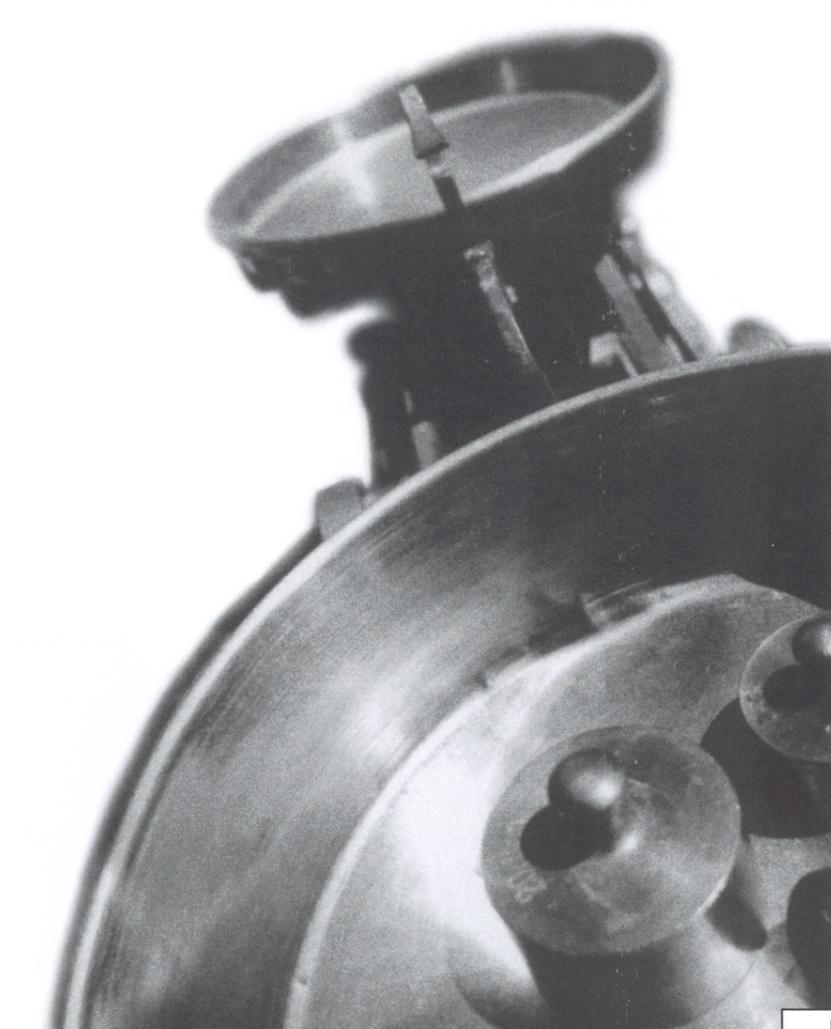
Größte Skepsis herrschte und herrscht teilweise immer noch, wenn es um schulische Integration behinderter Kinder geht. Die Gesetzgebung hinkt dem Bewußtsein der Bevölkerung nach. Integrationsklassen an Volksschulen sind überlaufen. Immer mehr Eltern erkennen den Vorteil eines Bildungssystems, das auf das individuelle Leistungsvermögen jedes einzelnen Kindes eingeht. „Soziales Lernen“ ist durch die Einführung der Integrationsklassen zum modernen Schlagwort geworden, immer mehr Personalberater legen großen Wert auf „soziale Kompetenz“, in Hochglanzmagazinen werden Persönlichkeitstests zur „emotionalen Intelligenz“ abgedruckt. Dennoch zeichnet sich die Neuregelung der Integration behinderter Kinder in der Sekundarstufe durch konservative, wenn nicht rückschrittliche Denken aus.

## Ein Gesetz gegen Vorurteile

Wer alle diese Argumente kennt, meint immer noch einen Trumpf gegen die Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes in der Hand zu haben. Man könne doch durch gesetzliche Regelungen keine Bewußtseinsänderung erreichen. Nicht nur die Erfahrungen mit ähnlichen Gesetzen in anderen Staaten entkräften diese Meinung. Alle PolitikerInnen, die etwa Gesetze zur Frauengleichbehandlung mitbeschlossen haben, machen sich unglaublich.

Wer sich lange genug an Gesetze halten muß, wird ihre Einhaltung eines Tages für selbstverständlich halten. Letztlich werden auch behinderte Menschen nicht mehr wegen ihrer deutlich sichtbaren „Defizite“ in Schubladen verbannt werden.

Klaus Voget ist Präsident der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, der Dachorganisation der österreichischen Behindertenverbände.



von Irene  
Brickner

## Wider das Erbsenzählen!

### Diskriminierung von Lesben und Schwulen - Wege aus dem Dilemma

*Heimische Gesetze, christliche Traditionen und die – veröffentlichte – Meinung belegen Lesben und Schwule mit einem Stigma. Doch die Reihen der Gleichstellungs-Befürworter werden dichter.*

Wenn eine ehemalige Religionslehrerin ihre Adoptivtochter stundenlang in der Kälte stehen läßt, ihr das Essen in einem Futternapf serviert und sie zwingt, in einem sargähnlichen Bett zu übernachteten, ist klar, womit das zusammenhängt. Wenn der dazugehörige Vater über Jahre aus Feigheit wegschaut und lieber zum Heurigen geht, wirft das ein bestimmtes Licht auf ihn: „*Honorige Foltter-Eltern führten Sex-Doppelleben. Homosexuelle über den Vater: Ein stadtbekanntes Schwuler. Mutter soll ein intimes Verhältnis mit der Tante gehabt haben.*“

Verwundert? Lesen Sie's nach! Quelle: *Kronen-Zeitung* vom 11. Juli 1996. Anlaß: die Ausgrenzung, die körperlichen und seelischen Qualen, die Walter und Ernestine K. ihrer Tochter Maria (und vielleicht weiteren fünf Geschwistern) mutmaßlich angetan haben. Vor der Herausforderung, Kindesmißhandlung und gutbürgerliche Verhältnisse unter einen Hut zu bringen, weichen drei gekrönte Journalisten auf den Sex aus. Den Homo-Sex. Das „*lesbische Verhältnis*“. Auf „*billig*“ wirkende Anzüge „*auf der Suche nach Lustknaben*“ in „*einschlägigsten Lokalen*“. Auf „*peinlich verschwiegene Gründe*“ für eine Kündigung von der Erzdiözese Wien, die mit einem geteilten „*Schlafzimmer und Ehebett*“ der Prügel-Mama und ihrer „*Vertrauten*“ in zwei Spalten gepreßt wird.

Es regnet Klischees in diesem Artikel – und in vergleichbaren Werken von der schreiberischen Konkurrenz. Der Hintergrund: Vorurteile, jene zählbaren, immer wieder auffrischbaren „Wahrheiten“ über gleichgeschlechtlich l(i)ebende Männer und Frauen. Jene diskriminierenden Aussagen, die honorige Politiker nach „Schutz für die Jugend“ vor schwuler/lesbischer „Verführung“ rufen lassen. Wer will schon, daß die eigenen Kinder „so“ werden? Wer will, daß sie „eine/n solche/n“ als Lehrer/in in der Schule, als Nachbar/in im Gemeindebau, als Freund/in im Tennisclub über sich ergehen lassen müssen? Auch die/der verdächtig unverheiratete, ihr/sein Privatleben nicht an die große Glocke hängende Arbeitskollege/in ist wohl nicht ganz richtig ... Teufel, Teufel!

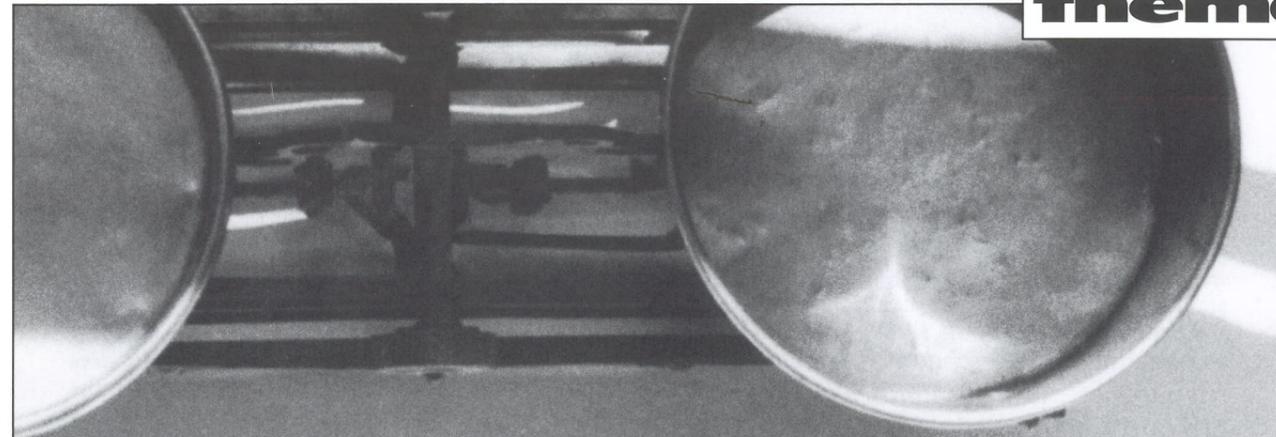
Die Maschine ist am Werk. Die Vorurteils-Maschine. Die Diskriminierungsmaschine. Die Homo- und Hetero-Erbsenzählmaschine. Die das Kröpfchen ob der „Schlechten“ weit aufreißt und den „Guten“ ihr „Gut-Sein“ erst recht ins Bewußtsein ruft. Auf daß die Behauptung eines Kurt Krickler, Bischöfe erfreuten sich „homosexueller Neigungen“ (wie im Grunde alle Menschen laut moderner Psycho-Wissenschaften) zu teuren Prozessen gegen den Behaupter führe!

Einmal in Gang gesetzt, muß diese Maschine erst ins Leere laufen, um wieder

zum Stillstand zu kommen. Stoppt sie heute rascher als noch vor 20 Jahren, so wegen der sich verbreitenden (in dieser Hinsicht nicht unsympathischen) Wurschtigkeit einer Mehrheit der Bevölkerung, die sich der „Wohlstandserhaltung“ widmet, sexuellen Normen gegenüber. Doch keine Macht, keine Behörde, keine offizielle Person und nur ein einzelner Text von Gesetzesrang bieten in Österreich eine Handhabe gegen die Hetze, Benachteiligung, gegen Ausschluß, Beschimpfung, Lächerlich-Machung, Ignorierung schwuler und lesbischer Menschen.

Die Situation, in der wir leben, ist pervers (und nicht der/die Homosexuelle), wie es schon Rosa von Praunheim in den siebziger Jahren festgestellt hat. Als sich vor zwei Jahren die Wiener Journalistin Burgl Czeitschner in Zeitungsartikeln mit der böß gemeinten Behauptung, sie sei lesbisch, konfrontiert sah, ging sie vor den Kadi. Sie bekam recht: Nicht, weil die Richter, von der Gleichwertigkeit der Homosexualität ausgehend, den bösen Willen des Behaupters, der sich in seiner verächtlichen Wortwahl äußerte, für unangebracht hielten. Sondern, weil sie die die Behauptung, jemand sei lesbisch, an sich als rufschädigend einschätzten. Weshalb diese zu unterbleiben habe ...

Soviel zur aktuellen „Werte“-Diskussion, der sich im heimischen Alpenland die BefürworterInnen einer Gleichstellung von Lesben und Schwulen ungeschützt widmen müssen. Nicht nur, daß gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften gesetzlich nicht anerkannt und so in Bezug auf Mann-Frau-Verbindungen diskrimi-



niert werden – was zur Folge hat, daß z. B. kein gemeinsames Wohnungseigentum erworben, kein Mietrecht nach dem Tod weitergegeben, kein Kind adoptiert und/oder gemeinsam aufgezogen werden kann und auch sozial-/steuerrechtliche Erleichterungen wegfallen. Das Gesetz steht (immer noch) eindeutig auf Seiten der Diskriminierungs-Fraktion und behält sich dafür auch die Worte vor:

Ein Mann über 19, der sich mit einem Mann zwischen 14 und 18 einläßt, ist mit Haft zu bestrafen. Bezeichnende Bezeichnung der verfolgten Tat: „gleichgeschlechtliche Unzucht“ (Strafgesetz-Paragraph 209). Nicht im Gesetzestext findet sich der populäre Ausdruck „Schutzalter“: Kein Wunder, bedingt doch der Paragraph nicht Schutz, sondern Bestrafung: Verurteilungen und Verurteilte wegen – freiwilliger – sexueller Kontakte, Beziehungen und Liebesgeschichten.

Dann gibt es noch das „Werbe-“ und „Vereinsverbot“ (Strafgesetz-Paragraphen 220 und 221): Eine Person, die lesbische und/oder schwule Handlungen öffentlich gutheißt und/oder zu ihnen auffordert, riskiert eine Geldstrafe oder bis zu sechs Monate hinter Gittern. Gerüchten zum Trotz ist das „Werbeverbot“ kein totes Recht: Zusammen mit dem Pornographiegesetz kommt es bei Beschlagnahmen beim Zoll und in Buchhandlungen zum Tragen.

Gerüchten zum Trotz könnte auch die seit 15 Jahren vehement geforderte Abschaffung der drei Bestimmungen noch lange auf sich warten lassen. Da ÖVP und FPÖ gemeinsam im Nationalrat über eine dünne Stimmenmehrheit verfügen, droht die per Fristsetzungsantrag bis 13. November 1996 durchzuführende diesbezügliche Abstimmung zu einer kleinen Koalitionsübung zu werden. Dann wäre in Österreich eine diskriminierende Gesetzeslage in Kraft, die im EU-Europa ohnegleichen ist: Außer in England und

Liechtenstein wurden hetero- und homosexuelle Mindestalter überall angeglichen, während hierzulande auf Verstöße gegen die Zwangsbestimmung mehr Häfen steht als z. B. bei „schwerer Körperverletzung“ (der Strafrahmen nach dem § 209 beträgt sechs Monate bis fünf Jahre (!), „schwere Körperverletzung“ wird mit bis zu drei Jahren geahndet).

Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – werden die Reihen der Gesetzesgegner und der Antidiskriminierungs-Befürworter dichter: Im Nationalrat haben sowohl Grüne und LIF als auch die SPÖ Paragraphen-Abschaffungs-Anträge eingebracht. Und: Lesben, Schwule und ihre FreundInnen schreien lauter denn je und gehen in die Öffentlichkeit, wie es sich bei der „Regenbogenparade“ gezeigt hat.

Außerdem haben sie weiterführende Ideen: Zum Beispiel konkrete Vorschläge über die gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen und Transgender-Personen im kommunalen Bereich. Dies soll durch einen Fächer von Maßnahmen angepeilt werden: Gleichstellungsstelle für Lesben, Schwule und Transgenderpersonen, wie sie in Berlin, Leipzig, Amsterdam, Utrecht, Den Haag schon mit Erfolg eingerichtet wurden. Vertrauensleute, vorerst bei größeren Behörden, um Fälle beruflicher Benachteiligung und von „Mobbing“ (beides große Angstmacher bei Leuten vor dem *Coming Out*) zu klären. Von der Grünen Alternative wurden diese Forderungen im Form eines „Akzeptanz-Konzepts“ in den Gemeinderatswahlkampf eingegliedert. Das Liberale Forum vertritt ähnliches.

Ganz oben auf der Forderungsliste steht auch die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, hier auf landesverfassungsgesetzlicher Ebene (in Deutschland fordert der grüne, schwule Bundestagsabgeordnete Volker Beck ein solches Gesetz für das ganze Land). In Wien hat die Grüne Alternative vor der

Sommerpause einen diesbezüglichen Passus im Gemeinderat eingebracht. In Bludenz gibt es ihn schon: „*Die Stadt Bludenz nimmt gegenüber allen Minderheiten eine tolerante Haltung ein, die sich an den Grundsätzen der Achtung, der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit und der Liberalität orientiert. Organe der Stadt Bludenz sind verpflichtet, diese Grundsätze auch gegenüber den Homosexuellen und ihren Vertretungen anzuwenden.*“

Dieser Passus, vom LIF-nahen „Bürgerforum“ eingebracht, wurde mit nur einer (ÖVP-)Gegenstimme angenommen. Sie ist Resultat einer erbitterten Auseinandersetzung um die Abhaltung eines österreichweiten Lesben- und Schwulenforum in der Bregenzer Stadthalle (das Treffen findet übrigens vom 1. - 3. November 1996 in Bregenz statt): Die Reaktionen auf das „Nein“ des Bregenzer Bürgermeisters Rudolf Sohm (ÖVP) hatten in Vorarlberger Zeitungen eine LeserInnenbrief-Flut hochgespült. Da war von „nicht artüblicher Form von Sexualität“ die Rede, von „Sodom und Gomorra“ und von „gesundem Empfinden“ dagegen (*die STIMME hat in der letzten Nummer berichtet, Anm. d. Red.*).

Einmal losgetreten, produzieren 2.000 Jahre Christentum, was Lesben und Schwule angeht, eben die buntesten Sumpfbüchlein ... Jene, die für die Emanzipation der Homosexualität aus ihrer Zweitrangigkeit eintreten, waren alarmiert – und brachten die Antidiskriminierungserklärung ein. Die spricht zwar von „Toleranz“ (*tolerantia* = Ertragen, Erdulden, Duldsamkeit) und nicht von „Akzeptanz“ (*accipere* = annehmen), was Lesben und Schwule (immer noch) zur Bürde und Last erklärt.

Doch die Richtung stimmt. Irene Brickner ist Journalistin, Mitarbeiterin der Grünen und Vorstandsmitglied des „Wiener Lesben- und Schwulenforum“ (WLSF).

von Dieter Schmutzer

## Die diskrete Diskriminierung Lesben, Schwule und Gesetze

*Sollten Sie zufällig zu jener zwar seltener werdenden, aber immer noch existierenden Spezies Mensch gehören, die der Meinung ist, Lesben und Schwule würden in diesem Land ohnehin genauso lieb und nett behandelt wie alle anderen auch, dann widmen Sie mir doch ein paar Minuten Aufmerksamkeit: Es könnte sein, daß Sie etwas Neues erfahren.*

Seien Sie unbesorgt, nichts liegt mir ferner als Sie zu belehren. Wie käme ich denn dazu. Ich habe auch nicht die Absicht, larmoyant vor mich hinzujammern. Das bringt nichts, und ich würde Sie höchstens verschrecken. Aber ich würde Ihnen gerne eine Frage stellen: Was haben Österreich und Liechtenstein gemeinsam?

Ein paar Kilometer Grenze, werden Sie vielleicht antworten. Richtig, und was noch? Ich verrate es Ihnen: drei les-

ben- und schwulendiskriminierende Paragraphen!

Österreich – mittlerweile per Volksentscheid auf dem Wege nach Europa – erweist sich in der Behandlung seiner „Minderheiten“ wahrhaftig nicht immer als europareif. Sie könnten jetzt einwenden, es gibt ohnehin eine Verfassung und vor der sind alle gleich. Manche sind aber eben doch gleicher – denn immerhin gibt es ein Strafgesetzbuch. Und da gibt es – vielleicht

haben Sie schon davon gehört – den § 209, der das sog. Schutzalter für gleichgeschlechtliche männliche Beziehungen regelt.

Bestimmungen zum „Schutzalter“ sind so eine Sache. Für Heterosex liegt es bei 14 Jahren. Das heißt, erwachsene Personen eines Geschlechts (Männer wie Frauen) dürfen mit Jugendlichen des anderen Geschlechts sexuelle Beziehungen eingehen, ohne daß dies den Staats- oder sonst einen Anwalt interessiert. Vorausgesetzt natürlich, es ist nicht Gewalt oder Mißbrauch oder Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses im Spiel. Dasselbe gilt übrigens auch für lesbische Beziehungen: Eine Frau darf mit einem Mädchen von über 14 ganz legal Sex haben – beiderseitiges Einverständnis vorausgesetzt. Bei schwulen Männern schaut's da anders aus, hier beträgt das „Schutzalter“ 18 Jahre. Wenn ein Mann von über 19 mit einem Burschen von unter 18 was anfängt, ist der ältere fällig. Er muß nach § 209 angezeigt und gegebenenfalls verurteilt werden, denn das ist kein Antrags-, sondern ein Offizialdelikt. Soll heißen: auch wenn niemand geschädigt wird, alles höchst freiwillig passiert, keiner zum Kadi rennt – wird solches

ruchbar, muß amtsgehandelt werden. Was dem Älteren eine zwischen sechs Monaten und fünf Jahren bedingte Haftstrafe einbringen kann.

Jetzt gibt's natürlich Menschen, die finden das ganz in Ordnung, denn solch widernatürliches Treiben kann nicht ungeahndet bleiben. Bei der Antwort auf die Frage, wo denn der Schaden liegt, wenn zwei mehr oder weniger erwachsene Menschen einverständlich miteinander etwas tun, was deren Privatangelegenheit ist, muß dann „die Natur“ erhalten oder „die Gesellschaft“ oder „moralische Werte“ oder „der Jugendschutz“. In der Pubertät, so ein gängiges Argument, sind junge Menschen besonders anfällig für Verwirrung und Verführung, die lieben Kleinen bedürfen unserer schützenden Hand ganz besonders. Einmal abgesehen davon, daß die Verführungstheorie Schnee von vorgestern ist (ehrlich: Sind Sie schwul geworden, weil Sie mit 15 oder 16 mit einem Klassenkameraden ihre Schwanzgröße verglichen und um die Wette gewichst haben? Und ich schwöre Ihnen, ich kenne keinen Schwulen, der heterosexuell geworden ist, weil er mit 16 geglaubt hat, sich eine Freundin zulegen zu müssen, um „normal“ zu werden) – sind junge Männer schützenswerter als junge Frauen?

Manche meinen, Burschen seien in der Entwicklung eben später dran und müßten erst 18 werden, um mit den Mädchen gleichzuziehen. (Ganz böse Zungen behaupten ja, Männer holen diesen Vorsprung der Frauen *nie* auf; aber das ist eine andere Geschichte.) Die interessantere Version liefern uns die Kommentare zu der mittlerweile ein Vierteljahrhundert alten Gesetzesbestimmung, die (anlässlich der Stellungnahme zu einer Verfassungsklage gegen § 209) vor ein paar Jahren von der Bundesregierung wieder aufgewärmt wurde: Bei Frauen ist zwischen sexuellen Handlungen und natürlichen Handreichungen im Zuge der Körperpflege nicht eindeutig zu unterscheiden!

Da haben wir's. Während wir Männer immer nur an Sex denken, ist frau bei der gleichen Tätigkeit nur um ihre Sauberkeit besorgt.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Ich steh nicht auf 16jährige Burschen. Ich frage mich nur, warum ein junger Mann, der mit 14 über seine Religionszugehörigkeit entscheiden darf, der sich mit 16 auf dem Moped ins Verkehrsgewühl stürzen darf, von dem man erwartet, daß er mit 18 notfalls dem Vaterland sein Leben opfern würde, sich nicht dafür entscheiden darf, einen Mann zu lieben -

so er seinen älteren Freund nicht ins Kriminal bringen möchte. Mir geht's auch nicht um Sex, sondern um einen – frei wählbaren – Lebensstil. Aber das wissen Sie ja ohnehin, oder?

PolitikerInnen beteuern immer wieder, daß damit – Gott möge abhüten! – irgendetwas diskriminiert werden soll. Nur geschützt! Und weil – Spätentwicklung hin, Körperpflege her – selbst der Blauäugigste nicht umhin kann, zuzugeben, daß zwischen 14 und 18 ein Unterschied ist, kam jüngst einer auf die hinreißende Idee, das Schutzalter für sexuelle Beziehungen generell auf 16 hinaufzusetzen. Auch für Frauen und Heteros. Falls das unbemerkt an Ihnen vorbeigegangen sein sollte: Herr Andreas K. war's, Spitzenpolitiker der Schwarzten (wobei „Spitzen“ in diesem Zusammenhang wirklich nur meint, daß er mit an der Spitze der Partei steht). Selbiger Herr führte – im Fernsehen, in „Zur Sache“ an einem lauen Frühsommersonntagabend war's – auch ins Treffen, mit der Aufhebung dieses Paragraphen würde der Vermehrung „homosexueller Strichbuben“ Tür und Tor geöffnet. „Wollen Sie das wirklich?“ fragte er dann noch, Verneinung heischend. Weil wir von (Anti-)Diskriminierung sprechen: Das ist nicht einfach Diskriminierung, das ist schlichte Perfidie!

Lesben und Schwule laufen aber seit Jahren nicht nur gegen diese Gesetzesbestimmung Sturm. Da gibt es noch andere. Etwa den § 220 StGB, das „Werbeverbot“, demzufolge es strafbar ist, für „gleichgeschlechtliche Unzucht und Unzucht mit Tieren“ Werbung zu betreiben. Maria Theresia läßt grüßen, die anno siebzehnhundertirgendwas in ihrer „Constitutio Criminalis“ empfahl, Schwule ebenso wie Tierschänder – und mit denen gemeinsam gleich das geschändete Tier – den Flammen zu überantworten. Seit Jahren zermartere ich mir das Gehirn, wie man für Homosexualität Werbung macht, und brüte über Werbeslogans à la „schwuler Sex – mehr können Sie für Ihr Wohlbefinden nicht tun“ („Lesbensex – mehr können Sie für Ihre Wäsche nicht tun“ scheint mir angesichts der vorherigen Ausführungen mehr Werbung für tägliche Körperhygiene).

Da gibt es auch noch den § 221, das „Vereinsverbot“. Wußten Sie, daß jede/r, der/die einem Verein angehört, dessen, wenn auch nicht ausschließlicher, Zweck es ist, gleichgeschlechtliche Unzucht gutzuheißen, mit einem Fuß im Kriminal steht? Möge ein gütiges Schicksal – oder auch mündige WählerInnen – uns davor bewahren, daß das politische Klima noch

rauer wird; aber bei entsprechender Anwendung der Bestimmungen könnten Lesben- und Schwulenvereine zusperrern, weil ihre FunktionärInnen und Mitglieder auf Staatskosten verwahrt und gepflegt werden könnten.

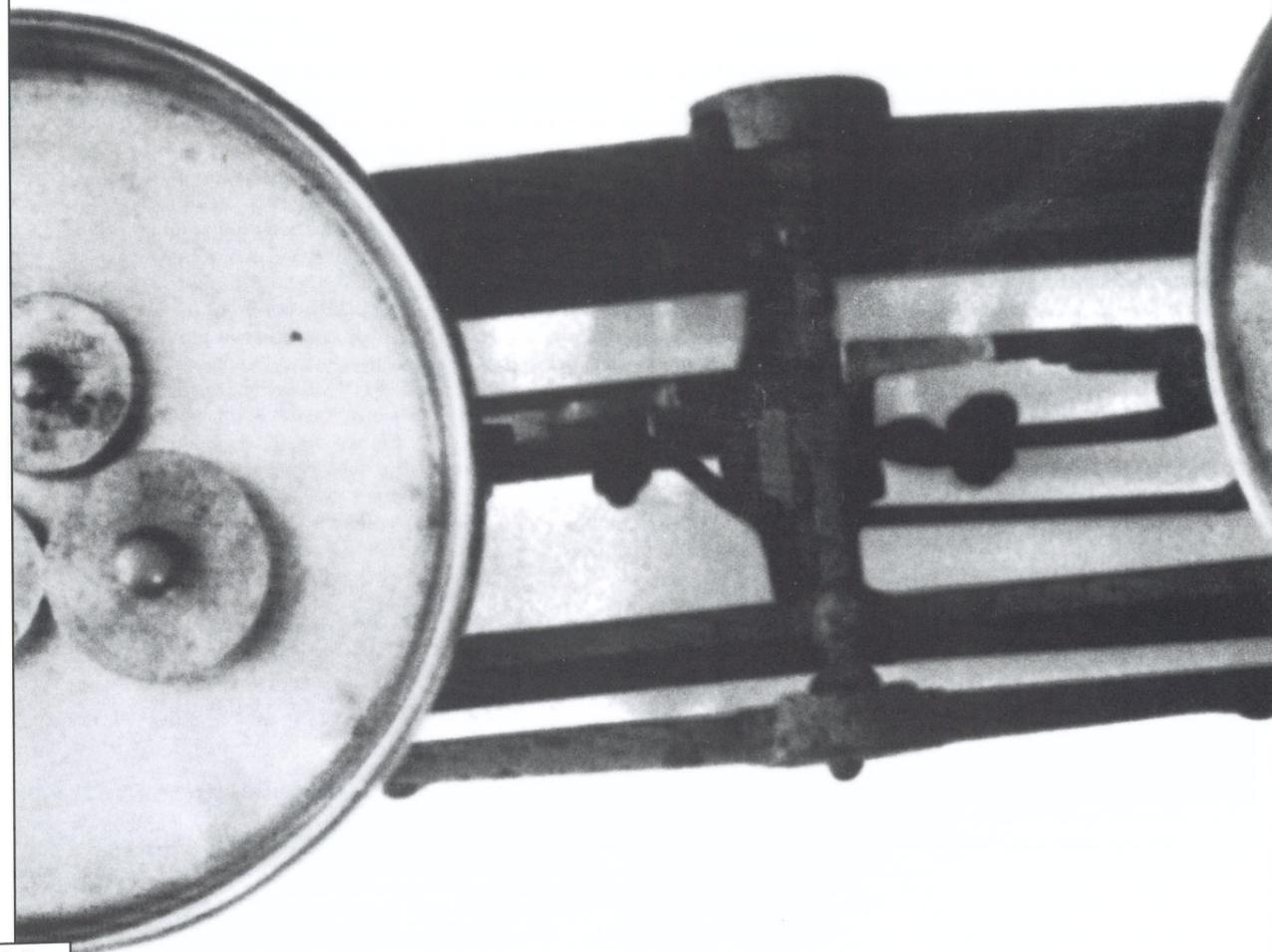
„Totes Recht“, pflegen PolitikerInnen dann zu sagen. Es reicht, wenn das Damoklesschwert über einem schwebt, es muß ja nicht herunterfallen. Und Tote soll man doch lieber einäschern, meinen Sie nicht?

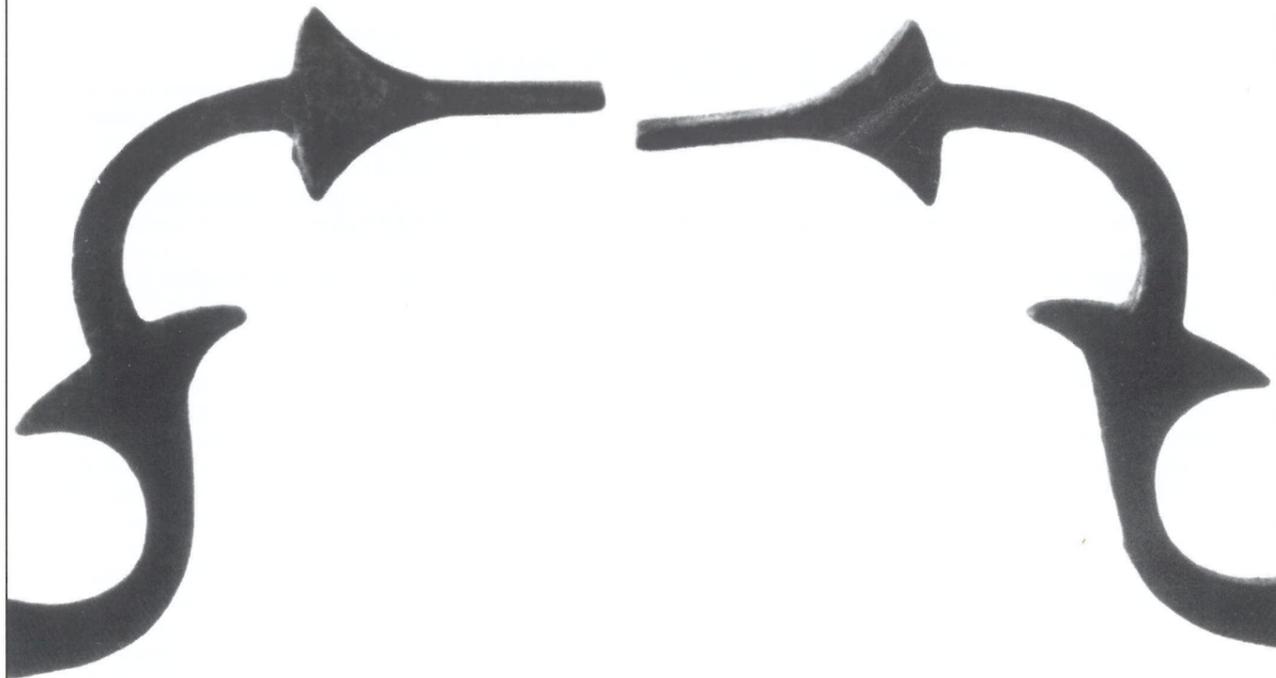
Um auf Liechtenstein zurückzukommen: Nachdem die genannten §§ europaweit einmalig sind (vor allem die beiden letztgenannten), entschied sich das Fürstentum vor einigen Jahren, das österreichische Strafrecht betreffend Lesben und Schwule zu übernehmen. Wohl aus Solidarität, damit die Alpenrepublik nicht gar so allein dasteht ...

Stundenlang könnte ich Ihnen noch erzählen, wo Lesben und Schwule diskriminiert werden. Aber wozu alte Hüte aufwärmen? Wen interessiert schon das Recht auf eine eingetragene PartnerInnenschaft (als „Homo-Ehe“ in die Schlagzeilen heimischer Gazetten eingegangen). Oder die bestehenden Diskriminierungen im Erbrecht, im Mietrecht etc. Falls Sie wissen wollen, warum das wichtig ist: Ich kenne ein paar, die ihre an AIDS erkrankten Partner gepflegt haben, bis zum bitteren Ende. Und dann hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan und konnte gehen. Mit Sack und Pack aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen, weil die übrigen Erben und das Gesetz es so wollten. Aber es muß ja nicht gleich AIDS sein. Als (offiziell) Nicht-Lebensgefährte/in und Nichtverwandte/r bekommen Sie ja im Spital nicht einmal Auskunft, wenn's um eine Blinddarmpoperation geht.

Naja, und dann wäre es natürlich schön, wenn Lesben und Schwule endlich einmal höchstoffiziell als Opfergruppe des verbrecherischen NS-Regimes anerkannt würden. Das hilft zwar den Toten nicht, aber es hat was mit Anerkennung und Wertschätzung zu tun.

Ich will ja nichts Unanständiges. Nur vielleicht ein klitzekleines Antidiskriminierungsgesetz. Oder die Beseitigung offensichtlicher Ungleichbehandlung. Vielleicht erleb ich's ja noch (*Grüne* und *Liberale* und ein paar andere – Achtung: keine Wahlwerbung! – lassen ja Hoffnung schimmern). Und wenn nicht, warte ich bis zu meiner Pensionierung in 20, 25 Jahren. Da hab ich dann mehr Zeit zum Träumen ...





# Political Correctness, Personal Computer und andere Sprachspiele

von Hakan Gurses

## Bemerkungen zur Politik der Verwerfung

Es ist einige Zeit her, da hielt ein Freund zum ersten Mal die STIMME in der Hand, überflog ein paar Artikel, sah auf (ich versuchte gerade, mich von meinem Walkman zu befreien, damit ich seine Meinung hören konnte) und sagte lapidar: „Liebe Kopfhörer, liebe Kopfhörerinnen!“

### Wegwerfpolitik

Politische Korrektheit, in Redaktionsstuben mit Zeitknappheit auch liebevoll PC genannt, ist eine Antidiskriminierungsmaßnahme, die nicht durch juristische Sanktionen funktioniert. Sie appelliert an die sprachliche Ethik, die sie zugleich umwandelt: Politische Korrektheit ist der Name des Prinzips, in verschiedenen Formen des Sprachgebrauchs Gleichheit walten zu lassen und den Differenzen gerecht zu werden, die unsere Dekade charakterisieren. Dazu gehört beispielsweise die Bezeichnung diskriminierter Gruppen nach Namen, die sie selbst für adäquat halten. *Roma* statt *Zigeuner*, *Afroamerikaner* statt *Neger* und Geschlechtspluralität statt „männlich-neutraler“ Endungen. Politi-

sche Korrektheit ist aber auch eine Einstellung, die in jedem Lebensbereich Sensibilität gegenüber Differenzen und Gleichbehandlung groß schreibt. Schließlich ist PC auch ein Imperativ, dem sich die STIMME-Redaktion von Anfang an verpflichtet fühlt, was uns manchmal nicht nur die stille und humorvolle Kritik oben beschriebener Art einbringt, sondern auch Hohn und Ablehnung.

Daß politische Korrektheit manchmal nervenzermürbende Wirkungen nach sich ziehen kann, ist für szenenerprobte Leute mittlerweile keine Neuigkeit. Neu ist allerdings, in empörter Manier unablässig darauf aufmerksam zu machen und diese Ergriffenheitspose obendrein als politische Meinung zu deklarieren. Wir leben in einer politisch merkwürdigen Zeit: Es dauert nur einige Monate, bis eine innovativ-kritische Einstellung über ihren *Gegensatz* stolpert. Diese „Kritik der Kritik“ wird in der Regel nur aus der Gegensätzlichkeit gespeist, fristet also ein parasitäres Dasein; doch siehe: In manchen Fällen überragt sie ihren „Brötchengeber“ an Ruhm und

überlebt ihn sogar. Negation der Negation, Wegwerfkultur als Politik – *Politik der Verwerfung*. Da besteht, meine ich, ein Unterschied zur Vereinnahmung oppositioneller Ansichten durch den Mainstream, wie wir es noch gestern kannten. Mir fällt eine Bemerkung von Umberto Eco ein, der in den sechziger Jahren als glänzender Medienkritiker galt: Medienkritik, sagt er, ist in den Achtzigern zum unverzichtbaren Bestandteil der Medien geworden.

Friedliche Koexistenz des Regimes mit der Opposition. In der neuen Politik der Verwerfung aber ersetzt die Kritik das Original.

„Political correctness? Wow!“

„Ja, aber in den Staaten gibt's Leute, die sagen, dahinter stecke Biopolitik, Gruppenzentrismus und so.“

„Kritik der PC? Wow!“

Apropos PC. Diese unaufhörliche Bewegung auf der Überholspur ähnelt den sprunghaften Innovationen in der Computerbranche, wo das Wort „brandneu“ so viel Glanz besitzt wie eine Tomate im Ketchup. Mit dem einzigen Unterschied, daß Verwerfung in der Welt der Mikrochips keine vertretbare Position ist. Dort erhöht das Dreieck „Aufschnappen, Anknüpfen und Weiterführen“ den Marktpreis. (Für die Politik der Verwerfung reicht meist nur das erste.)

### „Innen“ versus „User“

Zugegeben, es ist qualvoll, andauernd das spätgeborene Suffix „Innen“ einzutippen (ich sollte vielleicht einmal zu-

sammenrechnen, wieviel zusätzliche Arbeitszeit und Druckerschwärze es die Redaktion in den letzten politisch korrekten Jahren gekostet hat). Von unaussprechlichen Neologismen wie „ZuwandererInnen“ oder Hochleistungen wie „mensch“ ganz zu schweigen. Natürlich wird man/frau (schon wieder!) den Eindruck nicht los, daß sprachliche Korrektheit gegen den Fluß des Textes arbeitet; daß Bezeichnungen der Differenz und Gleichheit oft nur für das korrekte Auge, nicht aber für die Zunge da stehen, ihre einzig legitime Existenzgrundlage eine politische ist und keine sprachliche. Natürlich haftet jeder politischen Einmischung in die Sprache der Geruch des *Diktats* an, des kleineren Bruders der Diktatur. Natürlich besitzt diese schrecklich schnelle Verbreitung des Terminus „politische Korrektheit“ den Beigeschmack eines Modephänomens. Dann stellt sich noch das „realistische“ Problem: Was ändert es schon, wenn „Zigeuner“ auf einmal *Roma* genannt werden; diskriminiert werden sie so und so! Wie sollen solche sprachlichen Eingriffe den durch Jahrhunderte kultivierten und *physisch* um sich greifenden Haß abschaffen?

Trotz dieser gut gemeinten (und von mir geteilten) Skepsis kann ich nicht umhin, auf seiten der „wohlwollenden“ Anti-PC-Front eine große Portion Heuchelei zu entdecken. Nehmen wir etwa diejenigen, die nebst solch „engagierter“ Korrektheit-Kritik eine vollkommene Hingabe an den Tag legen, wenn es sich um Neologismen aus der *Computersprache* handelt. In derselben kann man nämlich etwas *unter etwas speichern*, einen Text *sortieren*, *Beschneidungspfade erstellen*, *Zellen nach Herzenslust teilen* oder *verbinden*, wasserlos *surfen*, problemlos *switchen*, nach Laune *chatten*, drauflos *scannen* und praktische *Shortcuts* erstellen; die *Konvertierten* sind dort lediglich *Dateien*, *Systeme* können das selbst *gesteuert* werden, *seriengedruckt* werden hingegen die vom *User* nach *Formatvorlagenkatalog* formatierten Textbausteine. Und das alles stört fast niemanden, am wenigsten jedenfalls die erwähnte Abteilung bei der Sprachpolizei, die Syntax nicht der Politik opfern will. Ist die *korrekte* Sprache der elektronischen PC etwa frei von *Politik*? Ich glaube nicht. (Wie schön wäre doch ein politisch korrekter Power-PC!)

Eine gewisse sprachliche Korrektheit zwingt sich in der deutschen Sprache seit langem geradezu auf und wird auch im großen und ganzen eingehalten: Seit das Nazi-Vokabular bestimmte Wörter für sich vereinnahmt hat, kann deren „unkri-

tischer“ Gebrauch nicht mehr wertfrei vor sich gehen. Selten beginnt jemand einen Satz mit „Mein Kampf ist ...“. Weiter noch: Wer nennt heute seinen neugeborenen Sohn „Adolf“, ohne damit etwas signalisieren zu wollen? Mag sein, daß dadurch bestimmte Worte der Sprache abhanden kommen – daß heutzutage das Lieblingswort der mittelalterlichen Inquisitoren „Ketzer“ selten auftaucht, macht mich nicht besonders unglücklich.

Auch andere Beispiele bekräftigen mich in der Annahme, daß eine gewisse Korrektheit in *jedem* Lebensbereich gefragt ist. Einen – gottlob! – Großteil der ÖsterreicherInnen würde es sicher stören, etwa von amerikanischen Touristen „ihr Deutschen“ genannt zu werden. Auf ein Minderheitenrecht pocht die Republik Österreich, wenn sie Austriazismen für den europäischen Sprachverkehr kodifizieren läßt. Daß mit der Versprechung, Paradieser würden auch in Hinkunft korrekterweise so heißen, Politik gemacht werden kann, bezeugt die politische Relevanz der sprachlichen Korrektheit. (Nebenbei bemerkt, es war in letzter Zeit des öfteren in Zeitungen zu lesen, daß Österreich an einer „Allianz der Kleinen“ teilnehme, um hier des Bundeskanzlers Bezeichnung zu zitieren – einer *Allianz der Minderheiten* sollte also, zumindest sprachlich, nichts im Wege stehen.) Weiters denke ich an die vielen Titel, die hierzulande an der Identität eines Individuums mehr Anteil haben als sein Geschlecht („Frau 'fessa“). Seit kurzem gibt es einen reformierten Codex korrekter Abkürzungsweisen der Titel von Magistratsbeamten, welche wörtlich auf der Zunge zergehen. Vielleicht ein profaneres Gebiet: Wer kann sich denn in einer Bäckerei ernsthaft als kundiger Kunde behaupten, ohne den Unterschied zwischen einem Kornweckerl und einem Kornspitz zu kennen? Ja, und dann wieder der Computer: Nennen Sie einmal einen Apple Macintosh einen PC, oder ein Power Book einen Laptop – ich möchte nicht Zeuge der Folgen sein, wenn Sie es in diesem Fall mit einem eingefleischten Apple-User (z. B. dem STIMME-Grafiker) zu tun haben!

### Sprachspiele

Politische Korrektheit, meine ich, geht auf dasselbe Prinzip zurück, das auch Fachausdrücke in Wissenschaften zur Folge hat: Der Akt der Gruppenbezeichnungen wie der wissenschaftlicher Namensgebung sind jeweils „Sprachspiele“ (im Sinne Wittgensteins), zu denen die Sprache der elektronischen PCs, die akademischen Titel oder auch die

Kunst des Gebäckbestellens zu zählen sind. Ihnen allen ist es gemeinsam, *partikular-soziale* Kommunikationsformen zu sein, die als solche jeweils ein Minimum an Konsens erfordern. Daher setzen sie das Verständnis ihrer manchmal eigensinnigen, nicht in andere „Sprachspiele“ übersetzbaren Termini voraus. In ihrer Eigenschaft als *Konventionen* erfüllen sie außerdem *politische* Funktionen: Sie transportieren Weltansichten, Appelle und ethische Normen ebenso wie ihre eigenen Verhaltensregeln. Daher sind die gebrauchten „Sprachen“ stets auch politisch aufschlußreich, sie geben Auskunft über die Sprechenden. Dies gilt für die Politik ebenso wie für das Internet.

### Die PC-Kritischen

So betrachtet ist jene Art Political-correctness-Kritik allzu verständlich, die von Gegnern jeglicher emanzipatorisch-politischer Bemühung kommt: Für solche „Realisten“ ist Politik, was sie selbst machen und was „Ordnung“ verfestigt. Ebenso einleuchtend auch die Reaktion jener, welche in den differenzbetonten „neuen sozialen Bewegungen“ seit jeher die Verwischung des ökonomischen „Hauptwiderspruchs“ erblicken.

Die „wohlwollenden“ und die vielleicht etwas „politikmüden“ KritikerInnen der PC hingegen lösen in mir Unverständnis aus: Nicht, weil politische Korrektheit unkritischbar oder die einzig richtige politische Einstellung wäre, sondern weil diese politisch engagierten KritikerInnen oft voreilig, nicht einmal die Gemeinsamkeiten zwischen der „Logik“ der PC und ihren eigenen politischen Ansichten wie Interessen wahrnehmen. Und weil Resignation nicht zwangsläufig Unsensibilität heißen muß. Ich bezichtige daher diese PC-Kritik, der trendhaften *Politik der Verwerfung* aufzusitzen.

Diese Wegwerfpolitik wird aber just dann so effektiv zur Seuche, wenn es alltäglichen politischen Gesprächen – nicht nur im versoffenen Bierzelt, sondern auch im erhabenen Kaffeehaus – an Sensibilität für Differenzen und an *sprachlicher Korrektheit* mangelt. Mißverständnisse und Ignoranz ernähren die Politik der Verwerfung. So wie PC leicht mit PC verwechselt werden kann, wenn man/frau kein „Insider“ ist, könnten daher manche in Zukunft glauben (wenn wir auch den sprachlichen Zustand der Medien mitberücksichtigen), Minderheitenschutz sei ein Kleidungsstück für besonders kalte Winter.

Und ein Neger mit Gazelle zagt im Regen nie.

# Der unsichtbare Bürger von Erwin Riess oder Groll in Brüssel

„Dieses Bier trifft meinen Geschmack, und zwar akkurat. Dabei bleibe ich. Probieren Sie!“ sagte Tritt zu Groll. Sie saßen in einem Bistro in der Brüsseler Altstadt, Groll aß ein mit Leberpastete bestrichenes Baguette. Tritt reichte Groll die Flasche, der setzte sie an den Mund, nahm einen großen Schluck und spie das Bier unter den Tisch.

„Widerlich! Ein Bier, das nach Erdbeeren schmeckt!“

„In Sachen Bier sind Sie keine Autorität“, entgegnete Tritt. „In der Welthauptstadt des Biers kein Geuse-Bier zu trinken, ist so, als wollten Sie eine soziologische Studie ohne wissenschaftlichen Apparat erstellen. Nicht genug damit, daß Sie dieses wunderschöne Bistro besudeln, stellt Ihr Verhalten eine gröbliche Beleidigung für die Braukunst und das Reinheitsgebot dar.“

„Sprechen Sie es ruhig aus“, sagte Groll und griff nach seinem holländischen Bier. „Im Suff schimmert Ihr wahres Wesen durch, Sie versprengter Großdeutscher. Sie meinen das Deutsche Reinheitsgebot, dessentwegen bekanntlich der Dreißigjährige Krieg ausgebrochen ist. Sie machen sich zum Anwalt dieses völkerrechtlichen Gifts! Nicht in meiner Gegenwart, Herr Soziolog“, sagte Groll und nahm einen großen Schluck. „Nicht in der Stadt, die das Hauptquartier der NATO beherbergt, jener NATO, die zur Verhinderung des Deutschen Reinheitsgebots in die Welt gesetzt wurde!“

„Sie sind verrückt, und das meine ich nicht peripher!“ rief Tritt.

„Heute machen Sie sich Gedanken über das Reinheitsgebot, und morgen wollen Sie einen Lebensraum-Schrebergarten in Odessa unter die Pflugschar nehmen! Reinheitsgeboten jeglicher Art kann man nicht entschieden genug gegenüber treten, denn hinter der Reinheitsfahne marschieren die Reinheitsfanatiker, die andere Existenzformen zu Unrat erklären, gefolgt von der SS, der Säuberungsstaffel, den Selektionisten und Liquidatoren. Mir einem Wort: den deutschen Biertrinkern.“

„Es ist lächerlich, daß Sie kein deutsches Bier trinken“, erwiderte Tritt. „Es ist lächerlich, und, mit Verlaub gesagt, es ist auch historisch schwachsinnig.“

„Idiotisch, meinen Sie wohl. Sagen Sie das einmal einem älteren Bürger von Co-

ventry, Rotterdam oder Warschau. Sagen Sie das einmal einem Europäer wie mir.“ Groll trank aus und stellte das leere Bier zu den anderen Flaschen, die er in Form einer exakten Nachbildung der griechischen Phalanx-Schlachtordnung gegen Tritt aufgebaut hatte.

„Sie und ein Europäer“, höhnte Tritt. „Sie sind ein Provinzialist, ein Regionalist, ein Partikularist! Das steht für mich fest, und zwar eisen.“

„Der eiserne Tritt, der stählerne Stiefel! Jammergestalt, gründige!“ rief Groll. „Sie vermeinen, in mir einen Menschen mit unzulänglichen, flachen, ja spießigen Ansichten in geistigen Dingen zu sehen? Sie mokieren sich über meinen Lebensstil? Trauriger Erbe, Sie! Trinken Sie Ihr Ananasbier und schweigen Sie still.“

„Erdbeerbier!“

„Umso schlimmer. Besserwisser. Neunmalkluger. Rotzlöffel.“

„Jetzt ist es aber genug!“ rief Tritt und sprang auf.

„Setzen Sie sich auf der Stelle wieder hin!“ herrschte Groll Tritt an und griff nach einer leeren Flasche. „Sonst beschieße ich Sie aus antifaschistischen Mörsern!“

In diesem Moment stellte die Kellnerin zwei Bierflaschen auf den Tisch.

„Vom Monsieur dort drüben. Er er sucht Sie nicht, Ihren Streit zu beenden. Er bittet Sie nur darum, nicht lauter zu sein als die Musik. Er kann sonst seine Wertscheine nicht ausfüllen.“

Ein Herr in mittleren Jahren mit einer Halbglatze und einem kolossalen Schnauzbart winkte den beiden freundlich zu. Groll und Tritt winkten zurück. „Allenfalls könnten Sie mich Partikulierer nennen, Sie Tropf“, nahm Groll das Gespräch wieder auf, während Tritt sich setzte. „Das allerdings ist kein Schimpfwort, sondern eine Bezeichnung für einen selbständigen Binnenschiffer. Da fällt mir ein, daß wir ja heute noch den Canal du Charleroi im Mondschein besichtigen wollen. Trinken Sie nicht zuviel, sonst kann ich Sie nicht mitnehmen. Nicht, daß Sie mir in die Schleuse fallen.“

„Lächerlich. Ohne mich kommen Sie ja gar nicht zum Kanal. Oder wollen Sie allein mit Ihrem Rollstuhl über die Pflastersteine rumpeln?“

„Ich hätte nichts dagegen. Immerhin gilt hier das Deutsche Asphaltreinheitsgebot nicht.“

Groll war auf eine Zeitung aufmerksam geworden, die auf einem Sessel lag. Tritt schenkte sich Bier nach, Groll las.

„Das wird Sie interessieren“, sagte Groll. „Hören Sie zu: Das Europäische Parlament schlägt vor, auf der EU-Ratstagung im nächsten Jahr eine Anti-Diskriminierungs-Klausel für behinderte Menschen in die EU-Verträge aufzunehmen.“

„Lesen Sie weiter!“

„Das Europäische Parlament beklagt, daß der Status von behinderten Menschen infolge vielfältiger Diskriminierungen dem eines ‚unsichtbaren Bürger‘ gleichkommt.“

„Unsichtbarer Bürger, das ist gut“, murmelte Tritt.

„Mimikry“, sagte Groll. „Reine Mimikry. Dabei ist das Gegenteil wahr.“

„Was meinen Sie damit?“ fragte Tritt.

„Der Begriff ‚unsichtbarer Bürger‘ ist ein Mimikry-Begriff. Ein Tarn- und Täuschungsmanöver.“

„Wovon soll der Begriff Ihrer geschätzten Meinung nach denn ablenken?“

„Von der Tatsache, verehrter Herr Magister, daß behinderte Menschen nicht unsichtbar sind, sondern überaus sichtbar, ja, sie sind in ihrer Andersartigkeit gar nicht zu übersehen. Manche aber wollen behinderte Menschen nur als geklonte Normwesen akzeptieren, folglich ernennen sie das, was sie nicht zu sehen wünschen, zum unsichtbaren Etwas, zur Schimäre.“

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Europäische Parlament so denkt“, entgegnete Tritt.

„Das glaube ich Ihnen sofort. Jedenfalls ist hier der Wunsch der Vater der Fehlleistung.“

„So gesehen ist es fast ein Glück, daß das Europäische Parlament nichts zu sagen hat“, meinte Tritt.

„Richtig“, pflichtete Groll ihm bei. „Und ich hoffe, daß das noch lange so bleiben wird.“

Tritt beugte sich vor. „Reichen Sie mir doch die Zeitung.“

„Bitte.“

Tritt las.

„Sehen Sie! Wie wunderbar sind dagegen die Stellungnahmen der einzelnen Staaten. England zum Beispiel hat auf nationaler Ebene bereits eine Anti-Diskriminierungs-Klausel verabschiedet; nimmt aber davon Abstand, diesen Schritt für ganz Europa vorzuschlagen.“

„Ein Beweis für die grandiose britische Höflichkeit.“

„Spanien dagegen unterstützt den Vorschlag, weil er vernünftig sei.“

„Die Spanier haben eine lange Tradition in der Scholastik.“

„Irland unterstützt den Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer eigenen Klausel.“

„Die Iren sind Weltmeister im Zweifeln. Was sollten sie sonst bei dem Wetter tun?“

„Frankreich betont, daß Präsident Chirac sich um die Sache kümmern wird.“

„Die Franzosen sind Zyniker. Die kennen ihre Pappenheimer.“

„Der belgische Außenminister befürwortet die Aufnahme einer Anti-Diskriminierungs-Klausel.“

„Der trinkt auch sicherlich kein Kirschbier.“

„Dänemark will die Vorschläge der nationalen Behindertenbewegung sorgfältig prüfen.“

„So ziemt es sich für ein Land, das vom Meer umgeben ist. Was ist mit Portugal?“

„Deutschland, Portugal, Italien, Griechenland, Holland und Finnland haben noch keine Stellungnahme abgegeben.“

„Das ist verständlich.“

„Warum?“

„Weil die deutschen, holländischen und finnischen Regierungsbeamten den Winter in Griechenland und Portugal verbringen. Da bleibt keine Zeit, Stellungnahmen auszuarbeiten.“

„Das ist aber kein Grund für die Säumigkeit der Griechen und Portugiesen!“

„Doch. Denn die bedienen die Nordeuropäer ja rund um die Uhr.“

„Und was ist mit Italien?“ fragte Tritt.

„Italien hat schlechte Erfahrungen mit völkerrechtlichen Klauseln gemacht.“

„So? Wann denn?“

„Vor, während und nach dem Zweiten Punischen Krieg. Näheres kann ich jetzt nicht ausführen.“

„Ein Land fehlt!“ rief Tritt.

„Nein!“ Groll schlug entsetzt die Hände vors Gesicht.

„Doch.“

„Nein“, rief Groll verzweifelt. „Ich beschwöre Sie: Sagen Sie es nicht!“

„Doch, ich bestehe darauf.“ Tritt weidete sich an Grolls flackerndem Blick.

„Österreich“, sagte Tritt nach einer Kunstpause. Er sprach das Wort gedehnt aus und betonte jede Silbe.

Groll starrte vor sich hin. „Die österreichische Stellungnahme ist die mutigste von allen.“

Groll rutschte fast vom Sessel, so klein versuchte er sich zu machen.

„Sie lautet: Österreich ist bestrebt, die Anstrengungen zugunsten einer ausführlichen Erörterung der Interessen behinderter Menschen zu unterstützen, sofern dem nicht anderweitige, zwingende Gründe zuwiderlaufen und völkerrechtliche, ökonomische, theologische

oder sonstige geartete Einwände dem entgegenstehen. Obiges gilt allerdings nur mit der Einschränkung, daß aus dieser Absichtsbekundung keinerlei konkrete juristische und politische Schlußfolgerungen abzuleiten sind.“

„Ich habe es geahnt“, sagte Groll resigniert. „Die Europäische Union wird an Österreich zugrundegehen. Das ist so sicher, wie der Nachschlag bei einem leeren Glas.“

Die Kellnerin stellte zwei volle Flaschen vor Tritt und Groll ab.

„Wieder vom Herrn an der Theke?“ fragte Tritt.

Die Kellnerin maß Tritt mit einem mitleidigen Blick.

„Wenn man austrinkt und keinen Bierdeckel auf das Glas legt“, erklärte Groll, der eine Prostituierte beobachtete, die in einem gegenüberliegenden Bordell ihren Arbeitsplatz im Fenster eingenommen hatte, „dann bedeutet man damit der Kellnerin, daß man eine weitere Lieferung wünscht.“ Ein Rollstuhlfahrer näherte sich dem Bordell, die Frau im Fenster winkte ihm freundlich zu und stand auf. Kurz danach erschien sie auf der Straße, kippte den Mann über eine Stufe und verschwand mit ihm im Gebäude.

„Was die da drinnen jetzt wohl mit dem Mann macht?“ fragte Tritt, der die Szene auch beobachtet hatte.

„Ganz einfach“, sagte Groll. „Sie legt



ihm nasse Tücher auf die Stirn und auf die Handgelenke.“

„Tatsächlich? Eine neue Sexualtechnik? Erzählen Sie!“

„Unsinn! Eine Vorsichtsmaßnahme gegen das Kopfsteinpflaster.“

„Das glaube ich nicht“, sagte Tritt.

„Sie entschuldigen mich. Das Bier tut seine Wirkung. Haben Sie gesehen, wo hier die Toilette ist?“

„Hinter der Theke rechts, im ersten Stock.“

„Über diese enge Wendeltreppe dort vorn?“ rief Tritt.

Groll nickte, Tritt stand auf und näherte sich mit schwerem Gang der Wendeltreppe.

Groll zählte die Geldscheine in seiner Börse. Nach einiger Zeit vernahm man ein Poltern, danach einen Schrei, und Tritt stürzte die Wendeltreppe hinunter vor die Theke. Der Mann mit dem Schnauzbart half Tritt auf und führte ihn zu Grolls Tisch.

„Alles in Ordnung?“ fragte Groll.

Tritt nickte.

„Und Sie? Müssen Sie nicht auch auf die Toilette?“

„Jetzt nicht mehr“, sagte Groll. „Aber ich sollte schleunigst meine Hose ausziehen.“

„Oh je, ist Ihnen ein Mißgeschick widerfahren?“ Tritts Miene belebte sich. „Darf ich Ihnen beim Trocknen helfen?“

„Ich würde es nicht Mißgeschick nennen“, sagte Groll.

„Aber Sie müssen Ihre Hose ausziehen!“

„Anders wird es nicht gehen“, sagte Groll.

„Ich bringe Sie ins Hotel“, sagte Tritt eifertig, stand abrupt auf, fiel aber sofort wieder in den Sessel zurück.

„Nicht notwendig“, rief Groll, der schon in der Tür stand. „Ich hole Sie in einer halben Stunde ab. Trinken Sie währenddessen ein Glas Rotwein zur Aus-

von Peter Bettelheim **Drei Jahrtausende Ägypten?**  
Über Identität, Nationalität und Judentum in der Neuzeit - Teil II

3. Drei Biographien

Baruch („der Gesegnete“) d’Espinosa / Spinoza (1632-1677)

Er gilt als sogenannter „aufgeklärter“, „emanzipierter“ jüdischer Philosoph. Er erlebt die „nationale“ Befreiung der Niederlande von Spanien und den Habsburgern und damit die Etablierung einer prä-demokratischen Gesellschaft sowie den Aufstieg zur und die Etablierung als imperialen (Welt-)Macht<sup>1</sup>, die gegen England und Spanien antritt<sup>2</sup>. Er lebt in einer Periode des blühenden Kapitalismus und kulturellen Wandels<sup>3</sup>.

In dieser Atmosphäre der sehr radikalen Veränderungen wird gleichzeitig von vielen Marranen die lange Zeit abgelegte sephardisch-jüdische Kultur rekonstruiert, und Amsterdam wird zu einer hochangesehenen Kadal Kadoch (heilige Gemeinde). Die Nachkommen dieser ehemals spanisch/portugiesischen Einwanderer haben inzwischen aristokratische Stellungen im Staat inne und halten zum Teil monopolistische Handelspositionen. Der Krieg gegen Spanien, der Haß gegen die Habsburger und die Inquisition einigt die autochthonen Niederländer und die eingewanderten – und inzwischen gut „gesetzten“ – Sephardim. Die „innerjüdische“ Auseinandersetzung wird mit den neu einwandernden, eher frommen und jüdisch-sprechenden ashkenasischen Juden aus Osteuropa und Deutschland geführt.

Spinoza kennt ein weites Feld der arabischen, spanischen wie auch der rabbinischen und kabbalistischen Literatur; und vermutlich war er stark von Maimonides<sup>4</sup> geprägt; v. a. aber von der italienischen Renaissance (Kopernikus, Galilei). Er entwickelt eine stark materialistisch-naturwissenschaftliche, d. h. rationalistische Philosophie, die gegen die extrem mystische Kabbala steht, die auch in ihrer Betonung des Verstands antidogmatisch und antiautoritär ist.

Folglich wird 1655 von den religiösen Autoritäten der erste (leichte) Bann gegen ihn ausgesprochen, dem 1656 die Cheren, der harte große Bann, folgt und damit der Ausschluß aus der Gemeinde wegen „ab-

scheulicher Ketzereien und schwarzer Taten“; letztlich aber doch nur wegen Übertretungen und der Absage an Sabbat- und Speiserituale.

Spinoza lehnt den Bann „aus Rechtsgrundsätzen“ ab, da die Gemeinde im Sinne des (bürgerlichen) Staates keinen Rechtstitel hat<sup>5</sup>.

Sein Hauptwerk, der *Tractatus Theologico-Politicus* (TTP), ist als „frühaufklärerisches“ Werk zur Verteidigung der Denkfreiheit zu sehen; es ist ein Aufruf zur philosophischen Vernunft, der Überprüfung tradierter Lesarten der Bibel. Schon das ausführliche Inhaltsverzeichnis (das sich wie eine programmatische Kurzfassung liest) macht seine Intentionen deutlich:

„(...)5. Kp. Von dem Grunde, weshalb die Zeremonien eingesetzt worden, und von dem Glauben an die Geschichten, aus welchem Grunde und für wen er nötig ist.

6. Kp. Von den Wundern. (...)

13. Kp. Es wird gezeigt, daß die Schrift nur ganz Einfaches lehrt und nichts anderes bezweckt als den Gehorsam und daß sie auch über die göttliche Natur nichts anderes lehrt, als was die Menschen in einer bestimmten Lebensweise nachahmen können. (...)

20. Kp. Es wird gezeigt, daß es in einem freien Staate jedem erlaubt ist, zu denken, was er will, und zu sagen, was er denkt.“

Glückel von Hameln (1645-1724)

Das Buch *Erinnerungen* („Sichroth“) der Glickel v. Hameln ist ihr zufällig aufgezeichnetes Tagebuch (geführt von 1690-1719). Geschrieben ist es in deutsch-jüdischer Sprache (nicht jiddisch!) mit hebräischer Schrift<sup>6</sup>; wird erstmals 1896 „übersetzt“ gedruckt und seither mehrmals neu aufgelegt<sup>7</sup>.

Ihre Aufzeichnungen sind eigentlich zur Erinnerung für ihre Kinder geplant gewesen, also sozusagen ein „privates“ Dokument. Sie beginnt mit dem Niederschreiben der Kindheitserinnerungen nach dem Tod ihres ersten Mannes Chaim Hameln 1689 und setzt fort mit aktuellen Eintragungen, die bis 1719 in Metz reichen, wo sie ab 1700 mit ihrem zweiten Mann lebt.

Sie ist die Tochter des Leib Pinkerle, der

in Hamburg (nach ihren Notizen) als erster Jude Niederlassungsrecht genießt. Sie heiratet mit 15 (oder 16) Jahren und bringt zahlreiche Kinder auf die Welt. Sie ist äußerst fromm und zitiert immer wieder die Bibel in Hebräisch. In ihrer Kindheit erlebt sie die Nachwehen des Dreißigjährigen Krieges mit seinen enormen Verwüstungen, Verarmungen und Entvölkerungen weiter Gebiete. In den norddeutschen Ländern hat die Reformation gesiegt, und Hamburg ist eine „Reichsunabhängige Stadt“, die prä-bürgerlich regiert wird<sup>8</sup>. In den deutschen Ländern gibt es kaum mehr eine intakte jüdische Gemeinde und für einzelne jüdische Familien bestenfalls durch absolutistische Herrschaft der Landesfürsten willkürlich geduldetes Wohnrecht. Jüdisches Leben läuft vor dem Hintergrund tradierter antijüdischer Ressentiments der Umgebung ab, und fallweise folgen auch Vertreibungen.

Glückel schreibt alles nieder, was ihr wichtig erscheint: Familienangelegenheiten, Geschäftliches – sie führt als Witwe die Geschäfte ihres Mannes weiter –, und kommentiert die Politik. Ihre Geschäftsbeziehungen, die Ehen ihrer Töchter und schließlich die eigene Übersiedlung nach Metz ermöglichen ihr einen relativ weiten Horizont. Dieser Blick und die vielen Details machen das Buch zu einem außerordentlichen kulturgeschichtlichen Dokument.

„Mein Vater war gar nicht so sehr reich; aber, wie schon erwähnt, er hatte großes Gottvertrauen; er ist keinem etwas schuldig geblieben und hat sich’s gar sauer werden lassen, sich und seine Familie ehrlich zu ernähren. Er hatte schon viel Schweres durchgemacht und war damals schon bejahrt; darum hat er sich auch sehr beeilt, seine Kinder zu verheiraten. Als er meine Mutter nahm, war er schon Witwer; er war schon 15 Jahre oder mehr mit einer wackeren und sehr vornehmen Frau namens Reize verheiratet gewesen, die ein großes und feines Haus geführt haben soll. Mein Vater hat von ihrer früheren Ehe eine einzige Tochter, die an Schönheit und Tugend nicht ihresgleichen hatte. Französisch konnte sie wie Was-

ser, was meinem sel. Vater auch einmal zu nutze gekommen ist (...)“

Hannah Arendt (1906-1975)

Eine politische Essayistin (philosophische Historikerin, historische Literatin ...), die den Marxismus ablehnt und sich an der griechischen Polis orientiert (daher Kritik von der Linken als „Konservative“ erntet) und für die Rätekonzeption plädiert (und so Ablehnung durch die Konservativen erfährt). So wie sie sich als Denkerin nicht ein- oder zuordnen lassen will, grenzt sie sich – als Jüdin – gegen den deutschen Nationalismus ebenso wie gegen den Zionismus als jüdischen Nationalismus ab. Sie kämpft dennoch in der amerikanischen Emigration aktiv für die jüdische Auswanderung nach Palästina und arbeitet politisch am Entwurf eines jüdisch-palästinensischen Staates.

Ihre Texte und ihre Selbsteinschätzung sind voller Ambivalenzen (als Gleichzeitigkeit, nicht als unversöhnliche Widersprüche); sie ist konsequent Grenzgängerin und fühlt für sich „eine Art von Fremdheit unter den Menschen“ (1970).

Arendt wird 1906 in Hannover als Tochter von Paul und Martha (Cohn) Arendt geboren; die Eltern sind aktiv in der Sozialdemokratie. 1908 übersiedelt die Familie nach Königsberg, wo schon früher Hannahs Groß- und Urgroßeltern lebten. (Max Cohn ist Inhaber einer europaweit bekannten Tee-Import-Firma; er steht in der deutsch-aufklärerischen Tradition und ist skeptisch gegenüber dem Ostjudentum und Zionismus; er ist Mitglied im „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und Präsident der „Liberalen jüdischen Gemeinde“.) Nach dem Tod des Großvaters und dem frühen des Vaters erlebt Hannah ihre Kindheit in einer Welt der (aktiven) Frauen (Mutter, Großmutter). Ihre religiöse Erziehung beschränkt sich auf den Religionsunterricht bei einem sozialdemokratischen Rabbiner, dessen jüngere Schwester und Hannah lebenslang Freundinnen bleiben.

Geprägt von den Erfahrungen und dem Milieu versteht sie sich selbst eindeutig als nichtreligiöse assimilierte Jüdin – doch (wie sie in späteren Interviews ergänzt) aus der Erfahrung der Vertreibung aus Deutschland und Emigration in die USA, als deutsche Staatsangehörige, intellektuell in der Tradition der deutschen aufklärerischen Philoso-

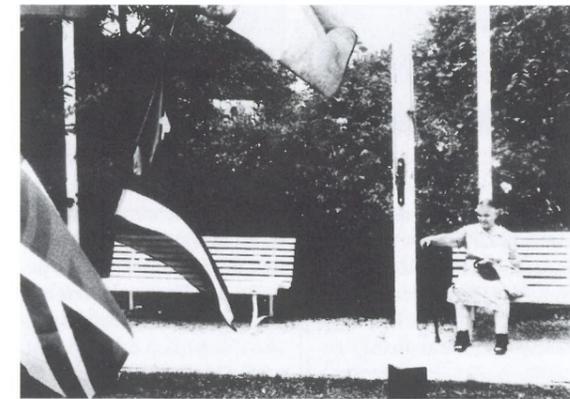
phie und nicht zum deutschen Volk gehörend.

Ihr Buch *Rahel Varnhagen – Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik* ist eine 1938 fertiggestellte Biographie über die deutsche jüdische Literatin Varnhagen (Rahel Levin, 1771-1833), in der Arendts Selbstbild an der anderen Frau sichtbar wird.

„Judentum gibt es nicht außerhalb der Orthodoxie auf der einen, dem jiddisch sprechenden Volk auf der anderen Seite. Was es außerdem gibt, sind Menschen jüdischer Abstammung, für die es jüdische Inhalte im Sinne irgendeiner Tradition nicht gibt und die aus bestimmten sozialen Gründen und weil sie sich als eine Clique innerhalb der Gesellschaft befanden, so etwas produzierten wie einen ‚jüdischen Typ‘.“

Aus der Polis-Gesellschaft entwickelt Arendt eine „moderne“ soziologische Kategorie des menschlichen Daseins und seiner gesellschaftlichen Rolle, das am jüdischen Dasein expliziert wird: den Paria und den Parvenu.

Der Paria ist der Außenseiter, der in der Gesellschaft, die sich auf Privilegien stützt, die Menschenwürde, das eigentlich Humane, spezifisch Menschliche repräsentiert, jedoch um den Preis der Ausgrenzung aus der politischen Öffentlichkeit. „Die Menschenwürde, die der Paria instinktivartig



entdeckt, ist die einzig natürliche Vorstufe für das gesamte moralische Weltgebäude der Vernunft.“

Der Parvenu ist auch Außenseiter, doch aus eigenem Antrieb; durch seine Tüchtigkeit ist er in die „Klasse“ der „standesmäßigen“ Privilegierten aufgestiegen, „als ein besonders gutes und starkes und intelligentes Exemplar, als ein Leitbild seiner armen Paria Brüder (...); bezahlt den Verlust seiner Pariaeigenschaften damit, daß er endgültig unfähig wird, Allgemeines zu erfassen, Zusammenhänge zu erkennen, sich für anderes als für seine eigene Person zu interes-

sieren“. Und Rahel Varnhagen „ist interessant, weil sie ganz naiv und noch ganz unbefangen genau dazwischensteht – zwischen Paria und Parvenu“ und aus diesem Zwischenort jüdischer Existenz in die vorerst aufklärerische, doch letztlich reaktionäre und antisemitische (damit also schein-aufklärerische) Welt übertritt.

„Die Berliner Ausnahmejuden in ihrer Jagd nach Bildung und Reichtum haben drei Jahrzehnte Glück gehabt. Der jüdische Salon, das immer wieder erträumte Idyll einer gemischten Geselligkeit, war das Produkt der zufälligen Konstellation in einer gesellschaftlichen Übergangsepoche. Die Juden wurden zu Lückenbüßern zwischen einer untergehenden und einer noch nicht stabilisierten Geselligkeit. Adel und Schauspieler, beide außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehend – wie die Juden – beide gewohnt, eine Rolle zu spielen, zu repräsentieren, sich auszudrücken, darzustellen, ‚was man ist‘ – und nicht nur wie der Bürger (nach einem Wort aus dem ‚Wilhelm Meister‘), zu zeigen, was man hat‘ – (...) Juden wurden in dem gelockerten Konventionsgefüge der Zeit in der gleichen Weise gesellschaftsfähig wie die Schauspieler: beiden attestiert der Adel ihre bedingte Hoffähigkeit.“

Eine (vorläufig) abschließende Bemerkung zu der anfangs angesprochenen bzw. von mir so benannten „Zuordnungsproblematik“:

Ohne mich auf eine differenzierte Gesellschafts- bzw. Kulturanalyse einzulassen, also in einem verallgemeinerten – und daher auch abstrakten – Sinn, ist für die gegenwärtige Diskussion um die Identität eine Frage zu stellen: Ist möglicherweise die schon von Max Weber soziologisch beschriebene Ausdifferenzierung der Institutionen, der Kultur (Politik, Wissenschaft) – also der „Vergesellschaftung“ genannte Prozeß – schon so weit und durchgängig gediehen, daß die Bezugs„orte“ für die Individuen verloren sind oder nicht mehr ausreichen, um sinnstiftend zu sein? D.h., daß damit auch keine tragfähigen Lebensvorstellungen und Zugehörigkeiten für die Gegenwart gebildet werden können?<sup>10</sup>

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Beitrags für die UNESCO-Dokumentation „Overlapping-cultures and Plural Identities“.

Peter Bettelheim ist Linguist, derzeit tätig im Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien.

Foto: Nuşin Arslan

<sup>1</sup> VOC: Vereinigte Ostindische Compagnie in Indonesien (Djakarta), Japan, Amerika (New Amsterdam = New York) und N-Europa (Ostsee).

<sup>2</sup> Die NL haben angeblich mehr Schiffe als alle anderen europäischen Staaten zusammen – d.h.: potente Wertindustrie.

<sup>3</sup> Konsumgüter, Stoffe, Gewürze, Buchdruck, Malerei ...

<sup>4</sup> Moses Ben Maimon; zweite Hälfte des 12. Jh. Sieht Einheit der Natur als Indiz für die Einheit Gottes.

<sup>5</sup> Siehe dazu die Erstausgabe seines *Tractatus Theologico-Politicus* (1670) ohne Angabe des Verfassers; doch wird Spinoza schon sehr bald als Autor erkannt.

<sup>6</sup> Von einem vereinheitlichten Deutsch ist noch lange keine Rede und schon gar nicht von einer normierten Hoch-, d.h. Schriftsprache. Ganz zu schweigen von dem noch weithin verbreiteten Analphabetismus.

<sup>7</sup> Zuletzt 1986 in Frankfurt.

<sup>8</sup> Dazu ein quasi zeitgeschichtlicher Vergleich: Ihre Geburt ist von der Französischen Revolution so weit entfernt wie das Ende des Zweiten Weltkriegs vom Jahr 2089.

<sup>9</sup> Angesichts der derzeitigen politischen, wirtschaftlichen Entwicklungen und ihrer sozialen Konsequenzen ist ihre Bestimmung in frapperanter Weise „postmodern“.

<sup>10</sup> Dazu einige aktuelle Stichworte zur Kennzeichnung: Wertewandel, Lebensstile, Bildungs-, Informations-, Voyeursgesellschaft, die diversen „Appendix“-Kulturen: Sozio-, Frauen-, Multi-, Auto-, Betriebs-, Managementkultur ...

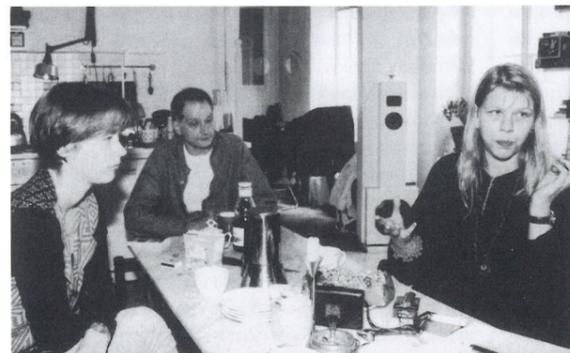


## Pionierflug in neue Medien

Die CD-ROM „Mit anderen Augen“ des Wiener Teams Culture Codes setzt sich mit dem Thema „Neuer Rassismus in Europa“ multimedial und interaktiv auseinander. Die GestalterInnen plauderten für Hakan Gürses aus der Schule.

Zwar hat es seit der Präsentation der CD-ROM „Mit anderen Augen“ im Juni 1996 an lobenden Rezensionen in der Presse, in Funk und Fernsehen nicht gefehlt, die meisten von ihnen haben sich jedoch vordergründig nur mit dem „innovativen Produkt“ befaßt. Seine perfekte Gestaltung sowie die noch relative Unbekanntheit des Mediums mögen Grund für dieses Desinteresse sein, mit dem seine „AutorInnen“ seither bedacht werden. Hinter dem Namen Culture Codes verbirgt sich aber nicht die Selbstverständlichkeit eines großen Softwareherstellers, sondern zwei Jahre intensiver und kreativer Arbeit von vier Leuten, die seit langem in unterschiedlichen Medienbereichen tätig sind.

Als 1989 die freien Journalistinnen Beate Firlinger und Ina Zwerger bei der Produktion eines Studentenmagazins einander kennenlernten, entstand auch ein Duo, das in den nächsten Jahren pionierhafte Features über Migration, Minder-



Ina Zwerger Franz Theiningner Beate Firlinger



heiten und Rassismus produzierte. Besonders die restriktive Novellierung der „Fremdengesetze“ 1992/93 motivierte die beiden, durch die Hörbarmachung der „Betroffenen“ selbst wie durch fundiertes Hinterfragen der Zusammenhänge gegen Grenzziehungen Position zu beziehen. Nachdem die tief-

gründige und dennoch vielschichtige Arbeit, deren thematischen Kulminationspunkt sie in „hybriden Identitäten“ orten, über das gelegentlich gemeinsame Recherchieren hinauszuwachsen anfang, institutionalisierte sich das Duo in einem „Büro für interkulturelle Medienarbeit“. „So idyllisch harmonisch, wie es scheint, verlief die Zusammenarbeit nicht“, blickt Zwerger zurück; „aber wir haben während der Arbeit gelernt, unsere Meinungsverschiedenheiten zu respektieren.“ Firlinger ergänzt: „Wir bemerkten auch, daß wir in der Zwischenszeit nie ausdrücklich formulierte, aber doch gemeinsam angenommene Thesen zu unserer Thematik entwickelt hatten.“

Auf Anregung des Grafikers, Computerkenners und Freundes Franz Theiningner begannen die Journalistinnen, sich

mit den Möglichkeiten des neuen Mediums CD-ROM näher zu befassen. Im Frühjahr 1994 experimentierte das Trio, ohne finanzielle Unterstützung, mit der Demo-Version eines interaktiven Datenträgers, der sich eingehender der bisherigen Thematik widmen sollte. „Im zeitlich begrenzten Rahmen der Radiosendungen ist es nicht möglich, der Komplexität des Themas gerecht zu werden“, stellen die erfahrenen Radiomacherinnen fest. „Wir haben gemerkt, daß kleinere Informationseinheiten, durch Querverweise miteinander vernetzt, viel mehr die adäquate Tiefe erreichen, als es im Hörfunk möglich ist.“

Theiningners Beweggrund war ein auf ähnliche Weise „medialer“: „Eine CD-ROM zu entwickeln, die den bisherigen Gebrauch des Mediums als Spiel bzw. als Lexikon überschreiten sollte.“ Das Unterrichtsministerium zeigte großes Interesse an der Demo-Disc, dazu kamen der Wiener Integrationsfonds und das Österreichkomitee der Europaratskampagne „all different, all equal“, so daß die Finanzierung des Projekts gesichert war. Damit begann ein mühsamer, aber auch spannender Arbeitsprozeß für das Team, das sich durch das Hin-zukommen des Programmierers Thomas Wolf und durch die Namensgebung Culture Codes vervollständigte.

Das in all den Jahren zusammengetragene auditive Material, dem einige freie MitarbeiterInnen visuelle Unterlagen beisteuerten, sowie die vorhandenen Kontakte zu Organisationen und engagierten Personen erleichterten die Arbeit mit Blick auf den Inhalt. Die Übersetzung dieser gigantischen Sammlung in die interaktive und multimediale „Sprache“ der CD-ROM, die als Medium noch heute in den Kin-

Fotos: Mehmet Emir, Culture Codes



derschuhen steckt, erwies sich aber als eigentliche Schwierigkeit. „Es war ein ‚Learning by doing‘“, sagen die beiden Journalistinnen; und Theiningner, der Grafiker, bringt ein halbes Dutzend sorgfältig ausgearbeiteter, gebundener Hefte: die „interaktiven Bücher“, eine Art Drehbuch mit Codes für jede einzelne Informationseinheit.

Dann breitet er am Boden ein Blatt in Plakatgröße aus, auf dem ein Baum mit geradezu unendlichen Verzweigungen prangt. Das ist das Gerüst des 580 MB großen Datenträgers und des „ContextComposer“ zugleich. Letzterer ist der Name des vom Team entwickelten Programms: Ein multi-optionaler Wegweiser, der unterschiedliche Kombinationen von Info-Bausteinen und Zugriffsvariationen möglich macht. Bisher haben sich, so erklären die GestalterInnen des Projekts, zwei wesentliche User-Verhaltensweisen herauskristallisiert. Während sich die einen vom Programm leiten lassen, rufen die anderen mit Hilfe eines detaillierten Index direkt den Baustein ab, den sie benötigen.

Die GestalterInnen dieser CD-ROM über den „Neuen Rassismus“, die durch ihre gelungene Verbindung des Themas mit dem neuen Medium nicht nur hierzulande ein einzigartiges Produkt darstellt, wollen ihren Pionierflug in unerforschte mediale Gebiete fortsetzen. Bevor die Müdigkeit der zwei intensiven Jahre verflogen ist, basteln sie schon an einer weiteren Idee: ein interaktives Multimedia-Produkt über die Geschichte und den Alltag der neuen elektronischen Medien. Wer weiß, vielleicht wird dann in den Rezensionen mehr über Firlinger/Zwerger/Theiningner zu lesen und hören sein.

## Das Wiener Memorandum

Im Rahmen des Festivals Sura za Afrika fanden international besetzte Workshops in den meisten österreichischen Hochschulstädten statt, wobei von afrikanischen und österreichischen WissenschaftlerInnen in interdisziplinärer Zusammensetzung entwicklungsrelevante Fragestellungen behandelt wurden. Ein Bericht von Franz M. Wimmer.



Aus der Erfahrung eines dieser Workshops – über wissenschaftliche und technologische Entwicklung in Afrika –, der in Innsbruck stattfand, war allerdings der Eindruck zu gewinnen, als würden die WissenschaftlerInnen des Nordens von einer Theoriedebatte mit afrikanischen KollegInnen nicht allzu viel erwarten. Mag sein, daß mehr gekommen wären, wenn TheoretikerInnen aus den USA den Workshop bestimmt hätten. Von der Sache und von der Qualität der Beiträge her gesehen, haben sie sich ein Ereignis entgehen lassen.

Eines der Ergebnisse dieser Workshops waren Richtlinien für eine künftige Politik der Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Ländern und Österreich bzw. der EU, die in der letzten Woche des Festivals in Arbeitssitzungen im „Kreisky-Forum für internationalen Dialog“ zum Wiener Memorandum führten. Dieses wurde von afrikanischen ExpertInnen der Presse und dem Parlament vorgestellt. Die Staatssekretärin des Außenministeriums, Ferrero-Waldner, und vier der fünf parlamentarischen SprecherInnen für Entwicklungspolitik nahmen dazu Stellung, alle positiv.

Die Workshops – über politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Entwicklungen in Afrika – hatten durchwegs hohes Niveau. Bei den anschließenden Diskussionen im „Kreisky-Forum“ blieben allerdings Sessel leer, Namensschilder unbenutzt; darauf standen österreichische Namen. Einer der anwesenden Wissenschaftler konnte in seinem Diskussionsbeitrag den Grund dafür

genannt haben. Er erinnerte daran, daß in Huntingtons berühmtem Aufsatz über den „Zusammenprall der Kulturen“ Afrika mit keinem Wort erwähnt wird – als wäre es in den Szenarios der Zukunft gar nicht vorhanden.

Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die letzten fünf Jahre, die Zeit nach dem Kalten Krieg, für die Länder Afrikas ein Abflauen des Interesses und der Investitionen gebracht haben. Wenn dazu kommt, daß immer mehr Rohstoffe, die von dort kommen, durch andere Materialien abgelöst werden, so wird damit die Frage nach dem Interesse einer „Zusammenarbeit“ nur prekärer.

Vor diesem Hintergrund fordert das Wiener Memorandum die Zukunft Afrikas ein. Der Text des Memorandums enthält Beobachtungen und Empfehlungen zu drei Bereichen: zur Politik, zu Entwicklungszielen und zur wissenschaftlichen bzw. technologischen Entwicklung.

Ein wesentliches Merkmal in der politischen und staatlichen Entwicklung Afrikas sind nach wie vor die aus der Kolonialzeit weiterbestehenden internen und zwischenstaatlichen Strukturen. Insbesondere die große Zahl von Flüchtlingen – derzeit

etwa 7 Millionen Menschen in Afrika – stellt ein brennendes Problem dar. Es gibt ein einziges Instrument, die OAU, die gesamtafrikanische Probleme zu lösen sucht. In Hinsicht auf die Sicherheitspolitik handelt es sich vorrangig nicht um eine militärische Frage, sondern um die Bewältigung von Armut und ökonomischer Ungleichheit.

Erstes Ziel der Entwicklung in Afrika ist es, die Grundbedürfnisse der Menschen sicherzustellen. Dafür schlägt das Memorandum konkrete Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft vor, worunter die dringlichste eine echte Entschuldung ist. Österreich ist aufgefordert, hierin Initiativen zu setzen.

Entwicklung der Wissenschaft und der technologische Ausbau von Infrastruktur und Kommunikationswesen stellen weitere Schwerpunkte des Memorandums dar; auch in diesem Bereich sind Formen echter Zusammenarbeit auszubauen.

Alles wird darauf ankommen, wer hinter diesem Memorandum steht. Bei kulturellen und bei Menschenrechtsfragen ist nicht zu befürchten, daß das Interesse nicht gegenseitig sein wird. Anders verhält es sich in Fragen der Ökonomie und der Politik: Wer da von wem zu lernen hat, dürfte wenig Gegenseitigkeit vermuten lassen. Und so wohl auch in den meisten Wissenschaften; der Weg zu dem, was am Innsbrucker Workshop gelegentlich „real exchange programs“ genannt wurde, kann weit werden.

Franz M. Wimmer lehrt Philosophie an der Universität Wien.

„Mit anderen Augen“ bietet drei Menüoptionen zum Einstieg: In „Magazin“ überwiegt Information über die verschiedenen Erscheinungsformen des Rassismus, aber auch Hintergrundwissen zum Themenkomplex Migration, Minderheiten, Identitäten und Grenzziehungen. Neben O-Ton-Statements von ExpertInnen und MigrantInnen werden hier Literaturhinweise wie literarische Beispiele angeboten. „Fühlen, Denken, Handeln“ richtet sich mehr auf die praktischen Dimensionen der Thematik und räumt auch der Diskussion mehr Platz ein. „Kompas“ ist als Orientierungshilfe bei der europaweiten Suche nach Organisationen konzipiert, die sich dem Themenkomplex widmen. Die CD-ROM eignet sich nicht nur hervorragend für den Bildungsbereich; von MultiplikatorInnen bis hin zu den sprichwörtlichen „DurchschnittsbürgerInnen“ kann jede/r aus dieser Kombination von Wissen und Unterhaltung etwas „gewinnen“. Beziehungsmöglichkeiten: Schulen: Medienservice des BMUK, Plunkerg. 3-5, 1150 Wien  
Initiativen & Vereine: Wiener Integrationsfonds, Friedrich-Schmidt-Platz 3, 1080 Wien  
Einzelpersonen: Culture Codes, Seideng. 26/7, 1070 Wien; Tel.: 0222/ 52 66 099, Fax: 0222/ 52 28 908, e-mail: fkth@culturecodes.co.at

## „Das sozialhumane Verständnis verstärken“

Ein Gespräch mit dem Kärntner Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat für Kultur, Dr. Michael Ausserwinkler, über Kulturpolitik und Minderheiten in Kärnten.

Sie vertreten das Kulturreferat der Landesregierung Kärnten. Es gibt kritische Stimmen, die behaupten, Sie hätten kein innovatives kulturpolitisches Konzept. Wie würden Sie Ihr Programm – auch zur Förderung von Minderheitenkulturen in Kärnten – spezifizieren?

Nun, mein Konzept ist insofern innovativ, als wir in Kärnten die Förderungspolitik völlig umgestellt haben. Das heißt, daß wir sehr stark in den Bereich der Subjektförderung hineingegangen sind, zusätzliche Stipendien ausgeschrieben und Ausbildungen für das Kulturmanagement organisiert haben, um den Kulturbetrieb eigenständiger zu machen. Zur Förderung der Minderheitenkulturen ist zu sagen, daß die slowenische Volksgruppe ein integrativer Bestandteil der Bevölkerung und als solcher auch der Kultur Kärntens sind. Allerdings gibt es für diesen Bereich seitens

des Landes natürlich spezielle Förderungen, die traditionell über zwei Schienen laufen: Einerseits werden Kulturmittel z. B. für Vereinsförderungen über das Volksgruppenbüro vergeben. Andererseits gibt es auch eine europäische Dimension: Zweisprachige Kultur- und Bildungsprojekte werden auch über Co-Finanzierungen der EU gefördert. Darüber hinaus geht es mir vor allem um die Förderung der Jugend: allgemein im kulturellen und hier im zweisprachigen Bereich durch die nun massive Förderung der Musikschule, der *Glasbena sola*, damit diese auf einem festen finanziellen Boden steht – denn ich bin überzeugt, daß sich gerade dort die eigenständige Kultur gut dokumentiert. Mit dem Kärntner Kulturförderungsgesetz ist es uns übrigens österreichweit erstmals gelungen, eine kulturelle Gleichberechtigung zwischen den Volksgruppen herzustellen.

Im Sinne einer grenzüberschreitenden Kulturpolitik müßte das TV-Signal von Ljubljana im gesamten zweisprachigen Gebiet Kärntens zu empfangen sein. Was tun Sie dafür, daß diese Förderung der Kärntner Slowenenorganisationen endlich erfüllt wird?

Der außergewöhnliche Stellenwert der Mehrsprachigkeit und die Besonderheit einer vielfältigen Kultur in unserem Bundesland sind für mich Auftrag für eine zukunftsorientierte und weltoffene Medienpolitik. Daher habe ich, was die Medien betrifft, schon bisher, wo es möglich war, meinen Einfluß geltend gemacht. Auch die Wünsche der Slowenenorganisationen sowie meines slowenischen Kulturministerkollegen habe ich nach Wien weitergetragen. Allerdings kann ich nicht Fernsehender aufstellen, das liegt außerhalb meines Zuständigkeitsbereichs. Als es etwa 1994 Tendenzen gegeben hat, den slowenischsprachigen Teil des ORF-Kärnten zu reduzieren, ja sogar zu beenden, bin ich auch auf höchster politischer Ebene massiv dagegen eingetreten.



Darüber hinaus war ich der Motor für die Vorbereitung des Kulturabkommens zwischen Slowenien und Österreich.

Die beiden Dachorganisationen der Kärntner Slowenen unterscheiden sich grundlegend in ihrer Minderheitenpolitik: Der Rat der Kärntner Slowenen vertritt das Konzept der Ethnokammer, der Zentralverband die Integration in die bestehenden Parteien.

Ich habe das Modell einer Volksgruppenvertretung im Kärntner Landtag vorgestellt, das inzwischen auch mit meinem Namen versehen ist. Mit einer Änderung der Geschäftsordnung konnte gewährleistet werden, daß die Volksgruppe durch einen bis zwei Vertreter permanent im Landtag anwesend ist und zu allen wichtigen Ausschüssen beigezogen wird. Ich bin allerdings gegen Systeme, die eine starke ethnische Grenzziehung notwendig machen. Daher bin ich auch gegen eine sogenannte Ethnokammer.

Ist Ihr Modell jetzt realisiert worden?

Verfassungsänderungen machen in Kärnten eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Das Integrationsmodell ist eine Herausforderung für jede Partei, selbst Zeichen zu setzen. Mein Vorschlag, Vertretern der Volksgruppe die Anwesenheit im Landtag zu ermöglichen, ist nicht ganz kompromißfähig gewesen. Das Modell einer Ethnokammer oder gesicherter Mandate ist meiner Ansicht nach derzeit auch aufgrund einer dafür notwendigen bundesgesetzlichen

Fotos: Franz Wäkeunig



Regelung nicht erfüllbar. Es hat keinen Sinn, auf Landesebene Forderungen zu stellen, die bundesverfassungsrechtlich keine Entsprechung haben.

Was sind für Sie die Charakteristika einer Minderheit? Für mich ist das Charakteristikum, daß hier eine Bereicherung des kulturellen Lebens eines Landes stattfindet, die, von einer Volksgruppe ausgehend, eine besondere historische Entwicklung genommen hat. Den Begriff *Minderheit* verwende ich nicht immer gerne, weil er auch von vielen abwertend und bewertend verwendet worden ist. Daher spreche ich immer von zwei *Volksgruppen* in Kärnten.

Warum werden bestimmte Volksgruppen diskriminiert? Dafür kann man eine allgemeine Ursache konstatieren: die enorme Angst vor allen Andersdenkenden, -fühlenden, -handelnden; das zieht sich leider über diesen Kontinent hinweg. Wenn Sie das Thema kärntenspezifisch ansprechen, können Sie natürlich auch viele historische Wurzeln von nichtbewältigten fürchterlichen Konflikten in diesem Jahrhundert hinzufügen.

Der Minderheitenbegriff der Initiative Minderheiten umfaßt nicht nur ethnische Minderheiten, sondern auch soziale und viele andere. Dazu gehören z. B. Behinderte, Lesben und Schwule.

Dieser umfassende Minderheitenbegriff gefällt mir insofern gut, als er eine enorme Vielfalt widerspiegelt und die Chance bietet, zu zeigen, wie eine Gesellschaft durch so unterschiedliche Facetten von unterschiedlich denkenden und handelnden Menschen bereichert wird. Hier anzusetzen und zu zeigen, daß jedes Land eigentlich von einem Reichtum sprechen kann, wenn es diese Facetten besitzt, gibt der IM eine zusätzliche Chance, die vielleicht bisher Einzelgruppierungen, allzu



themenzentrierte Initiativen, nicht hatten.

Inwiefern werden diese anderen Minderheitengruppen von Ihrer Partei gefördert?

Eigentlich sehr massiv, aber aufgrund der Themenvielfalt von unterschiedlichen Ausgangspositionen her. So habe ich mich auch als Minister stets dafür eingesetzt, daß etwa Homosexuelle eine breite Akzeptanz bekommen, etwa im Umfeld der gesamten Aids-Diskussion – ein Thema, das ich nach wie vor miteinbeziehe. Wir haben in Kärnten mit Landesrätin Karin Achatz eine sehr engagierte Sozialreferentin, die ein kluges Subventionssystem aufgebaut hat und gegenüber all diesen Themen äußerst aufgeschlossen ist. Aber neben den Finanzierungsfragen im einzelnen ist es mir ein besonderes Anliegen, die Gesamtpartei von ihrem sozialhumanen Verständnis her zu einer Partei zu machen, die auch in dem Bereich eine Vorreiterrolle übernimmt.

Wie ist da die innerparteiliche Stimmung?

Wie in jeder großen Gruppierung – wir haben 40.000 Mitglieder in Kärnten – gibt es auch hier verschiedene Strömungen. In den vergangenen zwei Jahren haben wir sehr viel an Parteibildungsarbeit geleistet, so daß ich heute feststellen kann, daß sich dieses sozialhumane Empfinden deutlich verbessert hat.

Die historische Sozialdemokratie wollte durch Aufhebung der Klassenunterschiede auch ethnische Diskriminie-

runge beseitigen. Dieses Konzept ist nicht aufgegangen. Ich kann ihnen versichern, daß die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft nach wie vor der klare Leitfadende der Sozialdemokratie sind. Im Alltag sind allerdings unterschiedlichste Umsetzungsstrategien erforderlich. Gerade in einer Zeit, in der viele Menschen mit Angst behaftet sind, müssen wir mit dem Ansatz hinausgehen, ihnen diese Angst zu nehmen und sie dazu begeistern, auch auf Minderheiten und ihre Probleme zuzugehen. Darin erblicke ich eine große Herausforderung gerade für eine Regionalpolitik, die teilweise mit Gesetzen oder mit Unterstützungsmaßnahmen agieren kann bzw. auch bewußtseinsbildend wirken kann. Diese Wege müssen mit einer unglaublichen Konsequenz beschritten werden, auch mit dem Bekenntnis zum langen Atem.

Und haben Sie das Gefühl, daß Sie damit schon Erfolge erzielt haben?

Ja, ganz sicher. Wir haben in Kärnten gerade jetzt wieder eine sehr ausführliche Diskussion über das Minderheitenschulwesen gehabt. Allein ein halbes Jahr lang mit den Betroffenen zu reden, hat immens vieles weitergebracht – das zum Thema Bewußtseinsbildung. Ich bin mir dessen bewußt, daß jede Auseinandersetzung mit Volksgruppenfragen in Kärnten einer besonderen Sensibilität bedarf. Dabei gilt es, weder die Toleranz der Mehrheit zu überfordern, noch die berechtigten Erwartungen der Minderheit zu enttäuschen. Während jahrelang kaum wer gewagt hat, hohe finanzielle Unterstützungen für gewisse Projekte der slowenischen Volksgruppe zu gewähren, habe ich diesen Bereich bewußt ins Budget hineinreklamiert.

Und zukünftige Projekte? Sehr viele, weil ich sehe, daß gerade im Kulturbereich die



große Chance besteht, in Volksgruppenfragen eine Brückenfunktion wahrzunehmen. Es wird vor allem auch darum gehen, die Möglichkeiten der EU, deren erklärtes Ziel die Bewahrung der nationalen und regionalen Vielfalt ist, verstärkt zu nutzen. Damit sollte eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Förderung der slowenischen Sprache und der gemeinsamen Kultur in Kärnten verwirklicht werden können.

Was halten Sie von der STIMME und von der Initiative Minderheiten?

Es ist wichtig, den Minderheiten eine Stimme zu verleihen; ich fasse es auch nicht als einen Versuch auf, hier alles in eine starke Einheit zu bringen. Diese Gefahr besteht zwar immer wieder, und es wird die große Herausforderung für die Initiative Minderheiten sein, doch eine gewisse Einheit bei dieser großen Vielfalt zu finden – diese faszinierende Vielfalt zu erhalten und trotzdem eine gemeinsame „Klammer“ zu finden. Ich finde es auch faszinierend, daß Sie auf Regionalpolitiker zugehen. Viele ähnliche Initiativen sind bislang oft auf allgemeiner Bundesebene geblieben und haben den regionalen Kontext nicht so sehr beachtet. Meine Bitte und Aufforderung ist, vor allem auch auf die Gemeindeebene zu gehen; ich erkenne, daß viele Gemeindepolitiker, die in dem Bereich couragiert aktiv sind, die Rückendeckung von einer Initiative wie der Ihren bräuchten.

Gespräch: Elisabeth Jaksche

## Offene Vorstandssitzung der IM in Kärnten

Nach der ersten offenen Vorstandssitzung im September 1995 in Oberwart (wir berichteten in der Nr. 16) lud die Initiative Minderheiten am 21. Juni 1996 in Zusammenarbeit mit dem Slowenischen Kulturverband und dem Christlichen Kulturverband ins k & k Kulturzentrum nach St. Johann im Rosenthal/Kärnten-Koroška.

Der Sinn der offenen Vorstandssitzungen besteht in erster Linie darin, die einzelnen Initiativen, die sich um die Interessen von verschiedenen Minderheitengruppen bemühen, kennenzulernen und mit ihnen gemeinsame Projekte zu planen. Gerade in Zeiten sozialen Abbaus ist eine Vernetzung unumgänglich, um sich gegen weitere Ausgrenzungen erfolgreich zu wehren.

Auf der von Vladimir Wakounig moderierten Sitzung, an der VertreterInnen von fast 20 in Kärnten ansässigen Minderheitenorganisationen teilnahmen, stellten die Anwe-

senden ihre Initiativen und Vereine vor. Dann entwickelte sich eine längere Diskussion über die Problematik des sog. Volksgruppengesetzes



bzw. der Staatszielbestimmung. Während der Rat der Kärntner Slowenen im Rahmen der Novellierung des Volksgruppengesetzes ein sog. Grundgesetz (soll beispielsweise Volksgruppenkammer,

zweisprachige Topographie beinhalten) für alle Minderheiten in Österreich anstrebt, engagiert sich der Slowenische Zentralverband für eine verfassungsmäßige Verankerung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und sozialen Vielfalt der österreichischen Gesellschaft. Das Volksgruppengesetz enthält in seiner Vollziehung Ansätze einer gesellschaftlichen Abschottung von Minderheitenrechten, weil diese nur durch ein kollektives Bekennen zu erreichen wären. Eine Staatszielbestimmung könnte dazu beitragen, daß einzelne Minderheiten nicht mehr gegeneinander ausgespielt und in eine Hierarchie gebracht werden könnten.

Anschließend präsentierte Ursula Hemetek, Obfrau der Initiative Minderheiten, die STIMME und stellte fest, daß sich diese zunehmend zu einem Informations- und Diskussionsforum, das allen Interes-

sierten offensteht, entwickelte. Helga Mračnikar, Leiterin des Drava Verlags, wies auf die Publikationsreihe „Edition Minderheiten“ hin, die in Zusammenarbeit mit der IM entstanden ist und vorwiegend der gesellschaftlichen Artikulation einzelner Minderheiten dient.

Aus der Besprechung möglicher Kooperationsvorhaben entwickelten sich folgende Ideen:

- Nicht-ethnische Minderheiten fühlen sich vom ORF übergangen, ein gemeinsames Auftreten gegen diese mediale Nichtberücksichtigung sollte forciert werden;
- in Kärnten sollte ein regelmäßiger Jour-fixe oder ein „Stammtisch“ eingerichtet werden, um den Kontakt zwischen den verschiedenen Minderheitenorganisationen zu intensivieren;
- bislang „unbeachtete“ Minderheiten sollten die STIMME stärker für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

Die Diskussion über Kooperationsmöglichkeiten machte deutlich, daß neben dem Informationsbedürfnis auch das Unwissen über „andere“ Minderheiten sehr groß ist.

Die offenen Vorstandssitzungen der IM sind ein erster Schritt in Richtung einer stärkeren Zusammenarbeit der Minderheiten und werden mit dieser Zielsetzung fortgesetzt.

Katrina Lair wakou/red

## „Zugvögel“ in Innsbruck

Zugvögel seit jeher. Märchen - Musik - Geschichte fahrender Völker“ hieß eine Veranstaltung, die, gemeinsam organisiert von der Initiative Minderheiten, der Öffentlichen Bücherei Hungerburg und dem Tiroler Volksbildungswerk, am 15. Juni im Kinderfreundenheim auf der Hungerburg in Innsbruck stattfand.

Angesichts der großen Konkurrenz (Innsbrucker Stadtfest, 500 – oder weniger – Jahre Goldenes Dachl, Simply-Red-Konzert, Zieleinlauf der Österreich-Rundfahrt, optimales Schwimmwetter ...) war die Zahl der Interessierten verhältnismäßig groß. Vor ca. 50 Kindern und Erwachsenen las der jemenische Schriftsteller Romedius Mungenast am Nachmittagsjenseits Märchen und Geschichten. Nach einer Jause wurde gemeinsam mit den Kindern musiziert. Am Abend hielt Beate Eder-Jordan einen Vortrag über die Geschichte, Lebensweise, Li-

teratur und Kultur der Roma und Sinti, an den sich eine lebhaft Diskussion anschloß. Der Großteil der Anwesenden zeigte sich überdurchschnittlich gut informiert. Nach dem Vortrag gab die bekannte Lovara-Sängerin Ruža Nikolić-Lakatos zusammen mit ihrem Mann und ihren

beiden Söhnen ein Konzert, bei dem Teile des Publikums begeistert mittanzten.

Parallel zur Veranstaltung wurde die Plakatausstellung „Sinti und Roma, verfolgt, ermordet, vergessen. Nationalsozialistische ‚Zigeunerverfolgung‘ in Österreich“ gezeigt.

Katrina Lair wakou/red

## Europa: Bunt wie die Welt

### Gala für die Jugend

Zum erfolgreichen Abschluß des von der EU/SOKRATES/COMENIUS Aktion 2 geförderten Projekts „EUROPA 2000 – Partnerschaft für die Jugend“ (wir berichteten in der STIMME 18/19), an dem Institutionen – die sich mit Bildungsprogrammen für jugendliche MigrantInnen beschäftigen – aus Österreich, Deutschland, Schweden, Dänemark und Spanien mitarbeiten, veranstaltet die koordinierende Stelle des Projekts, das Jugend-Bildungs-Zentrum Ottakring in

Wien, am 12. September eine Gala für die Jugend.

An der Veranstaltung, die unter Ehrenschutz der BM Elisabeth Gehrler, der Abgeordneten zum Europaparlament Dr. Hilde Hawlicek, dem Leiter der EU-Vertretung in Wien, Dr. Streitenberger, und Max Koch, dem Leiter des Wiener Integrationsfonds, steht, sorgen Wiener Tschuschenkapelle, Lakis & Achwach, Etta Scollo Trio und MC Sultan für das musikalische Programm. Der Foto-

künstler Mehmet Emir wird seine Diashow „Heimat-Reise“ präsentieren, und für tänzerische Einlagen sorgt eine Flamenco-Gruppe. Höhepunkt der Gala ist aber die Präsentation des (Hand-) Buches „Europa: Bunt wie die Welt“.

Donnerstag, 12. September 1996, 19 Uhr, VHS Ottakring, Ludo-Hartmann-Platz 7, 1160 Wien. Info & Detailprogramm: Jugend-Bildungs-Zentrum Ottakring, Tel.: 0222/492 09 96, Fax: 0222/492 08 83-58. red

Foto: Herman Hemetek

## Internationales Minderheitenseminar

Vom 24.-27. Mai 1996 fand im Europahaus Neumarkt (Steiermark), Schloß Forchtenstein, das traditionsreiche Minderheitenseminar statt. Der heurige Titel war „Europäische Initiativen für den Minderheitenschutz“, und als Veranstalter zeichnete, wie auch in den Vorjahren, die Europäische Föderalistische Bewegung Österreich verantwortlich. In der anläßlich des 25jährigen Jubiläums herausgegebenen Broschüre finden sich prominente Politiker mit Vorworten: Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, und BM a.D. Dr. Alois Mock. Beide betonten die zunehmende Bedeutung von Minderheitenfragen im heutigen Euro-

pa und ihre Wertschätzung der alljährlich stattfindenden Seminare.

Eindrucksvoll auch die diesjährige Liste der Referenten: Dr. Marijan Sturm, Leo Radakovits, die beiden Vorsitzenden der Volksgruppenbeiräte der Kärntner Slowenen und der burgenländischen Kroaten; Dr. Heinrich Klebes, ehem. Generalsekretär des Europarates aus Straßburg; ad hoc ins Programm integriert die Jugendgruppe ECHO aus Wien und einige mehr.

Die ersten beiden Referate der Beiratsvorsitzenden skizzierten im wesentlichen die

Aufgabenbereiche und die Struktur der Volksgruppenbeiräte. Beide stimmten auch mit dem Diskussionsleiter, Dr. Heinz Tichy, überein, daß diese Form der Volksgruppenrepräsentanz in Österreich sinnvoll und der Beirat ein taugliches Instrument sei. Allerdings wurde der Wunsch nach einer Überarbeitung des Volksgruppengesetzes von 1976 und mehr Sensibilität bei den politischen Parteien geäußert. Marijan Sturm hob die von ihm geforderte „Staatszielbestimmung“ hervor. Bei diesem Punkt kam es zu einer heftigen Diskussion, ausgelöst

von Rudi Vouk vom Rat der Kärntner Slowenen. Der Rat fordert eine gewählte Volksgruppenvertretung, was der Beirat aufgrund seiner Zusammensetzung nicht ist. Leo Radakovits entgegnete, daß das Bekennerprinzip, welches Voraussetzung dafür wäre, kein gangbarer Weg in der heutigen Volksgruppenpolitik ist.

Eine äußerst unqualifizierte Wortmeldung, der noch mehrere folgen sollten, erstaunte an dieser Stelle. Herr Müller von Eckhartboten wollte ausgerechnet von Radakovits wissen, ob sich die Oberwarter Roma nicht doch selbst in die Luft gesprengt hätten oder ob das Attentat nicht von linken Kreisen verübt worden sei. Daß Herr Müller während des Seminars weiter ungestört sein Unwesen treiben konnte, warf ein schlechtes Licht auf das Seminar. Außerdem konnte eine islamfeindliche Haltung mancher Symposiumsteilnehmer im weiteren Verlauf festgestellt werden, als die Jugendlichen von ECHO ihre Arbeit vorstellten und aufgrund der türkischen Herkunft ihrer Eltern – sie gehören der sog. zweiten Generation an – angegriffen wurden. Dies sind Tendenzen, die gerade bei einem Minderheitensymposium – zumindest unserer Auffassung nach – vermieden werden sollten.

Ursula Hemetek

## Anne Frank heute

### Weltpremiere und Veranstaltungsprogramm im Wiener Rathaus

Die Weltpremiere der neuen Ausstellung des Anne Frank Hauses Amsterdam „Anne Frank, eine Geschichte für heute“ (wir berichteten in der letzten STIMME) und die erste ganzheitliche Präsentation des Netzwerkes der Friedensbildstraße „Weg ins Licht“ finden in der Zeit vom 2. bis zum 30. Oktober in einer einzigartigen Kombination statt. Die Ausstellung thematisiert auf dokumentarische Weise das berühmte Tagebuch von Anne Frank und stellt dabei aktuelle Bezüge her: Schaffung von Feindbildern, Ausgrenzung von Minderheiten, Diskriminierung und Rassismus in der Gegenwart.

Während der gesamten Ausstellungsdauer im Wiener Rathaus gibt es täglich zwischen 14.30 und 22 Uhr ein vielseitiges Rahmenprogramm mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen und Diskussionen. Die von der ARCHE-Plattform für Interkulturelle Projekte und der Initiative Minderheiten nach Österreich geholte Ausstellung tritt nach ihrer Wiener Premiere eine Wanderung durch Österreich an und wird in der Zeit vom 8. bis zum 29. November 1996 im OHO-Offenes Haus Oberwart und vom

20. Jänner bis zum 16. Februar 1997 in Linz/ARGE OÖ zu sehen sein. Anschließend stehen die Städte Salzburg, Hohenems, Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Kress auf dem Programm.

Detailprogramm zur Wiener Ausstellung und Informationen über die Wanderausstellung bei

ARCHE-Plattform für Interkulturelle Projekte, Senefelderg. 39/28, 1100 Wien. Tel.: 0222 / 606 72 16, Fax: 0222 / 603 91 75, e-mail: arche@wien.at. Das Programm und vieles mehr zum Thema sind auch im Internet unter <http://www.wien.at/arche> zu finden.

red

## Obdachlose vor - noch ein Tor!

Zum zweiten Mal seit 1995 versammelten sich in der Sillschlucht am Stadtrand von Innsbruck Obdachlose und „der Rest der Welt“ (so die Ankündigung) zum „Obdachlosen-Fußballcup“. Die Streetworkers der Betreuungsstelle Teestube und die Initiative Minderheiten hatten Mitspielende, Getränke und Grillausrüstung organisiert. Der Junisamstag steuerte ideales Laufwetter bei: sonnig und nicht zu heiß. Sponsorgelder kamen von der GPA und Stadtrat Müller.

Etwa 30 Personen hatten sich eingefunden. Die einen bildeten zwei Teams, die anderen widmeten sich dem An-



feuern. Das Spiel wurde mit viel Einsatz (siehe Bild), aber ohne Verletzungen über die Distanz gebracht. Endstand 4:3 für „die Einen“ (beide Teams waren gemischt). Allgemeine Labung mit fußgekühlten Getränken und Grillspezialitäten folgte. Für eine Zeitlang durfte Sorglosigkeit herrschen und sonst nichts ...

Ein Wunsch fürs nächste Jahr: Der „solidarische Rest der Welt“ könnte stärker vertreten sein!

Michael Oertl

Foto: Michael Oertl

## Sulak Sivaraksa in Innsbruck

Dank des persönlichen Einsatzes ihrer Mitarbeiterin Maturot Sinavarat konnte die Initiative Minderheiten\*, gemeinsam mit anderen Organisationen\*, den Menschenrechtsaktivisten und Träger des alternativen Friedensnobelpreises 1995 Prof. Sulak Sivaraksa aus Thailand in Innsbruck begrüßen.

Sivaraksa, geboren 1933 in Thailand, ist einer der wichtigsten Sozialkritiker Asiens. Er studierte in Großbritannien und lehrte als Professor für Sozialwissenschaften an Universitäten in Thailand und den USA. Aufgrund seines unermüdlichen Einsatzes für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden in Südostasien wurde er wegen „Majestätsbeleidigung“ angeklagt und war zeitweilig im Gefängnis in Thailand und im Exil. Sulak Sivaraksa ist Gründer zahlreicher Organisationen, unter anderem des International Network of Engaged Buddhists. In seinem

Vortrag, gehalten am 25. Juni 1996 im Kaiser-Leopold-Saal der Theologischen Fakultät Innsbruck, versuchte Prof. Sivaraksa die Verantwortung engagierter Buddhisten in der heutigen Gesellschaft zu skizzieren. Die zentrale Aussage seines Vortrags war, daß durch den Buddhismus die Möglichkeit gegeben sei, der Gier und dem Haß, die die westliche Welt dominieren, Einhalt zu gebieten. Eine wichtige Voraussetzung, um gegen das zerstörerische Konsumdenken be-

stehen zu können, sei die Entwicklung von Weisheit und Mitgefühl. Wenn verinnerlicht werde, daß jeder dann glücklich ist, wenn er in Einklang mit der Natur lebt, wenn er frei in seinen Beziehungen zu anderen Menschen ist, wenn er die innere Freiheit erreicht hat (d.h. wenn er glücklich und zufrieden mit sich selbst ist), dann werde der Gier und damit der Ausbeutung von Schwächeren der Boden unter den Füßen weggezogen. Das Publikum, das sehr zahlreich erschienen

war, nahm die Worte Prof. Sivaraksas mit viel Beifall auf. Es gab niemanden, der seinen Thesen offen widersprach. Vielleicht lag es daran – oder auch an der beeindruckenden Persönlichkeit Prof. Sivaraksas –, daß eine Diskussion nicht so recht in Gang kommen wollte.

Katina Lair

\* ÖIE-Tirol, Ausländerberatung Tirol, Grüne Bildungswerkstatt Tirol, Friedenswerkstatt, Dharmagruppe Innsbruck der Karma Kagyü Tradition, ULV-Theologische Fakultät der Uni Innsbruck, Außeninstitut der Uni Innsbruck, Senatsarbeitskreis Wissenschaft und Verantwortlichkeit der Uni Innsbruck

## EUCREA-Österreich gegründet

Am 4. Juni fand im Vestibül der ÖAR, der Dachorganisation der Behindertenverbände, am Wiener Stubenring die Gründungsveranstaltung von EUCREA-Österreich mit der Eröffnung einer Ausstellung der Bilder und Zeichnungen von Andreas Scharang und einer Lesung von Erwin Riess

statt. EUCREA ist ein 1988 gegründeter Verein im Umkreis der Europäischen Kommission, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Integration behinderter Menschen im Bereich der Kunst voranzutreiben. Die österreichischen Vertreter bei EUCREA sind der internationale Sekretär der ÖAR,

Dr. Anthony Williams, und der Schriftsteller Erwin Riess. Der gutbesuchten Gründungsveranstaltung soll im Herbst eine Tanztheaterproduktion mit der Gruppe Bilderwerfer folgen.

EUCREA-Österreich ist über die ÖAR, Stubenring 2, 1010 Wien, erreichbar. er

## Warmer Juni

Den äußeren Temperaturen zum Trotz gestaltete sich der Juni in Wien ausgesprochen warm. Grund dafür waren das Festival „Wien ist andersrum“ und die „Regenbogen-Parade“, bei der an die 30.000 Lesben, Schwule, Transgender-People und deren FreundInnen über die Ringstraße zogen.

Am 11. Juni begann nach einer medialen Erregung über angeblich geschmacklose Plakate das Festival mit einer Eröffnungsgala im tuntebarocken Ambiente des Schloßhotels Schönbrunn mit Auftritten der Geschwister Pfister und der begnadeten Lotti Huber. Die Pfisters begeisterten danach mehr als eine Woche lang das Wiener Publikum mit „intellektueller Unterhaltungskunst vom anderen Ufer“, wie der Festivalleiter Jochen Herdieckerhoff die Grundlinie des Veranstaltungsreignis definierte.

Diesem Anspruch mehr als gerecht wurde die hierzulande leider bislang völlig unbekannte Diseuse Cora Frost, deren Auftritt in Metropal zu den Perlen

von „Wien ist andersrum“ zählte. Ihre Mischung aus absurden Geschichten, schriller Musik und philosophischem Geplapper belegte nachhaltig den Anspruch des Festivals. Daß Georgette Dee ihr/sein Handwerk versteht, ist spätestens seit den Auftritten in der Burg vor zwei Jahren bekannt; der Auftritt im Konzerthaus zählte aber nach anfänglichen technischen Problemen zu den Sternstunden der göttlichen Georgette.

Der Höhepunkt des Monats war jedoch zweifellos die Regenbogen-Parade. Weit mehr Menschen, als sich die Veranstalter (Österreichisches Lesben- und Schwulenforum in Zusammenarbeit mit Kulturverein Berggasse) jemals hätten träu-

men lassen, versammelten sich zu einer Parade des Stolzes, der lesbian and gay pride. Von der Oper bis zur Universität führte der Zug, bunt, lautstark, schrill, sexy und lustvoll. Endlich trauten sich auch in Österreich Lesben, Schwule, Transgender-People und viele, viele ihrer FreundInnen auf die Straßen



und zeigten den staunenden ZuschauerInnen, daß sie nicht weiter bereit sind, sich zu verstecken.

Daß neben dem Spaß, der ausgeflippten Selbstdarstellung und der Tanzwut die politischen Inhalte nicht untergingen, war das Verdienst der zahlreichen politischen Gruppen (Die Grünen, das Liberale Forum und die SozialdemokratInnen stellten eigene Abteilungen), die auf die Anliegen der Lesben- und Schwulenbewegung nachdrücklich hinwiesen. Die Aids-Gruppen wiederum wiesen eindrucksvoll darauf hin, daß frei und selbstbestimmt gelebte Sexualität auch mit Verantwortung zu tun hat.

Günther Tolar brachte es bei der Abschlußkundgebung am Schottentor auf den Punkt: „Es hat mir schon immer Spaß gemacht, schwul zu sein, heute bin ich stolz darauf!“

1997 geht es weiter! An einer Neuauflage von „Wien ist andersrum“ wird schon gebastelt, und der Termin für die nächste Regenbogen-Parade ist schon mit dem 28. Juni 1997 fixiert!

Andreas Brunner, Theaterwissenschaftler und Mitorganisator der „Regenbogenparade“

Foto: Ise Winter

## Termine & News

### COMENIUS Aktion 2

COMENIUS Aktion 2 ist ein Unterprogramm von SOKRATES (Bildung) der EU und beschäftigt sich mit Interkulturellem Lernen und der Förderung von ethnischen und sozialen Minderheiten. Das SOKRATES-Büro veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Initiative Minderheiten für Interessierte am 12. September 1996, zwischen 13 und 18 Uhr, in der Kuffner Sternwarte in Wien/Ottakring einen Informationstag zum Thema. Dr. M. Heissenberger, Leiterin des COMENIUS-Büros, und Cesare Onestini, eigens zu dieser Veranstaltung aus Brüssel anreisend, sind die ReferentInnen. Projektführende aus Dänemark, Schweden, Spanien, und der BRD nehmen ebenfalls an der Veranstaltung teil, die mit einem türkischen Buffet abgeschlossen wird. Reise- und allfällige Nächtigungskosten für TeilnehmerInnen aus den Bundesländern werden vom SOKRATES-Büro übernommen.

Info: Gib & Nimm Zentrale, Mertenstr. 14, 5020 Salzburg, Tel.: 0662/ 881 540.

### Aus der Geschichte lernen

Sind Rassismus und Antisemitismus mit dem Ende der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges aus Österreich verschwunden? Wie ist dann aber der Nährboden, auf dem Ausgrenzung, AusländerInnenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gedeihen, zu verstehen und was haben wir dem entgegenzusetzen?

Landesjugendreferat, Stadt Graz, Karl Franzens Universität, Akademie Graz, ORF Steiermark, das Bundesministerium für Inneres und die Arge Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit veranstalten die Enquete „Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten“, die vom 9. bis 11. Oktober 1996 im Grazer Exerzitenhaus stattfindet.

Info, Detailprogramm & Anmeldung: Büro für Europäische Bildungskooperation/SOKRATES-Büro, Schreyvogelg. 2/Mezzanin, 1010 Wien, Tel.: 0222/ 534 08 44, Fax: 0222/ 534 08 50

Info, Detailprogramm & Anmeldung: Arge Jugend gegen Gewalt, AusländerInnenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, c/o Landesjugendreferat, Karmeliterplatz 2/1, 8010 Graz, Tel.: 0316/ 877 29 07, Fax: 0316/ 877 43 88.

### Bunte Welt

Die Gib & Nimm Zentrale, eine soziale Nachbarschaftshilfe, durch die der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert und Kontakte zwischen Menschen aller Altersgruppen, Schichten und Nationen gestärkt werden soll, veranstaltet am Freitag, den 13. September 1996, zwischen 15 und 21 Uhr ein Fest der Begegnung zur Völkerverständigung unter dem Titel „Bunte Welt in St. Elisabeth“ im Pfarrzentrum St. Elisabeth in Salzburg. Türki-

### OSMAN-Vergabe 1996

Zum ersten Mal in ECHO-7 aufgetaucht, ursprünglich als Filmbarometer von der Kinoredaktion erdacht, entwickelte sich der kleine, sympathische Kerl zum Liebling aller Echoten. Bald wurde die Idee entwickelt, OSMAN im Namen der 2. Generation an diejeni-

gen zu vergeben, die sich im abgelaufenen Jahr für uns, die ausländischen Jugendlichen, einsetzten.

Alle (ohne Ausnahme) können in den 4 Kategorien „Jugendliche“, „Prominente“, „Sozial- und Jugendarbeiter“ und „Vereine, Institutionen oder einzelne Projekte“ einen oder mehrere Namen vorschlagen, die etwas Besonderes oder Herausragendes innerhalb, für oder mit der 2. Generation geleistet haben bzw. als eine Vorbildfigur dienen. Die Vergabe findet im Oktober im Rahmen des ECHO-Abends im Wiener Rathaus statt.



Einsendeschluß für die Nennung der Wunschkandidaten ist der 30. September 1996.

Vorschläge an: ECHO, OSMAN-Komitee, Siebensterngasse 7/1, 1070 Wien.

### Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung

Die Ausstellung „Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien“ dokumentiert, wie sehr Wien von Anfang an durch Zuwanderungsströme und ethnische Vielfalt geprägt worden ist. Die Ausstellung soll in Erinnerung rufen, daß die Vorfahren vieler ÖsterreicherInnen auch als Fremde hierher gekommen sind und daß jede Abkehr von

Internationalität, Toleranz sowie Offenheit einen Bruch mit der eigenen Identität, ein Abkappen der eigenen Wurzeln bedeutet.

Historisches Museum der Stadt Wien  
Karlsplatz, 1040 Wien  
19. September - 29. Dezember 1996, Di. - So., 9 - 16.30 Uhr.

### Xenophobie in der Großstadt

Die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) veranstaltet gemeinsam mit dem Ost- und Südosteuropa Institut und dem Wiener Integrationsfonds am 27./28. September 1996 eine internationale Tagung zum Thema „Xenophobie in der Großstadt“. Tagungssprachen sind Englisch und Deutsch.

Information: ÖGPW, Stumpergasse 56, 1060 Wien, Tel.: 0222/ 59 991-166, Fax: 0222/ 597 06 35.

### Wider die Hegemonie!

„Trotz Globalisierungstendenzen in allen Lebensbereichen kann heute nicht von einer Emanzipation des Marginalen und Peripheren gesprochen werden.“ Ausgehend von dieser Feststellung veranstalten das Mitteleuropa-Institut Muerz und das Liberale Bildungsforum (im Rahmen des Festivals Steirischer Herbst 1996) am 1. und 2. Oktober das Symposium „Wider die Hegemonie! – Nationale Minderheiten in Mitteleuropa“. Dabei soll nach vergangenen und gegenwärtig wirksamen Strukturen der Hegemonie, Unterdrückung und Ausgrenzung sowie Möglichkeiten ihrer Überwindung gefragt werden.

Anmeldung und Detailprogramm: Mitteleuropa-Institut Muerz, Wiener Str. 53, 8680 Mürtzschlag, Tel.: 03852/ 56 200, Fax: 03852/ 56 209.

red

## Musikmekka in den Thaya-Auen

17. Internationales Musikfestival Waidhofen/Thaya

Die Sonne hat sich nur spärlich blicken lassen. Anders das Publikum: Trotz unfreundlichen Wetters haben auch heuer wieder täglich bis zu 1.500 Personen das dienstälteste Festival Niederösterreichs zum Fest gemacht. Das Waidhofener Musikfest kann bereits auf eine siebzehnjährige Tradition zurückblicken. Von den Pionieren des ortsansässigen *Folk Clubs* im Jahre 1979 auf dem Areal des (wegen mangelhafter Wasserqualität gesperrten) Thayapark-Strandbades ins Leben gerufen, füllt es seither immer am Schlußwochenende die Waldviertler Kleinstadt mit regem Treiben.

In den Anfangsjahren ist die Stadtgemeinde den sogenannten „Langhaarigen & Wüden“ des *Folk Clubs* und ihren Aktivitäten mit skeptischem Befremden begegnet. Heute, 17 Jahre danach, sitzen einige der „Wüden“ von damals selbst im Gemeinderat der Stadt, und fruchtbare Aufbruchsstimmung wird spürbar.

Bereits am Donnerstag, dem 27. Juni, baten acht Waidhofener Wirte zum „Warming-Up-Evening“ mit

hochkarätigen Live-Sessions: von *Marios & Julie* über *Dani Gugolz & sein Honky Tonk Piano* bis hin zum *Wackelstein Jazztett*. Von Freitag bis Sonntag ging es dann auf dem Festivalgelände hoch her. Um säumt von einer bunten Zeltstadt, in deren Mitte Clown



Mojo Bluesband

Kosilo auf seiner „Kinderinsel“ die jüngsten Festivalbesucher unterhielt, steht hier ein Jugendstilgebäude, das früher Kabinen und Kästchen für Badegäste beherbergt hat. Im Zuge der Neuproduktion hat man dann eine Wand fallen lassen und unter seinem schützenden Dach die frei einsehbare Bühne errichtet. Sie

wurde einmal mehr zum Schauplatz eines internationalen Musik-Events, der an Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig ließ: Klangvollen Auftakt für alle Country-Fans boten die *Kentucky Callin'*, gefolgt von *Erik Trauner* und seiner *Mojo Bluesband*, die

mit den „Bluesladies“ (*Petra Toyff-Oehl* und *Big Hemma*) stimmgewaltige Überraschungsgäste einbrachten. Tiefschwarzen Blues, Gospel und Soul hatten die *Holmes Brothers* aus New York im Gepäck, während der irische Fiddler *Kevin Burke* mit seiner Band „Open House“ von der Grünen Insel angereist

war, um feststellen zu müssen, daß die Wetterbedingungen im Waldviertel denjenigen in seiner Heimat nicht unähnlich sind. Ob *Deishovida* oder *Twist of Fate*, *Lunapark* oder *Hot Pants Road Club*: die österreichische Musikszene war hier mit einigen ihrer spannendsten jungen Bands vertreten. Für ein grenzüberschreitendes Musikerlebnis sorgte neben dem österreichisch-brasilianischen *Alegre Correa Sextett* und der legendären englischen Folk-Rock-Band *Fairport Convention* auch ein musikalisches Gustostückerl aus Ungarn: Die *Vasmalom* faszinierten mit umfangreichem Instrumentarium und ungewöhnlichen Arrangements. Zum Drüberstreuen gab es auch Ohrenschaus zum Frühschoppen: Neben dem deutschen Folk-Gitarristen *Thomas Kleemaier* und den *Jazzhouse Ramblers* geigte auch das argentinische *Quintett Nahual* auf.

Das Publikum dankte mit bester Laune und reger Teilnahme an den zwerchfeller-schütternden Festival-Wettbewerben: Gummistiefel-Weitschleudern und Sautrogrennen in den „Fluten“ der Thaya.

Über die Verwendungsmöglichkeiten des Festivals-Reingewinns muß *Folk Club-Obmann Herbert Höpfl* nicht weiter nachdenken: Am Samstag, 19. Oktober, wird das neue Clublokal in der Böhmgasse 17 feierlich aus der Taufe gehoben. Es soll auch während des Jahres eine Gelegenheit für Kunst- und Musikerlebnisse der unterschiedlichsten Art bieten.

Näheres läßt sich bestens im hauseigenen Jazz-, Folk-, Blues- und Worldmusic-Magazin *Concerto* nachlesen. Gratis-Leseprobe bzw. Abo sind unter folgender Adresse bestellbar:

*Concerto*  
PF 144

3830 Waidhofen/Thaya  
Tel. & Fax: 02842/ 54 904

Gabriele Müller-Klomfar

Fotos: Ernst Greindl, Lukas Beck

## Gospel-Event mit den „Rounder Girls“

**G**ospel ist das englische Wort für Evangelium. In der afro-amerikanischen Kultur wurzelt auch der Gospelsong: eine faszinierende Mischung aus Spirituals, in Messen gesungenen Liedern und Hymnen sowie neuer stilistischer Elemente wie Blues, Jazz und Soul.

Die klassischen Gospels und Spirituals haben ein stimmgewaltiges Damenquartett inspiriert, in dieser Tradition neue Lieder zu schreiben, die unser heutiges Leben widerspiegeln: Die *Rounder Girls* füllen seit ihrer Gründung normalerweise Konzertsäle und Unterhal-

tungsbühnen. Am 27. und 28. September 1996 aber werden sie an ungewöhnlichem Ort ihre Stimmen erheben: Ab 20



Rounder Girls

Uhr (Einlaß 19 Uhr) wird die Wiener Evangelische Kirche A. B. in der Dorotheergasse zum würdigen Rahmen eines „Gospel-Events“ der hochmusikalischen, multinationalen Truppe: *Steffi Paschke*, in New Orleans geborene Tochter deutscher Eltern, ist heute in Wien zu Hause, während *Lynne Kieran Swinging-London* in die Gruppe bringt. Die temperamentvolle *Kim Cooper* kam aus dem „Big Apple“ New York in die Musikstadt Wien, in der *Tini Kainrath*, die Vierte im hochmusikalischen Bunde, geboren wurde. gmk

## Die Freiheit der Einsamkeit

Im Rahmen seines *International Dance Laboratory* präsentierte das Theater des Augenblicks vom 14. bis 28. Juni 1996 in Wien das grenzüberschreitende Projekt „Jahre der Einsamkeit“.

men seines *International Dance Laboratory* (IDL) zwei Wochen lang im Juni präsentierte. Eine „Entstehung“, die nicht versucht ist, die Romanvorlage *Márquez'* umzusetzen, sondern diese lediglich als Inspirationsquelle und Ausgangspunkt nimmt. Ein Gesamtkunstwerk, dem die Bezeichnung „Grenzüberschreitung“ in vieler Hinsicht gerecht wird: das internationale Ensemble (das Projekt kam durch die ausschließliche Unterstützung des EU-Programms „Kaleidoskop“ zustande); die Zusammenkunft der Raum-, Ton- und Living-Installationen mit Schauspiel, Tanz und Sprache; die sukzessiv wachsende Präsentation in allen Räumlichkeiten des Theaters, einschließlich des Kellers und des Hofes ...

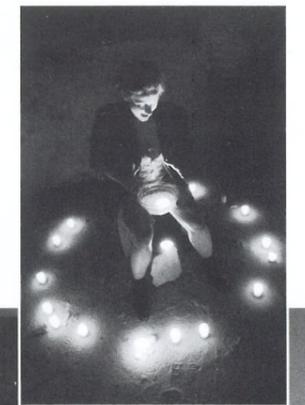
Eine Grenzüberschreitung ist auch das unsichtbare, jedoch an der gesamten Performance spürbare „Hinterland“ des Projekts. *Gülgen Gürses*, künstlerische Leiterin des Theaters und des Projekts, umschreibt es im Programmheft aphoristisch: „Freiheit ist eine einzige Einsamkeit.“ So zogen sich neun junge TänzerInnen und SchauspielerInnen (aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Norwegen und Schweden) nach einer kurzen Arbeit

am grünen Tisch ins „eigene Labyrinth“ zurück, um zunächst jede/r für sich, im eigenen Land, und dann gemeinsam in Wien ein Stück zu entwickeln. Dessen Entstehung aus diesen in „freier Einsamkeit“ entwickelten Puzzle-Teilen wurde durch die seltenen Eingriffe der Regisseurin *Gürses* wie der beiden ChoreographInnen *Irene Borguet-Kalbusch* (Belgien) und *Guillermo Horta Betancourt* (Kuba) lediglich am Rande und zum Zweck der Ganzheitlichkeit beeinflusst.

Als Freiheit verstanden, diente Einsamkeit dem Projekt offenbar als kreative Quelle; davon zeugt die atemberaubende Ästhetik einiger Solo-Sequenzen. So ragen die vielen schauspielerischen Facetten der Norwegerin *Anna Dworak*, die unaufdringliche Komik der Österreicherin *Michaela Pein* sowie der ausdrucksvoll stilisierte Tanz des Schweden *Daniel Norback* hervor. Dennoch liegt die Stärke der Performance, von diesen solistischen Momenten und den virtuos dargebotenen einzelnen Living-Installationen im Keller abgesehen, eigentlich in kollektiven Passagen. Diese bekunden dramaturgische Ausgewogenheit und Einfallsreichtum, die of-

fenkundig dem Konto der Regie und der Choreographie gutzuschreiben sind. Freiheit kann im Theater auch „Einsamkeit“ im negativen Sinn bedeuten, und so durchzieht eine aufgesetzte Introvertiertheit manche solistischen Momente der Performance: mal als Ausdruck der Ratlosigkeit, mal als egozentrische Auffassung des Solierens oder als übertriebene Zurschaustellung der „Auf-sich-Zurückfallen“-Symbolik und oft als unmotivierte Andeutung der Autoerotik.

Dies bildet aber auch die einzige Schwäche des sonst spannend bebilderten und außergewöhnlich vielschichtigen Projekts, das sich als „work in progress“ versteht. Dieses vorübergehende Endprodukt macht jedenfalls großen Appetit auf die nächsten zwei Jahre, für die das IDL weitere „Entstehungsarbeit“ angekündigt hat. mh



Fotos: Bettina Frenzl

Termine & News

Queer Film Festival – Ulrike Ottinger Retro

Velvet Cinema, die Initiative lesbischwules Kino startet am 20. September 1996 im Wiener Filmhaus am Spittelberg ein neuntägiges Retro-Festival mit Spiel- und Dokumentarfilmen der Künstlerin **Ulrike Ottinger**. Ab Oktober stehen sämtliche Kopien der Filme für (Kurz-)Festivals in den Bundesländern zur Verfügung. Detailinformationen über das Festival, Konditionen und ausführliches Material über die deutsche Künstlerin des skurrilen und phantastischen Filmes bei: *Velvet Cinema, Brünnlbadg. 7/11, 1090 Wien, Tel./Fax: 0222/402 68 81.*

Kunstverkehr-Handbuch Bildende Kunst

Der Verein *Kunstverkehr* erarbeitet ein Handbuch zu bildender Kunst, Fotografie, Video, Architektur und Design in Österreich, das Adressen und Informationen zu Galerien, Museen, Kunstzeitschriften und -verlagen, Förderungseinrichtungen (Preisen, Stipendien), Kunstverbänden, -messen und nicht zuletzt Künstlerinnen und Künstler verzeichnet. Das Aufschlagswerk wird voraussichtlich Anfang 1997 erscheinen. Interessenten an einem (kostenlosen) Eintrag wenden sich mit Anschrift, persönlichen Daten und Informationen zum Tätigkeitsbereich an *Verein Kunstverkehr, Sobieskigasse 3/11, 1090 Wien, Tel./Fax: 0222/310 00 57.*

Texte und Musik im Amerlinghaus

Wenn die Dichterin **Gertraud Schleichert** und der Saitenspieler **Gerhard Hufnagel** literarisch und musikalisch die Frage stellen: „*Wer sind denn da die anderen?*“, so entsteht ein satirisch-berührender Abend, der unter dem Titel „*Mehrheiten und Minderheiten*“ im Amerlinghaus bei freiem Eintritt besucht werden kann. *Donnerstag, 26. September 1996, um 20 Uhr im Amerlinghaus, Stiflgasse 8, 1070 Wien.*

Ua oag!

**Richard Weihs**, Kabarettist der dunklen Kanäle und profunder Kenner der Wiener Subkultur, bringt diesmal unter dem bezeichnenden Titel „*UA OAG!*“ urige Gesänge und arge Geschichten. *12. September - 6. Oktober 1996, Do. bis So. 20 Uhr, Weinhaus Sittl, Lerchenfelder Gürtel 51, 1160 Wien (Vorbestellungen: 0222/586 33 95).* Außerdem ist ein „für den Subkulturgeschichtsforscher hochinteressanter Originaltonträger“ erschienen, der Lieder aus drei bereits vergriffenen Platten von Weihs enthält: *Richard Weihs: Schnabelschau. Unverhütete Lieder, CD Extraplatte Ex 272-2.*

Internationales & Interkulturelles Theaterfestival

Das von der *Initiative Minderheiten*, der ARCHE - Plattform für interkulturelle Projekte und dem *Ensembletheater* gemeinsam veranstaltete „Internationale, Interkulturelle Theaterfestival“ präsentiert in den letzten zwei Septemberwochen im Ensembletheater einige bemerkenswerte internationale und österreichische Produktionen der letzten Zeit. Alle Events nehmen Bezug auf das Thema „Ausgrenzung“; die künstlerischen Ansätze sowie die Altersgruppen der Ausführenden sind allerdings sehr unterschiedlich: Sprechtheater, pantomimische Darstellung, Musical; dargeboten von Profis, aber auch von engagierten Jugendlichen. Das Wiener Publikum bekommt mit dem Festival erneut die Gelegenheit, der außergewöhnlich intensiven

Theateratmosphäre des Pralipe beizuwohnen, das letztes Mal im April 1995 hier gastierte. Nach jeder Premiere findet ein moderiertes Pressegespräch mit Publikumsbeteiligung statt. Das Programm: Mo., 16. 9. & Sa., 21. 9.: *Krassnji Angel Company: Romeo und Julia in Sarajevo* Mi., 18. 9. & Do., 19. 9.: *Theater Trio: Alles in jüdischer Hand* Di., 17. 9. & Fr., 20. 9.: *Jugendtheater Mostar: Pax Bosniensis* Mo., 23. 9.: *Roma Jugendtheater Rota: Die Ursitory* Di., 24. 9. & Fr., 27. 9.: *Roma Theater Pralipe: Tätowierte Seelen* Sa., 28. 9.: *Roma Theater Pralipe: Der Weg*



Roma Theater Pralipe

Detailprogramm zu beziehen über Initiative Minderheiten Gumpendorferstr. 15/13, 1060 Wien Tel.: 0222/586 12 49-12, Fax: 0222/586 82 17. red

Jugend-Videoworkshops in der Türkei

Seit 1992 veranstaltet FIMA, Verein zur Förderung Interkultureller Medienarbeit, einmal jährlich internationale Videoworkshops in der Türkei, bei denen Jugendliche aus verschiedenen Kulturkreisen und aus finanziell unterprivilegierten sozialen Schichten lernen, mit dem Medium Video zu arbeiten. Dabei können sich die Jugendlichen Techniken der Kameraführung, des Drehbuchschreibens, der Produktionsleitung, der Regieführung und – in Kooperation mit der Film- und Medienabteilung der Anadolu Universität/Eskisehir – des Schnitts aneignen sowie diese anhand einer Dokumentation oder eines Kurzfilmvideos erproben. Video dient hier als Mittel, selbstbewußt kreativ zu wirken, den Blick für Probleme zu schärfen, im täglichen Umgang die Überbrückung von Barrieren zu lernen, die unterschiedliche Sprachen, Kulturen und Ausbildungsdifferen-

zen mit sich bringen. Die „sichtbaren“ Ergebnisse dieser Arbeit werden bei Festivals und Screenings präsentiert, bisher in Istanbul, Ankara, Antalya, Wien, Graz, Ebensee, Alicante und Győr. Einige Videos aus dieser Werkstatt sind bereits ausgezeichnet worden; so z. B. „*eee*“ (Spezialpreis der Jury des Internationalen Filmfestivals Ankara 1994 und 1. Preis beim Festival der Fotografenvereinigung Istanbul) oder „*chelkash*“ (Dalyan

1993), das vom Österreichischen Unterrichtsministerium in den Lehrmittelkatalog für den Integrationsunterricht aufgenommen wurde.

Der diesjährige Workshop findet in Datca statt, ein Dorf am Mittelmeer, das dorische, persische und römische Geschichte verbirgt.

FIMA *Laurengasse 5/2, 1050 Wien Tel. & Fax: 0222/54 49 221 Walter Pucher, Mitveranstalter des Workshops*



Videoworkshop in der Türkei

Fotos: Meinolf Kößmeier, privat

Kolo Slavuj: Iskre CD Austro Mechana 300 880

Das Folklore-Ensemble Kolo Slavuj besteht seit 1971. *Kolo* bedeutet „Reigen“ und *slavuj* „Nachtigall“. Die ursprünglich zwei verschiedenen Ensembles – *Kolo*, eine Volkstanz-, und *Slavuj*, eine Tamburicagruppe – fusionierten sich am Neujahrstag 1971. Bis 1975 wurde das Ensemble von **Mirko Berlakovich**, ab 1975 von **Klaus Csenar** geleitet. Die Choreographien stammen von **Dr. Ivančan**, einem bekannten Tanzforscher und Choreographen aus Zagreb.

Kolo Slavuj bemühte sich von Anfang an, die Vielfalt der burgenländisch-kroatischen Kulturen möglichst authentisch darzustellen. Dazu wurden regionale Choreographien erarbeitet, die auf ethnomuskologische Forschungen vor Ort beruhten. Die erste war „*Stinjačko Kolo*“ und bezog sich auf Stinatz, als Sprachinsel eine der meisterforschten Gemeinden der burgenländischen Kroaten. Es folgten „*Kroatische Tänze des mittleren Burgenlandes*“ mit in dieser Gegend spürbarem ungarischen Einfluß. Sodann die „*Tänze des nördlichen Burgenlandes – na Poljanci*“ wie die „*Tänze des Heidebodens – Hati*“. Bei der nächsten Choreographie widmete man sich dem wichtigsten Lebensbrauch der burgenländischen Kroaten: der Hochzeit. Dazu wurde der erste Teil der mittelburgenländischen Hochzeit rekonstruiert, mit all seinen Brauchelementen, Liedern und Tänzen: „*Wer will mit uns Hochzeit feiern?*“.

Der zweite Teil dieser Choreographie wurde nun am 26. Mai 1996 in Großwarasdorf zum 25jährigen Jubiläum des Ensembles präsentiert, bei dem sich alle wichtigen Persönlichkeiten der kroatischen Folklore-Szene einfanden. In einer kurzen Rückschau wurde betont, daß mehr als 200 junge Menschen aus dem gesamten Burgenland in diesem Ensemble seit seiner Gründung aktiv waren. Die Namensliste liest sich wie ein „*who is who*“ der bur-

Der Reigen der Nachtigall

Kolo Slavuj feierte den 25. Geburtstag und präsentierte seine erste CD

genländisch-kroatischen „Szene“: z. B. **Marijana Grandits**, Abg. z. NR, oder **Peter Tyrnan**, Chefredakteur der *Hrvatske Novine*. Das Phänomen hängt damit zusammen, daß sich burgenländisch-kroatische Studenten in Wien meist im HAK, dem kroatischen Akademikerklub, zusammenfanden. Viele entdeckten erst auf sozusagen „*neutralem*“ Boden ihre kroatischen Wurzeln, weil der Zugang in der Dorfgemeinschaft zu sehr von parteipolitischen Interessen, von einer starken Assimilierungstendenz auf der einen Seite und einer

Auch zur Produktion von Tonträgern, wie z. B. die CD „*Iskre*“ (Funke).

Es gibt bereits zwei LP-Produktionen von Kolo Slavuj: „*Na toj vašoj placi – Volkslieder der burgenländischen Kroaten*“, und „*Poslušajte priliku – Volkslieder und Tänze der burgenländischen Kroaten*“. Sie liegen mehrere Jahre zurück und heben sich musikalisch nicht allzusehr von den sonstigen Produktionen burgenländisch-kroatischer Ensembles ab.

Bei der nunmehr präsentierten CD ging man neue Wege, und sie stellt in der Flut von

Ausnahmen, nicht zum gängigen Repertoire. Es sind eher unbekannt Melodien oder interessante regionale Melodievarianten weitverbreiteter Texte.

Der Stil des Arrangeurs ist einfühlsam, nimmt Rücksicht auf regionale Traditionen, ist aber trotzdem ein persönlicher Stil. Er stellt relativ hohe Anforderungen an Sänger und Instrumentalisten. Die Chorsätze gehen von der Ein- bis zur Vierstimmigkeit, die Instrumentalsätze setzen die verschiedenen Instrumente sehr individuell ein. Die Arrangements tragen



konstruktiv-beharrenden Einstellung auf der anderen, überlagert gewesen war. Der Zugang über die Volkskultur, über den Spaß an Gesang und Tanz, bei dem dennoch eine gewisse Professionalität gewahrt wurde, erleichterte vielen den Einstieg.

Das Ensemble ist als Verein organisiert, bekommt kaum Subventionen und existiert durch das ausschließlich ehrenamtliche Engagement der Mitglieder. Was bei Auftritten eingenommen wird, fließt in die Vereinskasse und wird zur Anschaffung von Instrumenten, Trachten und zur Bezahlung des Choreographen verwendet.

sonstigen Tonträgerproduktionen der vielen burgenländisch-kroatischen Ensembles sicher eine Ausnahme dar. Dies liegt vor allem daran, daß hier eine fruchtbare Zusammenarbeit der Gruppe mit dem Musikschulleiter, Kirchenmusiker und Komponisten **Prof. Stefan Kocsis** stattfand, der die Arrangements schrieb. Es handelt sich um mehrstimmige Sätze alter burgenländisch-kroatischer Melodien aus dem mittleren Burgenland. Schon das Grundmaterial, sechzehn in Feldforschungsarbeit meist einstimmig aufgezeichnete Melodien, gehören, mit drei

die Handschrift des *Komponisten* Kocsis, der mehr in der Kirchenmusik als in der Volksmusiktradition zu Hause ist. Er äußerte bei der Präsentation, daß das vorliegende Produkt wohl keine Volksmusik sei. Darüber werden sicher Auffassungsunterschiede bestehen, die davon abhängen, welcher der vielen verschiedenen Interpretationen des Volksmusikbegriffes der Hörer anhängt.

Jedenfalls liegt ein äußerst interessantes Produkt vor, das in der kroatischen Szene noch viele Diskussionen auslösen wird.

Ursula Hemetek

Foto: Herman Hemetek

## Amari Luma - Unsere Welt

Mongo Stojka: Amari Luma  
CD Sing Sang Records 4023

Wer sich ein wenig mit der Roma-Szene in Österreich beschäftigt, stößt unweigerlich auf die Lovara-Familie Stojka, und zwar in ganz verschiedenen Kulturbereichen: Literatur, Malerei und vor

allem Musik. Der Gitarrist Harri Stojka ist in der internationalen Jazz-Szene seit langem ein Begriff. Sein Vater Hansi, genannt „Mongo“, hielt sich in der Öffentlichkeit meist im Hintergrund, kann aber auf eine sängerische Vergangenheit zurückblicken. In der Nach-

kriegszeit trat er oft in Wiener Lokalen auf. Er verfügt über eine sehr schöne Stimme, wie auch über große Musikalität. Doris, seine Tochter, verheiratet mit dem Sinto Robert Weinrich, singt ebenso gut wie ihr Mann Gitarre spielt. Sie alle finden wir nun auf einer überras-

schenden CD-Produktion: Amari Luma.

Die Familie war einst viel größer, viele starben in Hitlers Konzentrationslagern. Nach Kriegsende kehrten die Überlebenden zurück: die Geschwister Hansi, Ceija, Kathi und Karli mit ihrer Mutter. Die Musik spielte immer eine große Rolle, denn in der Tradition der Lovara gehören Lieder zum Leben.

Harri Stojka hatte sich in seiner musikalischen Entwicklung nicht an der Roma-Tradition orientiert. Er war in der Welt des Jazz und Bebop zu Hause. Sein Vater lebt musikalisch in beiden Welten. Dies ist auch auf der vorliegenden CD zu hören. Sie ist „den Roma auf der ganzen Welt gewidmet, und sie soll dazu beitragen, daß die schöne Sprache Romanes ergießen sich da über die „Hüterin der Wahrheit“ und die „Herren in Schwarz“. Man/frau könnte meinen, Günther Peer hätte sich auf die Seite der Kirchenspalter geschlagen und schlägt zu. Doch es gibt zwei pikante Details, die das Ganze nicht zu einer reinen Kirchenkritik ausufern lassen: Zum einen bekennt sich Peer bzw. Frater Stephanus, wie sein Alter ego im Buch heißt, zu den christlichen Lehren und glaubt an seine Berufung (wie wir es bereits aus dem Film *Der Priester* kennen), und zum anderen ist Peer/Frater Stephanus homosexuell. Der Stoff, aus dem Filmträume sind? In der nach-groerschen Zeit könnte die Rechnung wie folgt aussehen: Kirche + Kloster + Mönch + Homosexualität = Skandal.

Aber ganz so einfach ist es dann doch nicht, Peer geht es nicht um einen Skandal. Er war 23 Jahre alt, als er sich entschied, ins Kloster zu ziehen. Im Gespräch antwortet er auf die Frage nach seiner Motivation: „Ich wollte die Bibel spürbar erfahren, ich glaubte an das, was in ihr steht.“ Daß dies nicht unbedingt nur im Kloster möglich ist, durchschaute er recht bald. Aber er blieb dabei. Und er wußte bereits

Ursula Hemetek

Foto: privat

## Zigaretten für Sarajevo

Miljenko Jergovic: Sarajevo  
Marlboro  
Wien/Bozen: Folio-Verlag 1996,  
132 S., öS 248,-

„Ich weiß nicht, was ein Schriftsteller im Krieg tun soll; ich habe geschrieben“, meint der bosnische Autor Miljenko Jergović zu seinem neuen Buch. Der vor 30 Jahren in Sarajevo Geborene zog es vor, in der heißesten Phase des Bosnien-Krieges 14 Monate lang in seiner Heimatstadt zu bleiben. Die Kurzgeschichten, die dabei entstanden, beschreiben den veränderten Alltag von Menschen, die trotz Belagerungszustandes die Hoffnung auf ein früheres, „normales“ Leben nie aufgeben. Glück und Unglück stehen dabei ganz nah nebeneinander, Scherz und Trauer wechseln einander ab. Der Krieg ist zwar allgegenwärtig, die Aggressoren bekommt man aber nur selten zu Gesicht. Deshalb spricht Jergović auch von einem „unseriösen“ Krieg, der – wie jeder Krieg – sinnlos sei.

Die Waffen in Bosnien sind verstummt, die Kriegsberichterstatter schweigen; nun kommen die Literaten zu Wort, die nur scheinbar tatenlos zusehen, als der Krieg über ihr Land hereinbrach. Jergović beschreibt in seinem Buch nicht etwa das Leben von Generälen, Politikern oder Helden, wie sie Historiker gerne darstellen, im Gegenteil: da kommen einfache Menschen vor, deren Leben infolge des Krieges, der ohne ihr Zutun ausbricht, völlig verändert wird. Da ist

Gospar zum Beispiel, der für seine Nachbarn täglich Wasser aus dem noch intakten Brunnen schöpft, oder die junge Elena aus Zagreb, die ihren Liebenden in Sarajevo zurückläßt; der serbische Saxophonist, der trotz Krieg in der Stadt bleibt und zunächst seine Frau, dann sein Leben verliert; Jergović beschreibt menschliche Einzelschicksale, deren Summe die „Rekonstruktion der Ereignisse“ ergibt.

Die Alltagsgeschichten sind knapp, der erzählerische Atem reicht für ausladende Bilder nicht aus. Dabei ist dieses Buch eines der ersten Versuche eines Augenzeugen, sich dem Krieg literarisch zu nähern. „Ich schreibe, weil das meine Arbeit ist, damit ich kein Chauvinist, Nationalist und Rassist werde!“ sagt Jergović. Sein Buch malt ein buntes,

aber trauriges Bild einer Gesellschaft, in der Menschen verschiedener Ethnien und Konfessionen bislang friedlich zusammenlebten und deren Menschlichkeit durch den Krieg verloren ging. Seine Geschichten sind nie moralisierend oder pathetisch, stigmatisieren nicht Täter und Opfer, vielmehr sind sie gezeichnet von einer Leichtigkeit, die mitunter auch ironische Untertöne aufweist. Was am Ende beim Leser zurückbleibt, ist das Gefühl, keine Fremden mehr vor sich zu haben, sondern nur Menschen wie du und ich, mit anderen Sprachen und anderen Bräuchen. Das Buch wird getragen von einer tiefen Humanität und vom Glauben an die Möglichkeit einer friedlichen Welt durch Solidarität.

Stefan Nicolini



Der Autor Miljenko Jergović

## Schwules Leben hinter Klostermauern

Günther Peer: *Der Zeremonienmeister. Eine Autobiographie. Reith/Seefeld: Neurauter 1995, 207 S., öS 287,-*

„Katholische Praktiken einer Institution, die als einzige Überlebenschance starre Formen bietet. Die Anmaßung der Lehrenden, die nach außen Brüderlichkeit vorgaukeln, aber im täglichen Leben als Heuchler agieren. Können wir mit solchen Gottgläubigen überhaupt in einer Gemeinschaft leben?“ – Nicht gerade schmeichelhaft, was Günther Peer bereits auf den ersten Seiten seines Buches über das Leben in der Institution Kloster schreibt. Und es wird sich noch steigern, wahre Haßtiraden ergießen sich da über die „Hüterin der Wahrheit“ und die „Herren in Schwarz“.

Man/frau könnte meinen, Günther Peer hätte sich auf die Seite der Kirchenspalter geschlagen und schlägt zu. Doch es gibt zwei pikante Details, die das Ganze nicht zu einer reinen Kirchenkritik ausufern lassen: Zum einen bekennt sich Peer bzw. Frater Stephanus, wie sein Alter ego im Buch heißt, zu den christlichen Lehren und glaubt an seine Berufung (wie wir es bereits aus dem Film *Der Priester* kennen), und zum anderen ist Peer/Frater Stephanus homosexuell. Der Stoff, aus dem Filmträume sind? In der nach-groerschen Zeit könnte die Rechnung wie folgt aussehen: Kirche + Kloster + Mönch + Homosexualität = Skandal.

Aber ganz so einfach ist es dann doch nicht, Peer geht es nicht um einen Skandal. Er war 23 Jahre alt, als er sich entschied, ins Kloster zu ziehen. Im Gespräch antwortet er auf die Frage nach seiner Motivation: „Ich wollte die Bibel spürbar erfahren, ich glaubte an das, was in ihr steht.“ Daß dies nicht unbedingt nur im Kloster möglich ist, durchschaute er recht bald. Aber er blieb dabei. Und er wußte bereits

mit 14 oder 15 Jahren, daß ihm Knaben besser gefallen als Mädchen, daß heißt, zum Zeitpunkt des Eintritts ins Kloster hat er die Komplikationen und Reibungspunkte voraussehen können. Was er auch tat, aber „die Sexualität hatte für mich zu diesem Zeitpunkt einfach keine Bedeutung, im Vordergrund stand die Begegnung mit Gott. Sicher hat es mich auch gereizt, in diese kirchlichen Machtstruktu-

ren eingebunden zu sein.“ Und wie das Leben so spielt, wird Peer/Frater Stephanus dann auch in diese Machtstrukturen eingebunden; nur nicht so, wie er es sich vielleicht gewünscht hätte. Seine Kritik an Staat und Kirche stempeln ihn zum Sozialrebell, er wird immer mehr an den Rand gedrängt. Undurchschaubar bleibt, warum: Weil er schwul ist und sich dazu bekennt, oder weil er die Systemkritik doch zu aktiv betreibt? Beides nichts Neues: Kirchenkritiker gibt es, seit es die Kirche gibt, und die schwarzgewandete Homosexualität ist, nun, ich weiß nicht wie alt. Wer erinnert sich nicht an den „Fall Groer“ und die scheinheilige Haltung der Amtskirche? Peer: „Die



Institution Kirche versucht, den Menschen den Willen zu brechen, sie still und leise zu machen. Über jeden, der dabei ist, werden Akten angelegt, da wird dann alles über ihn gesammelt. Und sollte dieser Mensch dann eines Tages in der Hierarchie aufsteigen, nimmt man ihn zur Seite und sagt ihm, er möge den Mund nicht zu weit aufmachen, weil schau, was wir da alles über dich haben! Beim Groer war es

auch so, die Kirche hat von seiner Homosexualität gewußt, es war aktenkundig, aber man hat sich halt gedacht, den können wir gut brauchen, der wird romtreu alles verkünden.“

Trotz allem – und nun wird es für einen unreligiösen Menschen doch sehr schwer nachvollziehbar – verläßt Peer/Frater Stephanus die Institution nicht. Er kämpft weiter, glaubt an die Macht der Überzeugung. Aber es kommt schlimmer, Schritt für Schritt werden ihm alle

Kompetenzen entzogen, zum Schluß verliert er auch noch seinen Lehrauftrag, die Kirche entzieht ihm jegliche Existenzgrundlage. Arbeitslosigkeit ist die Folge.

Das Buch ist eine Art Abrechnung mit der Institution Kirche, ein Rundumschlag sozusagen. Warum das Loslassen dennoch so lange gedauert hat, erklärt Peer mit den Worten: „Dazu braucht man Mut, und nur die wenigsten haben ihn. Bei mir brauchte es eine lange Zeit der Reifung, bis ich den Schritt vollzog.“ Also Schreiben als Therapie? „Nun, es ist eine Form, meine Wut, meinen Schmerz zu verarbeiten, und die Trauer, ja, denn ich glaube an die Grundwerte des christlichen Glaubens. Ich wollte auch Botschafter sein, das Schweigen brechen, der Kirche und allen anderen Menschen sagen: Es kommt nicht auf die sexuelle Orientierung an, sondern nur auf den Menschen.“ In einer Sexualität – egal ob Hetero- oder Homosexualität – grundsätzlich verneinenden Kirche wird es diese Botschaft sicher sehr schwer haben.

Auch wenn Peers Stil teilweise doch sehr holprig ist, man/frau aufgrund der manchmal sehr ermüdenden und langweiligen Abschweifungen ungeduldig wird, zeigt das Buch doch tabulos das Scheitern eines jungen Menschen, der in den kirchlichen Mühlen der Hierarchie und Scheinheiligkeiten zerbricht, aber nicht aufgibt. Eine etwas naive Wanderung durch Seelenlandschaften hinter Klostermauern, auf alle Fälle interessant und aufschlußreich. Nicht erst seit dem „Fall Groer“.

hk

Foto: Ise Winter

## Kolaric - in eigener Sache

Zur Erweiterung unseres Plakat-Archivs suchen wir Plakate gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Wenn Sie uns (Original-)Plakate von Veranstaltungen oder Projekten zu diesem Thema zu schicken wollen, dann bitte an:

Initiative Minderheiten, Doris Kaiserreiner, Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien.  
Jede Hintergrundinformation dazu ist von Bedeutung.

red

## Informativ, aber nicht ohne Tücken

Gerhard Hetfleisch, Franko Petri, Sabine Wartha (Hg.): *Das österreichische Ausländerrecht. Ein praktischer Wegweiser mit kritischen Betrachtungen.* Wien: WUV-Universitätsverlag 1995, 234 S., öS 298,-

Der von einem Autorenteam zusammengestellte „Wegweiser“ durch das österreichische Ausländerrecht will in erster Linie „NichtjuristInnen, ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge[n]“ (S. 12) eine Hilfestellung bei den oft mühsamen Kontakten mit den österreichischen Behörden bieten.

Im ersten Teil des Buches erhalten Interessierte tatsächlich einen Überblick über die wichtigsten Rechtsbereiche, mit denen Fremde in Berührung kommen können: das MeldeG,

die Regeln über die Sichtvermerkerteilung und die Erlangung eines Beschäftigungstitels nach dem AusländerbeschäftigungsgG, die Voraussetzungen für den Familiennachzug, die Aufnahme eines Studiums, den Bezug von Sozialleistungen, die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft und die einschlägigen Zwangsmaßnahmen des FremdenG (Ausweisung, Aufenthaltsverbot, Abschiebung, Schubhaft). Wenn gleich der erste Teil viele überaus wertvolle praktische Hinweise enthält, sind die einzelnen Beiträge nicht ohne Tücken. Immer wieder finden sich Fehler, die gerade die Zielgruppe des Buches leicht in die Irre führen können: So trifft etwa nicht zu, daß Fremde, die die Frist für die Einbringung ei-

nes Antrags auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung versäumt haben, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand begehren könnten (S. 23). Der Verwaltungsgerichtshof hat schon im Jahr 1994 ausgesprochen, daß es sich bei der im § 6 Abs. 3 AufenthaltsgG genannten Frist um eine materiell-rechtliche Frist handelt, deren Versäumnis zum Untergang des geltend gemachten Anspruchs auf Verlängerung des Aufenthaltsrechts führt; das Instrument der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand steht den Betroffenen damit nicht zur Verfügung. Es ist nicht richtig, daß die zuständige Behörde in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen oder wenn eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorliegt, einen Sicht-

vermerk erteilen darf, obwohl „sich der Sichtvermerkswerber nach Umgehung der Grenzkontrolle im Inland aufhält“ oder obwohl „die Wiedereinreise nicht gesichert ist“ (S. 30). Die Behörde darf bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Gründe oder einer Verpflichtungserklärung ausschließlich darüber hinwegsehen, daß die Betroffenen über keine ausreichenden eigenen Mittel zum Unterhalt verfügen und ihr Aufenthalt zu einer finanziellen Belastung für die Republik Österreich führen könnte. *Es trifft nicht zu*, daß „Ehegatten von Asylwerbern ebenfalls Asyl [genießen], wenn die Ehe schon vor der Einreise nach Österreich bestanden hat“ (S. 51). Erst wenn Österreich (asylsuchenden) Fremden Asyl gewährt hat, können bestimmte Angehörige – z. B. die Ehegattin oder der Ehegatte – die Ausdehnung des (schon gewährten) Asyls begehren (§ 4 AsylG 1991). *Es ist nicht richtig*, daß die Verordnung über das Aufenthaltsrecht von kriegsvertriebenen Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina (BGBl 1995/389) den Familienangehörigen der in Österreich lebenden bosnischen Flüchtlinge gleichsam ein Recht auf Familiennachzug vermittelt (S. 52). Auch den Familienangehörigen steht das vorübergehende Aufenthaltsrecht in Österreich nur dann zu, wenn sie – wie es in der Verordnung heißt – ihre Heimat auf Grund der bewaffneten Konflikte verlassen mußten und anderweitig keinen Schutz fanden. Schließlich ist *nicht richtig*, daß gegenüber EWR/EU-BürgerInnen ein Aufenthaltsverbot wegen „Schwarzarbeit“ erlassen werden kann (S. 86). EWR/EU-BürgerInnen unterliegen den Regeln des Ausländerbeschäftigungsrechts nicht.

Der zweite Teil des „Wegweisers“ ist darauf angelegt, einzelne Rechtsbereiche zu „vertiefen“ und zu „kommentieren“ (S. 15). Hier werden insbesondere die Regeln des FremdenG, des AufenthaltsgG und des AusländerbeschäftigungsgG nochmals kurz darge-

stellt. Die Ausführungen decken sich zum Teil mit jenen des ersten Teils, und es ist nicht zu sehen, welchen Sinn die Wiederholungen haben sollen. Die praktische Benutzung leidet jedenfalls erheblich darunter, daß die zentralen Rechtsquellen des Ausländerrechts nicht geschlossen dargestellt werden. Eine echte „Vertiefung“ bietet der Teil nicht, und auch die „Kommentare“ scheinen im Umgang mit den Behörden kaum nützlich. Die Kommentare nehmen zu den fremdenrechtlichen Reformen der frühen neunziger Jahre vor allem aus rechtspolitischer Sicht Stellung. Irgendeine Hilfestellung in einem Verwaltungsverfahren ist davon nicht zu erwarten. Der dritte und letzte Teil beschäftigt sich sodann mit den politischen Hintergründen der fremdenrechtlichen Reformen und den in der öffentlichen Diskussion dafür ins Treffen geführten Argumenten. Diese Beiträge schließen im wesentlichen an andere kritische Stellungnahmen an. Nach einer Hilfestellung suchen Ratsuchende allerdings auch hier vergeblich. Im Gegenteil, der „praktische Wegweiser“ endet mit einer für die gegenwärtige Vollzugspraxis wenig bedeutsamen Aufforderung an den Gesetzgeber, die rechtspolitischen Grundlagen des geltenden Rechts nochmals zu überdenken.

Zusammengefaßt: Das Vorhaben, Ratsuchenden „die ersten und wesentlichen Informationen zur Sicherung ihres Aufenthalts, ihrer Beschäftigung etc.“ zu bieten (S. 12), löst der „Wegweiser“ nur in seinem ersten Teil einigermaßen ein. Daß sich dort eine beträchtliche Zahl von Fehlinformationen findet, läßt freilich selbst da zur Vorsicht mahnen. Interessierte und Betroffene können sich – leider – auf die Aussagen des Autorenteam nicht immer verlassen.

Ulrike Davy ist Rechtswissenschaftlerin und Leiterin des Programms „Migration and Human Rights“ im Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien.

## Gegen veraltete Identitätskonzepte

Albert F. Reiterer: *Kärntner Slowenen: Minderheit oder Elite? Neuere Tendenzen der ethnischen Arbeitsteilung.* V slovenscini: Koroski Slovenci danes. Klagenfurt/Celovec: Drava 1996, 320 S., öS 298,-

Der Politologe Albert F. Reiterer ist einer der wenigen Sozialwissenschaftler Österreichs, denen die demographische, soziale, kulturelle, politische und ökonomische Entwicklung österreichischer Volksgruppen ein Anliegen ist. Seine wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich vorwiegend auf empirisch statistische Erhebungen und Daten stützen, liefern immer wieder wesentliche Aussagen über die gesellschaftliche Situation der Volksgruppen.

Seine neueste Publikation *Kärntner Slowenen: Minderheit oder Elite?* ist eine Fortsetzung seiner früheren Arbeit *Doktor und Bauer* (1986), mit der er auf eine besondere dichotomisierte Entwicklung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten hinwies; auf der einen Seite eine zunehmende Akademisierung Slowenischsprachiger, auf der anderen Seite eine starke Bildungsbenachteiligung (besonders älterer Menschen). Die Perpetuierung dieses Modernisierungsprozesses wird im neuesten Buch von Reiterer bestätigt.

Reiterer, der für seine Studie die Volkszählungsergebnisse vom 15. Mai 1991 heranzieht, weist nach, daß der slowenischen Volksgruppe (besonders im zweisprachigen Gebiet eine Überalterungsdrohe. Die Überlebensperspektiven der Kärntner Slowenen im ländlicheren Gebiet könnten längerfristig dramatisch werden, zumal die Kindergeneration vorwiegend deutschsprachig ist und die mittlere Generation, in der die Slowenen überdurchschnittlich vertreten

sind, aus dem Reproduktionsalter herauskommen wird.

Im Bereich der Bildung hat die slowenische Volksgruppe die Deutschsprachigen überholt. So ist etwa der Anteil akademisch Gebildeter sowohl bei Männern als auch bei Frauen höher als im Kärntner Durchschnitt. Diese Bildungsdynamik ist zweifelsohne auf die Existenz des Bundesgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt/Celovec zurückzuführen, das für viele slowenischsprachige Familien eine wichtige identitätsstiftende Bildungsinstitution darstellt. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß slowenischen Frauen weiterhin eine hochschulähnliche Ausbildung „vorenthalten“ wird, d.h. Frauen aus der deutschsprachigen Mehrheit nehmen in höherem Maß eine Hochschulverwandte Bildung an. Es kann nur vermutet werden, daß sich geschlechtsspezifische Rollenbilder und Bildungsvorstellungen innerhalb der slowenischen Volksgruppe stärker halten als etwa bei der Mehrheitsbevölkerung.

Gerade was den Bildungsstatus der Kärntner Slowenen betrifft, kommt Reiterer zu der Auffassung, daß die slowenische Volksgruppe zwar „den Status als Minderheit hinter sich gelassen“ (S. 230), sich aber im politischen Bereich noch nicht emanzipiert hat. Im Bereich des Politischen gilt offensichtlich weiterhin das langjährige Muster von Herrschenden und Beherrschten, von Dominanz und Abhängigkeit.

Reiterer selbst zieht keine konkreten Folgerungen für eine veränderte Minderheitenpolitik. Die Ergebnisse müßten jedoch auch den politischen Vertretern der Kärntner Slowenen zu denken geben. Wenn es den Slowenischsprachigen in Kärnten durch die Bildung gelungen ist, im sozialen, kulturel-

len und sozioökonomischen Umfeld eine Gleichstellung mit den Deutschsprachigen zu erreichen, so muß dieser „Erfolg“ auch im sogenannten Identitätsprozeß der heranwachsenden Generation seinen Niederschlag finden. Das Identifikationsmuster einer sozial benachteiligten Minderheit, das für die älteren Generationen ein stimmiges und entscheidendes war, muß durch andere Orientierungen ersetzt werden. Diesbezüglich steht vermutlich die slowenische Volksgruppe vor der größten Herausforderung.

Reiterers Buch gehört derzeit zu den interessantesten und wichtigsten Publikationen auf dem Gebiet der Volksgruppen in Österreich. Der umfangreiche theoretische Teil bietet einen fundierten Einblick in den internationalen Diskurs um nationale und ethnische Fragen. Die eigentlichen empirischen Ergebnisse werden auch in Slowenisch dargestellt. WissenschaftlerInnen, die sich mit dem Thema Mehrheit-Minderheit beschäftigen, finden in dieser Publikation wichtige Hinweise für weiterführende Fragestellungen. Reiterers Buch stellt die derzeitige österreichische Volksgruppenpolitik und das Selbstverständnis mancher Volksgruppenpolitiker in Frage. Von daher ist es eine empfehlenswerte Lektüre für alle (z. B. aus Wissenschaft, Politik und Kultur), die für ein anderes Verhältnis von Mehrheit und Minderheit eintreten. In Zusammenarbeit mit dem *Slowenischen Wissenschaftlichen Institut* in Klagenfurt/Celovec (als Herausgeber) ist es dem Drava Verlag mit diesem Buch einmal mehr gelungen, die Aufmerksamkeit einer an Volksgruppenthemen interessierten Leserschaft für sich zu gewinnen.

Vladimir Wakounig



Harald Rath, Kunstwerkstatt de La Tour, 9521 Treffen

HELFEN IST KEINE KUNST  
PSK 23.96.444



HARALD RATH IST KÜNSTLER  
UND LEBT IN EINER BEHINDERTEN-  
GEMEINSCHAFT DER DIAKONIE.

**DIAKONIE**  
ÖSTERREICH

DE DIAKONIE DANKT FÜR DIE KOSTENLOSE EINSCHULTUNG

# „Wie hätten Sie mich denn gern?“

von Katina Lair

Christa Stippinger (Hg.): *JEDER IST anderswo EIN FREMDER. Interkulturelle Reihe des Vereins Exil im Amerlinghaus – Band 1. Wien: Amerlinghaus 1996*

Was kann Schreiben für einen Menschen bedeuten? Welche Bedeutung kann es vor allem für jemanden haben, der, mit dem Prädikat „Ausländer“ versehen, in Österreich leben muß? Welche Bedeutung Schreiben haben kann, unabhängig davon, ob der Text veröffentlicht wird oder nicht, ob er anderen Leuten gefällt oder nicht, wird in der Anthologie *JEDER IST anderswo EIN FREMDER* deutlich. Das Buch enthält Texte von 21 AutorInnen, die an der Schreibwerkstatt für ZuwanderInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten in Österreich 1995/96 im Wiener Amerlinghaus teilgenommen haben. In einem Zeitraum von fast einem Jahr haben sich die TeilnehmerInnen – Sinti, Roma, Kurden, Jugendliche aus den Ländern Ex-Jugoslawiens und der Türkei, Jüdinnen, Aserbaidschaner, ZuwandererInnen der ersten Stunde und Angehörige der sogenannten zweiten Generation – mit der Projektleiterin Christa Stippinger einzeln oder in Grup-

pen getroffen, um an ihren Texten zu arbeiten. Das Buch enthält Lyrik und kurze Prosatexte. Neben den noch unbekannteren Dichtern finden sich in dieser Anthologie auch bekannte Namen wie Milo Dor, Radek Knapp, Şerafettin Yıldız und Ceija Stojka. Um den Lesern die einzelnen AutorInnen vorzustellen, wurden die Texte durch Interviews ergänzt.

Die Beweggründe, warum jemand zu schreiben begonnen hat, sind unterschiedlich: um anderen Probleme mitzuteilen, gegen das Heimweh, um über die eigene Lebensweise zu erzählen, als Fluchtweg, um das Leben zu bewältigen ... Unabhängig davon kann fast jeder der Texte als Versuch gelesen werden, einen/den Platz zu finden, wo jemand hingehört.

Wenn die Projektleiterin Christa Stippinger in der Einleitung zu dieser Anthologie schreibt: „Denn das vor allem ist unser Anliegen: die Welt der ‚Fremden‘ uns selbst und anderen näherzubringen. Mehr zu erfahren, über ihr Leben zwischen den Kulturen. Denn nur Wissen läßt uns verstehen. Und wenn wir verstehen, ist Zusammenleben möglich“, so ist das ein legitimes Anliegen. Doch ist es nicht ein wenig zu

blauäugig, anzunehmen, daß auf Verstehen automatisch Zusammenleben folgt? Seien wir doch ehrlich, wer wird dieses Buch kaufen oder sich ausleihen? Doch wieder nur Leute, die man nicht davon überzeugen muß, daß der Türke, der über ihnen wohnt, und die Bosnierin, mit der sie zusammenarbeiten, Menschen sind.

Bücher wie *JEDER IST anderswo EIN FREMDER* sind notwendiger denn je. Aber nicht, weil man damit irgendjemanden überzeugen kann, daß „die Ausländer auch nicht anders sind als wir“. Das ist utopisch. Es funktioniert ganz einfach nicht. Solche Projekte können in erster Linie nur den AutorInnen nützen, die daran teilnehmen. Und das ist richtig so. Es muß mehr Möglichkeiten dieser Art für ZuwandererInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten in Österreich geben.

Die Möglichkeit, sich zu artikulieren, Liebe, Wut, Freude und Angst niederzuschreiben, sich aus dem Ghetto herauszuschreiben. Sich durch Schreiben seinen Platz im Leben zu finden. Zu wissen, daß ich bin und wie ich bin, ist gut. Das kann mir keiner nehmen, nicht die mit ihren „Heil-Rufen“, nicht die mit ihren Vereinfachungen und ihrer Schwarweißmalerei.

Im Gegensatz zu dem Voratz „Wir versuchen jetzt, daß jeder Inländer jeden Ausländer

ganz fest liebhat“, ist es keineswegs utopisch, die sogenannten „Fremden“ dazu zu bringen, sich ihre Selbstachtung, von der sie glaubten, sie sich nicht leisten zu können, wieder zu erschreiben.

Reza Ashrafi hat mit seinem Gedicht „Einwanderungsantrag“ (S. 26) viel kürzer – mit Sicherheit auch viel deutlicher – ausgedrückt, was die Verfasserin dieser Zeilen zu sagen versucht:

### Einwanderungsantrag

Wie hätten Sie mich denn gern?  
Klein und dick?  
Oder groß und schlank?  
Schüchtern oder selbstbewußt?  
Aber nicht zu sehr, ja ja ich weiß.  
Zuviel tut niemals gut.

Hätten Sie mich gern halbdurch, reif oder roh?  
Ausgebildet oder eher Analphabet?  
Und die Hautfarbe?  
Was wäre Ihnen lieber?  
Hell oder etwa gar ein Neger?  
Wie bitte?  
Dankbar.  
Unterwürfig.  
Unauffällig.  
Schweigsam.  
Schmerzunempfindlich.  
Brav.

Also so hätten Sie mich gern?  
So können Sie mich gern haben!

**A**  
**B O**  
**N N I**  
**E R E N**  
**S I E D I E S T I M M E**  
JETZT. BEVOR SIE SIE NICHT MEHR LESEN KÖNNEN!

# Im August 1996



Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn man gleichzeitig einer hungrig-lüsternen Mehrheit zum Fraß vorgeworfen wird, und sei's nur die Mehrheit einer Minderheit. Wie jene, die andauernd das Schlagwort von der „positiven Diskriminierung“ im Munde führt und uns, die Planer und Hüter der staatlichen Gerechtigkeit, in langatmigen Volkshochschulreferaten attackiert.

Minderheiten hätten es schwer, heißt es dann, und sie wären oft in Gefahr, kulturell, beruflich und sozial auf einem Abstellgleis zu landen. Das mag schon stimmen. Auch mit großer Anstrengung und vergleichbarer Leistung hätten es Angehörige der Minderheit oft schwer, noch dazu in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit, einen Job zu finden. Wer wollte das bestreiten?

Und daher sollte man die Zukurzgekommenen durch „positive Diskriminierung“ wohlwollend behandeln – nicht plump bevorzugen, aber halt ein bißchen unterstützen ... Schon, aber warum sagt man das ausgerechnet uns. Dieser Gedanke ist bei uns seit vielen Jahren verwirklicht, die Devise „Die dümmsten Bauern haben die größten Kartoffeln“ ist heimliches Verfassungsgesetz. „Positive Diskriminierung“ ist bei uns schon seit langem Realität.

• Nehmen wir zum Beispiel die Nichtschwimmer. Diese bedauernswerte Gruppe hat überhaupt nichts von einem Adria-Urlaub, auch wenn einmal keine von der österreichischen Fremdenverkehrswerbung entsandten Haifische vor Lignano oder Jesolo kreisen. Um dieses harte Los zu lindern, haben wir dafür gesorgt, daß zahlreiche Nichtschwimmer als Aufsichtsglieder, im Volksmund liebevoll Badewaschel genannt, eingestellt werden. Nebenbei können sie durch konsequentes Beobachten der schwimmenden Mehrheit und anschließendem Selbststu-

dium mit Schwimmversuchen nach Dienstschluß ihr persönliches Manko bekämpfen.

• Betrachten wir die Situation von Verdächtigen bei Polizeiverhören. Im Ausland sind da häufig analphabetische Schläger, fast Tiere am Werk. Nicht so in Wien. Da wird ein potentieller Ganove insofern positiv diskriminiert, als er nicht von irgendwem, sondern von einem Polizei-Arzt, einem Polizei-Juristen und einem Polizei-Major sonderbehandelt wird. Akademiker, höflich und zuvorkommend – etwa einem allfälligen Treppensturz des Verdächtigen –, so haben wir es gern!

• Das Leben eines Justizwachebeamten ist ein hartes. Dem soll nun aufgrund eines neuen Gesetzes aus dem Justizministerium Abhilfe geschaffen werden, das harte Brot verüßt man mit einer kleinen Freude. Die Beamten sollen dazu angehalten werden, möglichst allen Besuchern von Strafgefangenen in den Hintern zu greifen, um potentiellen Überbringern unerlaubter Ware das Handwerk zu legen. Wenn wir so einem alten

Beamten ein wenig Spaß machen können, sind wir schon zufrieden.

• Kaiserrenkel sind fürwahr die kleinste Minderheit in unserem Land. Aber übersehen wir ihren einsamen Kampf um soziale Anerkennung? Nein! Selbst wenn Herr Karl bei der simplen Profession eines Quizmasters beim ORF peinlich gescheitert ist, hat sich die ÖVP seiner erbarmt und dem beharrlichen Langzeitstudenten ein Platzl auf ihrer EU-Wahlkarte überlassen.

• Das niederösterreichische Waldviertel hat aufgrund seiner Grenzlage mit vielen Strukturproblemen zu kämpfen. Da ist es nur billig und recht, würdig und heilsam, daß UFOs, kleine grüne Männchen und alten Hollywood-Schinken entsprungene Poltergeister dort Kontakt mit der Menschheit aufnehmen. Und nicht bei Präsident Klestil, Kanzler Vranitzky oder Bischof Krenn an die Tür klopfen, um ihren Antrittsbesuch zu absolvieren.

• Auch die Kleingruppe von in sargähnlichen Kisten gesperr-

ten Adoptivtöchtern kann sich nicht beschweren. Die das veranlassende Adoptivmutter hat als Religionslehrerin für das Seelenheil ihres Schützlings gesorgt, indem sie vor dem Schlafengehen auf das tägliche Abendgebet bestanden hatte. Was im allgemeinen Geschrei untergegangen ist: Die Adoptivmutter hatte die Kiste mit zahllosen Seiten der periodischen Druckschrift „Kronen Zeitung“ verschönert, was wohl nur Böswillige als Strafverschärfung verleumdete.

• Womit wir beim unglücklichen Häufchen der Sportreporter wären. Auf verlorenem Posten kämpfen sie wacker, aber erfolglos gegen Tücken der deutschen Sprache wie Dativ oder Akkusativ, ringen beherzt mit sich aufdrängenden schiefen Metaphern und müssen ganz allgemein unter dem Vorwurf leiden, ihr Intelligenzquotient übertreffe unwesentlich den Grad der Zimmertemperatur an Hitzetagen. Trotzdem haben wir ihnen die Gelegenheit gegeben, ihr übliches „Der Libero stand wie ein Turm in der Schlacht“ auf Zuseher, Zuhörer und Leser loszulassen.

• Und dabei haben wir noch gar nicht von den österreichischen Teilnehmern beim Eurovisionscontest, der Olympia-Mannschaft in Atlanta oder mit Ausländerfragen befaßten Behördenvertretern gesprochen. Da sieht wohl jeder, daß wir Behinderten eine Chance geben.

Allerdings, und das soll nicht geleugnet werden, gibt es neben der „positiven“ auch eine „negative“ Diskriminierung. Wir denken dabei an die Minderheit von Ärzten, Juristen- und Wirtschaftstreuhändersöhnen, die durch Generationen an die Praxen der Vorfahren gefesselt sind und aus diesem schier ewigen Kreislauf aus eigener Kraft kaum herauskommen. Auch ihnen muß endlich Gerechtigkeit widerfahren!

Erscheinungsort Innsbruck, Verlagspostamt A-6020 Innsbruck  
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben Nr.: 61/96  
Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck



Bundesministerium  
für Wissenschaft,  
Verkehr und Kunst

Bundesministerium  
für Umwelt, Jugend  
und Familie

Zveza slovenskih  
organizacij/  
Zentralverband  
slowenischer  
Organisationen



Bureau de poste  
A-6020 Innsbruck  
(Autriche)  
Taxe perçue